

Reiser, Julius

KOMMT DIE ARBEIT GELEGEN?
CHANCEN UND GRENZEN VON
ARBEITSGELEGENHEITEN
VERDEUTLICHT AM BEISPIEL DER ARBEITS- UND
BERUFSFÖRDERUNG DER BRUDERHAUSDIAKONIE IN
TÜBINGEN

<http://opus.bsz-bw.de/hsrt/>

**ERSTE STAATSPRÜFUNG
FÜR DAS LEHRAMT AN SONDERSCHULEN**

ABGABEDATUM 01.02.2010

AN DER FAKULTÄT FÜR SONDERPÄDAGOGIK

**DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE LUDWIGSBURG
IN VERBINDUNG MIT DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN
MIT SITZ IN REUTLINGEN**

WISSENSCHAFTLICHE HAUSARBEIT

Student: Julius Reiser

Thema: KOMMT DIE ARBEIT GELEGEN?
CHANCEN UND GRENZEN VON ARBEITSGELEGENHEITEN
VERDEUTLICHT AM BEISPIEL DER ARBEITS- UND
BERUFSFÖRDERUNG DER BRUDERHAUSDIAKONIE IN TÜBINGEN

Thema vereinbart mit Referent: Prof. Dr. Werner Bleher

Korreferent: Prof. Dr. Wolfgang Mack

- Buchstaben vermögen nie das, was gesprochene Worte vermögen -

Nachfolgend ein Versuch

*

Dankesworte

Dank sei an dieser Stelle insbesondere dem TüWerk und dessen Mitarbeiter, die es mir ermöglichten dieses Thema im Rahmen meines Praxissemesters zu bearbeiten und mich dabei mit guten Ratschlägen unterstützt haben.

Insbesondere sei Dank an die Maßnahme-TeilnehmerInnen, die gerne bereit waren, mir im Rahmen meiner Untersuchung Auskünfte über sich zu erteilen.

Darüber hinaus bin ich Luzia, Bernhard und Daniel
für die immer angenehme Atmosphäre in der WG
vor, während und um meine schreibintensive Zeit sehr dankbar.

Besonderer Dank gebührt Jasmin, die es während dieser buchstabenüberfluteten Zeit immer wieder geschafft hat, mich aus dieser spannenden, aber doch komplexen Gedankenwelt zu entreißen und mich mit Momenten schönster Begegnungen erfreut hat.

Letzter Dank gebührt meinen Eltern, insbesondere für das Korrekturlesen, und dass sie mir auf dem langen Weg, der notwendig war, um solch buchstabenreiche Erzeugnisse zu produzieren, mit viel Weisheit zur Seite gestanden sind und mir diese Entwicklung ermöglicht haben.

Dank auch an die, die es auch verdient hätten, die ich aber hier nicht persönlich erwähnt habe.

*

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	3
2. Benachteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt	6
2.1 Zum Begriff der Benachteiligung	6
2.1.1 Benachteiligung in Bezug auf die soziale Stellung	7
2.1.2 Benachteiligung in Bezug auf das allgemeinbildende Schulsystem	8
2.1.3 Benachteiligung in Bezug auf den Arbeitsmarkt	9
2.2 Benachteiligung in Bezug auf persönliche Ressourcen	11
2.2.1 Die Kapitalarten nach Pierre Bourdieu	12
2.2.2 Zusammenhänge der Kapitalsorten untereinander	15
2.2.3 Kapitalstruktur benachteiligter Jugendlicher	16
2.3 Fazit zum Benachteiligungsbegriff	18
2.4 Chancen durch Bewältigung der erschwerten Lebenslagen	18
2.5 Die politische Sichtweise auf den Begriff der Benachteiligung	19
3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	20
3.1 Funktion und Zielsetzungen der Arbeitsmarktpolitik	20
3.1.1 Zum Begriff der Arbeitsmarktpolitik	20
3.1.2 Rechtliche Grundlagen der Arbeitsmarktpolitik	21
3.1.3 Zum Begriff der Arbeitslosigkeit	25
3.2 Staatliche Angebote zur Eingliederung von Menschen in Arbeit	28
3.2.1 Ein Überblick	28
3.2.2 Kurzcharakteristik der Maßnahmenangebote	30
3.3 AGHs – eine Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik	33
3.3.1 Rechtliche Grundlagen der Arbeitsgelegenheiten	34
3.3.2 Rahmenbedingungen der Arbeitsgelegenheiten und deren mögliche Chancen und Grenzen in der Praxis	36
4. Die Tübinger Werkstätten – ein Einblick in die Maßnahme AGH der Arbeits- und Berufsförderung der BruderhausDiakonie	40
4.1 Die BruderhausDiakonie	40
4.2 Die Tübinger Werkstätten	40
4.2.1 Die Institution	40
4.2.2 Die Maßnahme AGH innerhalb der Tübinger Werkstätten	41
4.2.3 Die Gewerke	44
4.2.4 Das Personal	45
4.2.5 Die Teilnehmer	47
4.2.6 Problematische aktuelle Entwicklungen	48

5. Wissenschaftliche Untersuchung innerhalb des TüWerks	50
5.1 Methodisches Vorgehen zur Erhebung der subjektiven Bedeutung von Arbeitsgelegenheiten	50
5.1.1 Begründung des verwendeten Methodenrepertoires	50
5.1.2 Kurzbeschreibung der Erhebungssituation	51
5.2 Darstellung des Analyseverfahrens „Grounded Theory“	52
5.2.1 Kodiervorgang	53
5.2.2 Anwendung der Methode auf das Datenmaterial	53
5.3 Darstellung der Untersuchungsmethode „ego-zentrierte Netzwerkanalyse“	57
5.3.1 Kurzbeschreibung	57
5.3.2 Durchführung und Auswertung der Netzwerkanalyse	58
6. Ergebnis der Datenanalyse	59
6.1 Ein Überblick über das zugrunde liegende Datenmaterial	59
6.1.1 Fallübersichten – biografischer Werdegang	60
6.1.2 Fallbeschreibungen	61
6.2 Vergleichsanalysen in Bezug auf die Kernkategorie	66
6.3 Einzelfallanalysen in Bezug auf die individuellen Kapitalausstattungen und Teilkarrieremuster	71
6.3.1 Kapitalausstattung und Teilkarrieremuster von Herrn Hafner	72
6.3.2 Kapitalausstattung und Teilkarrieremuster von Frau Pannek	77
6.3.3 Kapitalausstattung und Teilkarrieremuster von Frau Reuter	81
6.3.4 Zusammenschau der Analysen	88
6.4 Vergleichende Analyse in Bezug auf die Bewertung von AGHs	90
6.5 Zusammenfassung – Die Bedeutung von AGHs für Betroffene	91
7. Reflexion – Konsequenzen für die Weiterentwicklung des TüWerks	94
8. Quellenverzeichnis	100
9. Anhang	104

1. Einleitung

So jung Arbeitsgelegenheiten (umgangssprachlich besser bekannt unter dem Terminus „Ein-Euro-Jobs“) in der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenpalette auch sind, haben sie bereits eine Vielzahl an sozial- und gesellschaftspolitischen Debatten, Meinungen und Diskursen hervorgerufen. „Obwohl offiziell nur ein Förderinstrument unter anderen, entwickeln die Ein-Euro-Jobs eine eigene Dynamik“ (BRINKMANN 2006, 35), weil ihre Zielgruppe im Gegensatz zu anderen arbeitsfördernden Maßnahmen eine weitaus größere Altersgruppe umfasst und damit viele Menschen, in unterschiedlichen Lebenslagen und mit unterschiedlichen Erfahrungen in Bezug auf Arbeit, bedienen soll.

Gelangen Menschen in eine Arbeitsgelegenheit, so ist in der Regel davon auszugehen, dass sie bereits Zeiten längerer Arbeitslosigkeit oder nur kurze Zeiten von Beschäftigung hinter sich haben (s. 3.1.2 ALG 2-Regelung). Diese Personen sind in irgendeiner Weise auf dem Arbeitsmarkt *benachteiligt*, was häufig mehrere Gründe hat und sich nicht einem zentralen Grund zuschreiben lässt. Diese zu erkennen setzt voraus, den Blick neben arbeitsmarktpolitischen und strukturellen Gesichtspunkten auch auf intrapersonelle Ansichten zu richten, also betroffenen Personen Fragen nach ihrer subjektiven Einschätzung ihres Werdegangs und ihrer Zielvorstellungen zu stellen, um daraus individuelle Strategien der Bewältigung ableiten zu können.

Als angehender Lehrer im förderpädagogischen Bereich interessieren an dieser Stelle besonders Personen im Alter von 15 bis etwa 25 Jahren, welche eine Arbeitsgelegenheit durchlaufen. Sie verfügen in der Regel kaum über Erfahrungen länger anhaltender Arbeitsverhältnisse. Es ist davon auszugehen, dass dieses arbeitsmarktpolitische Integrationsinstrument in der Zukunft neben den anderen Bereichen der *Benachteiligtenförderung* eine zunehmend bedeutende Rolle spielen wird. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der im § 16d SGB II festgelegten Struktur und zum zweiten darin, dass in jüngster Vergangenheit *gerade* in diesem Zweig der Arbeitsmarktpolitik die Ausgaben erhöht wurden (VGL. BÄCKER & NEUBAUER 2008, 516). Der dritte Grund für die zunehmende Bedeutung der Arbeitsgelegenheiten für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren liegt an deren mit Abstand höchsten Zugangsrate, was die Einmündung in eine Arbeitsgelegenheit anbelangt. Laut des IAB-Forschungsberichts der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind diese im Vergleich zu der Altersgruppe der 25-50-Jährigen mehr

als doppelt so hoch (VGL. WOLFF /HOHMEYER 2006, 29). Schon alleine aufgrund dieser Entwicklung lohnt sich ein kritisches Auseinandersetzen mit dieser Maßnahme.

Dies soll in dieser Arbeit anhand des diakonischen Maßnahmeträgers der Tübinger Werkstätten (künftig TüWerk) geschehen. Darin wird die Maßnahme der Arbeitsgelegenheiten in ihrer praktischen Umsetzung und deren Bedeutung für einen Ausschnitt der Teilnehmer dargestellt werden. Welche Wegsperrn und Hürden dabei für diese Personen zu überwinden waren und möglicherweise noch bevorstehen, interessiert in diesem Zusammenhang hauptsächlich, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie solche „marktbenachteiligten“ (BURGERT 2001, 20) Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit derartigen Lebenssituationen umgehen. Dafür grundlegend soll der Begriff der Benachteiligung (**KAP.2**) dieser Arbeit vorangestellt und dessen mögliche Ursachen unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet werden. Welche Bedeutung dabei dem *Kapitalbegriff* BOURDIEUS und dem *Teilkarrieren-Modell* HILLERS zukommt, wird ebenso dargestellt, wie die Betrachtung der *strukturellen Ebene*.

In **Kapitel 3** wird der Frage nachgegangen, welche *Maßnahmenangebote* der Staat für „benachteiligte“ Menschen bereit hält und wo dabei die *Arbeitsgelegenheiten* (AGHs) zu verorten sind. Bevor *rechtliche Grundlagen* und darüber hinaus auch die konzeptionelle Seite von AGHs betrachtet werden, sollen in einem ersten Schritt die *leitenden Ideen der Arbeitsmarktpolitik* dargestellt und wichtige *Begrifflichkeiten zum Vorverständnis* geklärt werden.

Die konkrete *Umsetzung einer solchen Maßnahme* wird im Anschluss daran am Beispiel des TüWerks abgebildet (**KAP.4**). Dort hatte ich im Rahmen meines dreimonatigen Praxissemesters die Gelegenheit, die Maßnahme der Arbeitsgelegenheiten in der Praxis kennenzulernen und aktiv im Sozialdienst mitzuarbeiten.

Anhand eines *qualitativen Erhebungsinstruments und einer qualitativen Auswertungsmethode*, die im **Kapitel 5** beschrieben werden, konnte ich während meines Praktikums drei Teilnehmer dieser Maßnahme interviewen, um deren individuelle und subjektive Einschätzung und persönliche Bedeutung von AGHs zu erfassen.

Die *Ergebnisse* dieser Befragung, werden unter Berücksichtigung der in den Kapiteln 2 bis 4 erläuterten Inhalte in **Kapitel 6** dargestellt und interpretiert. Ein besonderer Fokus soll an dieser Stelle auch auf die subjektive Bedeutsamkeit von

Arbeitsgelegenheiten gelegt werden. Dabei werden die *Chancen und Grenzen* dieser Maßnahme deutlich werden.

In **Kapitel 7** wird abschließend erörtert, inwiefern die zentralen Ergebnisse der Untersuchung konstruktive Antworten auf benachteiligte Lebenslagen sind und welche *Konsequenzen* letzten Endes daraus *für die Weiterentwicklung des TüWerks* abgeleitet werden können.

Zwei kurze Anmerkungen zur Gestaltung dieser Arbeit:

Sollen wichtige Elemente dieser Arbeit der *Übersichtlichkeit* halber hervorgehoben werden, sind diese mit *kursiver Schreibweise* hervorgehoben; dies gilt vor allem in Bezug auf die Datenanalyse und deren Interpretation in Kapitel 5 und 6.

Der besseren Lesbarkeit halber, habe ich im Folgenden stets die *männliche Form* gewählt. In jedem Fall – es sei denn, es ist explizit vermerkt – ist dabei auch die weibliche Form intendiert, jedoch soll durch diese verkürzte Schreibweise meine Achtung und Sympathie diesen gegenüber nicht geschmälert werden.

2. Benachteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Die Fragestellung dieser Arbeit beschäftigt sich v.a. mit Personengruppen, die als benachteiligt gelten, und deren beruflichem Werdegang. Hier findet man insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, denen der Übergang in Ausbildung und Arbeit nach Abschluss der allgemeinen Schulpflicht bzw. der Anschluss in das Berufsleben nach einer Ausbildung nur schwer, teilweise oder überhaupt nicht gelingt.

Dass man sich bei der Klärung des Benachteiligtenbegriffs „jedoch keineswegs auf den Teilaspekt der beruflichen Eingliederung beschränken darf“ (BURGERT 2001, 11) und weitere Bereiche des Lebens mit in den Blick nehmen muss, wird der Aufbau dieses Kapitels zeigen. So werden zuerst die Bereiche, in denen Benachteiligung auftritt erläutert, um dabei den Begriff schärfer zu fassen, bevor daran anschließend sowohl personeninterne als auch -externe Faktoren, die eine Benachteiligung begünstigen können, dargestellt werden.

2.1 Zum Begriff der Benachteiligung

Ein kurzer gedanklicher Exkurs:

In der bundesdeutschen Verfassung besteht de jure die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz (VGL. GG ART.3, ABS.1). Verwendet man synonym für das Wort „Gesetz“ das Wort „Recht“, was nach der Dudendefinition möglich ist (Recht: „Gesamtheit der Gesetze“ (DUDEN 2002, 721)), dann würde unter Hinzuziehung der Definition von *Benachteiligung* (benachteiligen: „in seinen Rechten hinter andere zurücksetzen; (jmdm.) nicht die gleichen Rechte zugestehen wie anderen“ (DUDEN 2002, 195)), bei jeglicher Form von Benachteiligung eine Verfassungsverletzung vorliegen.

Würde dieser Exkurs in seiner gedanklichen Abfolge Allgemeingültigkeit beanspruchen, so müsste sich der Gesetzgeber schnellstens an die Arbeit machen, diese Gesetzeslücke zu schließen, denn de facto gelten viele Menschen in Deutschland als benachteiligt. Dieser geschilderte aber doch ein wenig kunterbunte Kausalzusammenhang sollte nur dazu dienen, die Begrifflichkeit einzuleiten und

deren Bedeutung, den sie in unserer Gesellschaft innehat, in einem ersten Schritt blitzlichtartig darzustellen.

Versucht man einen anderen Zugang zu der Begrifflichkeit zu finden und umschreibt Benachteiligung mit *verwehrtem Zugang* zu Bildungsressourcen, zum Arbeitsmarkt oder zur sozialen Teilhabe, sowie ungünstige räumliche Voraussetzungen, dann nähert man sich der Begriffsdefinition von BURGERT an. In meinen Ausführungen zur Klärung des Begriffs orientiere ich mich nun im Wesentlichen an dessen Ausführungen. An einigen Stellen sollen diese jedoch mit weiteren Daten unterfüttert werden. BURGERT stellt insbesondere vier Bereiche heraus, in denen Benachteiligung *sichtbar werden* kann (VGL. BURGERT 2001, 20). Dabei zeigt er, dass es neben intrapersonalen Faktoren auch strukturelle Gegebenheiten gibt, die den Zugang ins Erwerbsleben erschweren (VGL. EBD., 12).

Diese Bereiche möchte ich im Fortgang kurz unter folgenden Kategorien abhandeln, wobei ich die regionale Benachteiligung unter der des Arbeitsmarkts subsummiere:

- Benachteiligung in Bezug auf die soziale Stellung
- Benachteiligung in Bezug auf das allgemeinbildende Schulsystem
- Benachteiligung in Bezug auf den Arbeitsmarkt
 - o Benachteiligung in Bezug auf die Region

2.1.1 Benachteiligung in Bezug auf die soziale Stellung

In kaum einem anderen Land ist der Bildungserfolg so von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland (VGL. MACK 2007, 30). Generell lässt sich konstatieren, dass ein Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit der Eltern und der besuchten Schule der Kinder besteht. Sind die Eltern nur gering qualifiziert, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass deren Kinder auch keine guten Startvoraussetzungen mitbringen. Der niedrige berufliche Status prägt das Einkommen und bringt in der Folge nur mindergute Wohnverhältnisse mit sich (VGL. KLEIN 1985, 52, zit. n. BURGERT 2001, 21). Dieses Umfeld bietet für Kinder oft ungünstige Bedingungen hinsichtlich der Erziehung, sozialer Kontakte und Lebensgestaltung. Solche Voraussetzungen können auch die Bedingungen dazu liefern, dass Konflikte mit dem Gesetz eingegangen werden, um das schwache Selbstbewusstsein „um den Preis der Normverletzung“ (BÖHNISCH 2005, 1120) zu stabilisieren.

Dass Benachteiligung in Bezug auf die soziale Stellung auch Auswirkungen auf die weitere Biografie hat, verdeutlicht BURGERT folgendermaßen:

Soziale Benachteiligungen [...] kennzeichnen zum einen die individuellen Lebenshintergründe benachteiligter Jugendlicher, sie sind darüber hinaus in hohem Maße *mit verantwortlich* (Hervorhebung J.R.) für die im folgenden zu verhandelnden Benachteiligungsebenen, die zu einem nicht gelingenden Übergang in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem führen und letztlich ist [sic] sie wiederum des [sic] Resultat eines nicht gelingenden Übergangs in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem (BURGERT 2001, 21).

2.1.2 Benachteiligung in Bezug auf das allgemeinbildende Schulsystem

Viele Autoren der pädagogischen Fachliteratur beschreiben gerade das allgemeinbildende Schulsystem als Ort, der den weiteren Fortgang der Erwerbsbiografien stark prägt und an dem Benachteiligungseffekte auftreten.

Laut BURGERT sind alle Schulabgänger, die über keinen mittleren Schulabschluss verfügen, als benachteiligt anzusehen (VGL. EBD., 21). Durch maximal den Hauptschulabschluss seien die Chancen was die berufliche Zukunft anbelange, für diese Personengruppe erschwert. Darüber hinaus ergibt sich für diese Altersgruppe die Schwierigkeit, dass sie nicht in einem Bildungsmoratorium reifen konnten, sondern schon „sehr viel früher mit den Anforderungen einer selbstständig zu bewältigenden Lebensführung konfrontiert“ (BURGERT 2001, 22) werden. So beruft sich BURGERT auf HILLER, der davon ausgeht, dass ein Fünftel eines Altersjahrgangs als benachteiligt anzusehen sei (VGL. EBD., 23).

STORZ UND GRIESINGER konstatieren, dass „Schulen des unteren Bildungsbereichs [...] ihre Schülerinnen und Schüler mit einem Bildungskapital, das völlig unzureichend ist“ (STORZ & GRIESINGER 2006, 129) entlassen würden. So seien die Absolventen der Sonder- und Hauptschulen als marktbenachteiligt anzusehen, weil nicht vorhandene schulische Zertifikate ein Ausschlusskriterium für die Einmündung in Ausbildung, Beruf und Erwerbsarbeit darstellen würden und damit Arbeitslosigkeit und Ausbildungskatastrophe eigentlich vorprogrammiert sei (VGL. EBD.) Die Autoren sprechen an dieser Stelle von der „tendenziellen Auflösung der Normalerwerbsbiografie“ (EBD., 131).

MACK kommt zu ähnlichen Einschätzungen, indem er festhält, dass „vielen „benachteiligte[n] Jugendliche[n] [...] nach dem Verlassen der allgemein bildenden Schule im unteren Bildungsbereich der reguläre Zugang zu Ausbildung und erstem Arbeitsmarkt“ (MACK 2006, 338) verwehrt sei. Er hebt dabei, wie BURGERT, die soziale Stellung der Jugendlichen als Ursache von Benachteiligung für die weniger gelingende Schulkarriere heraus (VGL. 2.1.1). So ist dieser auch der Meinung, dass

es Benachteiligung in der sozialen Lebenslage dieser Schüler gibt, die diesen bereits im Vorfeld der Schule begegnet. Ein weiterer Beleg, der diese Einschätzung MACKS bekräftigt, ist dessen Aussage, dass der Bildungserfolg in Deutschland wesentlich von der sozialen Herkunft abhängig sei (VGL. 2.1.1). Die Genese von Benachteiligung scheint also in vielen Fällen in der Zeitachse des Lebens bereits ganz vorne entschieden zu werden und wirkt sich dann mitunter auf die Art der besuchten Schule aus und den sich dadurch ergebenden Chancen für Ausbildung und Arbeit. Im Falle einer sozialen Benachteiligung werden Jugendlichen viele Chancen dadurch verwehrt, dass die besuchte Schule die soziale Stellung der Person in ihrem Umfeld widerspiegelt.

2.1.3 Benachteiligung in Bezug auf den Arbeitsmarkt

Die Benachteiligung von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich besonders in der Weise, wie sich die Personen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt zurechtfinden und welche Perspektiven sich für diese dabei eröffnen. Die Übergänge von der ersten Schwelle (Schule - Berufsbildung) und der zweiten Schwelle (Berufsbildung – Erwerbstätigkeit) gestaltet sich nach BURGERT für benachteiligte junge Menschen besonders schwierig (VGL. BURGERT, 2001, 14). Dabei sei die Wahrscheinlichkeit groß, ausbildungslos zu werden oder zu bleiben (VGL. EBD. 24). Das liege auch vor allem mit daran, dass für die Abgänger von Förder- und Hauptschulen das duale Ausbildungssystem nicht mehr zuständig sei. Stattdessen würden häufig außerbetriebliche Ausbildungsverhältnisse oder Fachwerkerausbildungen (auch REHA-Ausbildung, s. KAP. 3.2) eingegangen (VGL. EBD., 25). Die Nachfrage nach solchen Fachkräften ist allerdings auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sehr eingeschränkt. Das zeigt sich nach BURGERT besonders durch die Tatsache, dass diese Jugendlichen oft auf konkrete Ausbildungsberufe wie dem Handwerk und der Hauswirtschaft beschränkt bleiben würden, gleichzeitig dort aber nur eine geringe Nachwuchsnachfrage (Ausbildung über den eigenen Bedarf) vorherrsche. In Gesprächen mit Betriebsinhabern von Handwerksbetrieben wurde mir berichtet, dass die Anforderungen an eine Fachkraft, bedingt durch den technischen Fortschritt, stetig steigen würden. Diesem Prozess Folge zu leisten sei für die meisten Betriebe unabdingbar, wollten diese wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb stellt sich bei vielen Betrieben gar nicht erst die Frage, einen Arbeiter mit Sonderberufsausbildung einzustellen, zumal häufig davon

ausgegangen wird, dass diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen erhöhten Betreuungsaufwand erfordern würden, was zeittechnisch schlichtweg in vielen Betrieben nicht möglich scheint. Somit bietet sich diesen Personen auch mit abgeschlossener (REHA-) Ausbildung meist keine bessere Perspektive, um in Arbeit zu gelangen.

Auch die eigens zur Orientierung errichteten berufsvorbereitenden Maßnahmen bieten kaum bessere Chancen für diese Jugendlichen. Das BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG bestätigt dies in seiner Langzeitstudie zur Untersuchung der Übergänge aus der Hauptschule in Ausbildung und Arbeit aus dem Jahr 2008 (an dieser Stelle sollte berücksichtigt werden, dass sich diese Daten nur auf die Situation von Hauptschülern bezieht und Förderschüler noch nicht mitberücksichtigt sind). So räumt dies für diejenigen Personen bessere Aussichten ein, die gleich im Anschluss an ihren Schulaustritt einen Ausbildungsplatz finden und dort die Probezeit überstehen, als für die Jugendlichen, die eine berufsvorbereitende Maßnahme besuchen (VGL. BfBuF 2008, 42f). Besonders gefährdet sei demnach auch die Gruppe der Schulabgänger, die ohne Schulabschluss die Schwelle von der Schule in das Arbeitsleben betreten, weil diese häufig „durch eine Aneinanderreihung einer größeren Zahl an Fördermaßnahmen und durch längere Phasen der Arbeitslosigkeit vom Ausbildungssystem abgekoppelt“ (EBD. 25) würden. Die Quote derer, die sich in einer berufsvorbereitenden Bildungsinstitution befinden und im Anschluss erneut eine derartige Einrichtung besuchen ist mit einem Drittel keine vernachlässigbare Größe. Sie ist stark risikobehaftet, weil sie erstens selbst in der Folge ihre „Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen [...] resigniert einstellen“ und zum anderen steigt „aufseiten der Ausbildungsbetriebe [...] die Wahrscheinlichkeit, dass sie Jugendlichen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Maßnahmekarrieren keine Chance geben, weil ihnen der Erfolg der Ausbildung bei diesen Voraussetzungen zu ungewiss erscheint“ (EBD. 43). Setzen an dieser Schwelle keine weiteren Hilfen ein, so laufen die Betroffenen Gefahr, infolge alternativer unsicherer Arbeitsverhältnisse (befristet oder den Lebensunterhalt nicht sichernd) mit Phasen der Arbeitslosigkeit rechnen zu müssen.

Auch BURGERT kommt zu diesem Schluss und bescheinigt diesen Jugendlichen, Beschäftigungsverläufe die von „langanhaltenden Phasen der Erwerbslosigkeit“ (EBD.) geprägt sein werden.

Schon allein der Wert von dem Burgert unter Berufung auf mehrere Autoren ausgeht, von 10-15 % eines Altersjahrgangs der ohne qualifizierten Abschluss bleibt (VGL. EBD. 24), ist besorgniserregend.

Aufgrund dieser prekären Ausbildungslage sieht der Staat die Notwendigkeit, diesen Jugendlichen durch Förderprogramme (Benachteiligtenförderung) eine immer breiter werdende Maßnahmenpalette zur Verfügung zu stellen. Für nähere Ausführungen sei an dieser Stelle auf das Kapitel 3 verwiesen.

Benachteiligung in Bezug auf die Region

Da dieser Aspekt den gesamten Arbeitsmarkt betrifft, möchte ich diesen Punkt hier nur kurz erläutern. Gemeint sind vor allem die strukturellen Unterschiede der alten und neuen Länder. So ist generell davon auszugehen, dass die Situation in den neuen Bundesländern für Jugendliche noch erheblich schwieriger ist, weil dort das Arbeitsplatzangebot noch geringer ausgeprägt ist und viele Schulabgänger auf außerbetriebliche Ausbildungsstätten verteilt werden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass sich in der Folge die zweite Schwelle, der Einmündung in Arbeit und Beruf, äußerst kritisch gestaltet und mit höherer Wahrscheinlichkeit Zeiten der Arbeitslosigkeit hervorbringt, als dies in den alten Ländern der Fall ist.

2.2 Benachteiligung in Bezug auf persönliche Ressourcen

Faktoren, die letzten Endes begünstigen, dass Benachteiligung in den Bereichen der *sozialen Stellung*, der *Schule*, der *Arbeit*, und der *Region* auftritt, können mit BOURDIEUS Theorie der individuellen Kapitalausstattung erklärt werden. So sind neben den systemisch bedingten Ursachen von Benachteiligung auch in „den individuellen Voraussetzungen resp. ‚Ausstattungen‘ der benachteiligten Jugendlichen“ (EBD., 30) Erklärungsansätze zu finden, warum und wieso diese Menschen als benachteiligt einzustufen sind. Wenn von Benachteiligung die Rede ist, dann erscheint es hier fast schon klar, dass es sich bei den betreffenden Jugendlichen um einen Mangel an Ressourcen handeln muss. Bevor diese Ausstattungen jedoch näher betrachtet werden, sollen zuerst die verschiedenen Kapitalarten, die BOURDIEU beschreibt, erläutert werden.

2.2.1 Die Kapitalarten nach Pierre Bourdieu

„Um dem Funktionieren der gesellschaftlichen Welt gerecht zu werden, [...muss] man den Begriff des Kapitals in allen seinen Erscheinungsformen“ (BOURDIEU 1997, 184) einführen.

So unterscheidet BOURDIEU im Wesentlichen drei Kapitalsorten, die er teilweise noch weiter ausdifferenziert:

- Ökonomisches Kapital
- Kulturelles Kapital
 - o Inkorporiertes Kulturkapital
 - o Objektiviertes Kulturkapital
 - o Institutionalisiertes Kulturkapital
- Soziales Kapital

Kapital kann also nicht nur unter wirtschaftlichem Aspekt, so wie wir es heutzutage gewohnt sind, betrachtet werden, sondern man kann darunter generell „akkumulierte Arbeit, entweder in Form von Material oder in verinnerlichter, ‚inkorporierter‘ Form“ (EBD. 183) verstehen.

Ökonomisches Kapital

Unter ökonomischem Kapital kann der in der Wirtschaft gängige Begriff verstanden werden. Kapital ist dabei die Anhäufung von materiellen Werten in Form von Geld und Besitzgütern.

Wer über ökonomisches Kapital verfügt, kann dieses leicht in andere (im Folgenden dargestellte) Kapitalsorten transferieren. Jedoch ist dies mit Aufwand meist in Form von Zeit verbunden.

Ökonomisches Kapital ist aber nicht nur als positives Kapital denkbar, sondern auch als belastendes, negatives Kapital. So können auch sämtliche Verbindlichkeiten (Enteignung, Schulden, Kredite) die mit ökonomischem Kapital zusammenhängen darunter subsummiert werden (VGL. BURGERT 2001, S. 32).

Kulturelles Kapital

Kulturelles Kapital könnte man auch mit einer Ausstattung an Wissen oder mit Fähigkeiten übersetzen. Dabei ist es unerheblich, ob dieses Wissen oder diese Fähigkeiten im Menschen durch das Lernen von und mit der Umwelt immanent enthalten sind, oder ob sie sich äußerlich durch den Besitz kultureller Güter zeigen

oder ob sie drittens durch schulische Zertifikate bescheinigt und damit gesellschaftlich legitimiert werden.

Bourdieu unterteilt demgemäß das kulturelle Kapital in drei Unterscheidungsebenen: der Inkorporierung, der Objektivierung und der Institutionalisierung (EBD. 1997,185).

Inkorporiertes Kulturkapital

Inkorporiert meint körpergebundenes Kapital (VGL. EBD. 186). Dieses veräußert sich nur insofern, dass der Besitzer dieser Kapitalsorte sein Wissen, seine Fähigkeiten und Fertigkeiten zeigt. Ansonsten geschieht der Vorgang der Aneignung nur wenig sichtbar. Ob jemand gebildet ist lässt sich rein äußerlich nur schwer beurteilen, allenfalls vermuten. Inkorporiertes Kulturkapital meint nicht zwangsläufig Bildung, die in der Schule gegeben ist, sie kann sich „ohne ausdrücklich geplante Erziehungsmaßnahmen, also völlig unbewusst vollziehen“ (EBD., 187). Ob sich Bildungsprozesse verinnerlichen ist „von dem in der gesamten Familie verkörperten kulturellen Kapital abhängig“ und findet „ohne Verzögerung und Zeitverlust nur in Familien statt[findet], die über ein so starkes Kulturkapital verfügen, daß die gesamte Sozialisation zugleich eine Akkumulation ist“ (EBD. 188). Der Zeit kommt bei der Einverleibung von Bildungswerten also eine große Rolle zu. Sie muss erstens gegeben sein und zweitens auch genutzt werden. Finden sich diese Bedingungen nicht, so ist diese „doppelt verlorene Zeit, weil zur Korrektur der negativen Folgen [z.B. durch nicht vorhandene familiäre oder schulische Bildungsressourcen – J.R.], nochmals Zeit eingesetzt werden muss“ (EBD., 186f). Inkorporiertes Kulturkapital kann durch das Vorhandensein von objektiviertem Kulturkapital erworben werden.

Objektiviertes Kulturkapital

Während das inkorporierte Kulturkapital quasi in verschleierter Form übertragen wird (VGL. EBD., 188) ist objektiviertes Kulturkapital materiell übertragbar und damit sichtbar. Das können Bilder, Gemälde, Bücher, Musikinstrumente und vieles mehr sein. So kann das Vorhandensein eines oder mehrerer Musikinstrumente in einer Familie bewirken, dass bei den Kindern Interesse für dieses objektivierte Kulturkapital erweckt wird und sie den Wunsch äußern dieses Instrument zu erlernen. Ein Instrument zu erlernen heißt dann auch wieder den Faktor Zeit einzusetzen und in der Folge sich dann dieses objektivierte Kulturkapital zu inkorporieren. Objektiviertes Kapital ist somit potentiell inkorporiertes Kapital. Jedoch ist „dasjenige Merkmal, das die eigentliche Aneignung ermöglicht, nicht (oder

nicht notwendigerweise) übertragbar“ (EBD., 188). Um objektiviertes Kapital also gebrauchen zu können, muss kulturelles Kapital in inkorporierter Form vorhanden sein. Umgekehrt gilt auch, dass dort wo kein objektiviertes Kapital vorhanden ist, auch nur schwer inkorporiertes Kapital errungen werden kann.

Institutionalisiertes Kulturkapital

Institutionalisiertes Kulturkapital ist die Objektivierung, also die Sichtbarmachung von „inkorporiertem Kulturkapital in Form von *Titeln*“ (BOURDIEU 1983, 189). Wer eine Schule besucht und dort einen Abschluss erlangt, dessen Leistung wird mit einem Zeugnis anerkannt, das den Bildungserfolg nach außen hin bestätigt. Diese Auszeichnung ist allgemeingültig und überträgt dem Besitzer dieses Zertifikats „einen dauerhaften und rechtlich garantierten konventionellen Wert“ (EBD., 190). Dieses institutionalisierte Kapital macht seinen Inhaber mit anderen vergleichbar und bietet ihm die Chance dieses in ökonomisches Kapital zu verwandeln. Das zuvor investierte ökonomische Kapital, also alle Aufwendungen zur Erlangung eines Abschlusses sollen sich dadurch wieder auszahlen. Doch solch institutionalisiertes Kapital birgt die Gefahr, dass es durch gesellschaftliche Entwicklungen entwertet wird und die mit den Investitionen verbundenen Erwartungen nicht erfüllt. „Je mehr Menschen also heute Abitur machen, desto ‚wertloser‘ wird der Abschluss auf dem Markt“ (KUHLMANN 2008, 310).

Soziales Kapital

Beim sozialen Kapital handelt es sich „um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit* zu einer Gruppe beruhen“ (BOURDIEU 1983, 190f). Diese Personen halten ihre Verbindung durch Austauschbeziehungen aufrecht, d.h. „der Umfang des Sozialkapitals, das der einzelne besitzt, hängt demnach sowohl von der Ausdehnung des *Netzes von Beziehungen* [Hervorhebung – J.R.] ab, [...] als auch von dem *Umfang des* (ökonomischen, kulturellen oder symbolischen) *Kapitals* [Hervorhebung J.R.], das diejenigen besitzen, mit denen er in Beziehung steht“ (EBD., 191). Damit von einem sozialen Kapital gesprochen werden kann, ist es Voraussetzung, dass die Personen sich sowohl kennen als auch anerkennen. „Bei der Beziehungsarbeit wird Zeit und Geld und damit, direkt oder indirekt, auch ökonomisches Kapital verausgabt“ (EBD., 193), weil sie dabei immer auch auf einen unmittelbaren Nutzen ausgerichtet ist (VGL. EBD., 192). Bourdieu macht diesen Nutzen und die dabei zu vollziehenden Aufwendungen von der Größe des Beziehungsnetzes abhängig. Je größer dieses

sei, umso größer seien auch der Ertrag an sozialem Kapital, aber auch die erforderlichen Investitionen, um dieses aufrecht zu erhalten (VGL. EBD.). BURGERT fügt noch hinzu, dass gerade in der heutigen Zeit solche Investitionen unerlässlich seien, weil der Familie nicht mehr die Bedeutung der Arbeits- und Wohngemeinschaft zukomme, wie noch in der vorindustriellen Zeit, deshalb sei die Suche nach alternativen Strukturen außerhalb der Familie erforderlich, setze also soziales Kapital in hohem Maße voraus (VGL. BURGERT 2001, 36).

Verfügt nun jemand über ein gewisses Maß an sozialem Kapital, dann ist noch nicht die Qualität dieses Netzwerks beschrieben. Über soziales Kapital zu verfügen, heißt also nicht, zugleich auch Ansprechpartner zu haben, bei denen man seinen persönlichen Gefühlen Ausdruck verleihen kann. Deswegen nehme ich hier noch eine Ergänzung vor und unterscheide zwischen sozialem Kapital, das darauf ausgerichtet ist, Beziehungen zu pflegen, die mehr *quantitativen Charakter* haben (befreundet sein, mit jemandem die Freizeit verbringen, Spaß haben, zu wissen dass man jemanden hat...) und zwischen sozialem Kapital das darauf ausgerichtet ist, Kontakte zu haben, die mehr *qualitativen Charakter* vorweisen, in denen Offenheit und Sensibilität für den anderen auf Gegenseitigkeit beruht und jederzeit abrufbar ist, wo man einander zugänglich ist für persönliche Themen und Probleme. Nur dort wo Austauschbeziehungen in derartiger Qualität vorliegen, kann das soziale Kapital in seinem eigentlichen Potenzial wirksam werden.

2.2.2 Zusammenhänge der Kapitalsorten untereinander

Das ökonomische Kapital ist mehr oder weniger die übergeordnete Kapitalart, weil die anderen Kapitalsorten damit erworben werden können. Jedoch ist dafür Arbeit notwendig, die als Investition vorgeleistet werden muss. Doch auch zwischen den anderen Kapitalsorten sind Konvertierungen denkbar. Zur Veranschaulichung einige Beispiele:

Transformation von ökonomischem Kapital in kulturelles Kapital

Um sich Wissen durch Bücher (objektiviertes Kulturgut) anzueignen, müssen diese gekauft werden.

Um sich Wissen durch organisierte Bildung anzueignen, muss Zeit investiert werden, die finanziert werden muss und damit ökonomisches Kapital voraussetzt.

Transformation von ökonomischem Kapital in soziales Kapital

Um sich ein soziales Netzwerk aufzubauen, muss in Austauschbeziehungen investiert werden in Form von z.B. Geschenken, Besuchen (VGL. BOURDIEU 1983, 197).

Transformation von kulturellem Kapital in ökonomisches Kapital

Durch aufgewandte Zeit wurden Bildungstitel (institutionelles Kulturkapital) erlangt, die einen Marktwert besitzen, der durch Entlohnung ausgezahlt werden kann.

Durch die „Vermarktung“ (BURGERT 2001, 37) von inkorporiertem Kulturkapital, können Gewinne erwirtschaftet werden.

Transformation von kulturellem Kapital in soziales Kapital

Individuell erworbene Fähigkeiten (inkorporiertes Kulturkapital) in sozialen Situationen zum Ausdruck bringen.

Transformation von sozialem Kapital in kulturelles Kapital

Durch Austausch von Kulturgütern zwischen anderen oder Gebrauch machen von Fähigkeiten (inkorporiertem Kulturkapital) anderer.

Transformation von sozialem Kapital in ökonomisches Kapital

Finanzieller Beistand durch das persönliche soziale Netzwerk.

Bei allen Austauschprozessen, insbesondere beim kulturellen und sozialen Kapital besteht das Risiko von Bildungsinflation bzw. von asymmetrischer Reziprozität (VGL. BOURDIEU 1983, 197), dass also der Kapitalfluss aufgrund dieser Bedingungen abbricht. Generell kann konstatiert werden, dass Gewinne auf der einen Seite mit Kosten auf der anderen Seite verbunden sind (VGL. EBD., 196).

2.2.3 Kapitalstruktur benachteiligter Jugendlicher

In Deutschland kann (in Anlehnung an BURGERT) davon ausgegangen werden, dass die Familien von Schülern der unteren Bildungsinstitutionen im Vergleich zu Familien mit Kindern, die höhere Schultypen besuchen, über eine geringere Kapitalausstattung verfügen.

So ist weder kulturelles, ökonomisches noch soziales Kapital in ausreichendem Maße vorhanden.

Die Chance, dass die Familie ein informeller Bildungsort ist, der „von der frühen Kindheit bis ins Schulalter eine hervorgehobene und besonders wichtige Funktion“

(MACK 2007, 13) erfüllt, ist demnach sehr gering. Dass die „Familie als primäre Sozialisationsinstanz [...] Verhalten, Einstellungen, Denkmuster und Handlungsweisen von Kindern und Jugendlichen maßgeblich [prägt- J.R.]“ (EBD.), ist häufig nicht in dem Sinne gegeben, dass daraus brauchbares *Kulturkapital* entstehen könnte, weil die Eltern schon selbst über solches nicht verfügen. Dieses nichtvorhandene Kapital verbaut diesen dann meist auch eine angesehene Schulbildung und einen in der Folge gesicherten Zugang zum Beschäftigungssystem (BURGERT 2001, 38). Doch gerade „um seine volle Wirksamkeit, zumindest auf dem Arbeitsmarkt, ausspielen zu können, bedarf das kulturelle Kapital deshalb in zunehmendem Maße der Bestätigung durch das Unterrichtssystem, also der Umwandlung in schulische Titel [...zumal – J.R.] das Unterrichtssystem dazu [tendiert – J.R.], der häuslichen Gruppe immer mehr das Monopol für die Übertragung von Macht und Privilegien zu entziehen“ (BOURDIEU 1983, 198).

„Junge Menschen, denen [also – J.R.] eine verlässliche Integration in Tätigkeitsbereiche nicht gelingt, sind in der Folge nur in relativ kleine soziale Netze eingebunden“ (BAUR 2006, 116). Häufig sind diese geprägt von wenig stabilen und kaum belastbaren, sowie von Schwierigkeiten gekennzeichneten Kontakten, die nur kaum in der Lage dazu sind, soziales Kapital mit qualitativ hochwertigem Charakter (VGL. 2.2.1) darzustellen.

Das *ökonomische Kapital* von Personen aus diesem Milieu reicht häufig nicht, um die „lebensrelevanten und lebensnotwendigen Investitionen, beispielsweise die Finanzierung einer eigenen Mietwohnung, der Erwerb eines Führerscheins und eines entsprechenden Verkehrsmittels, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben“ (BURGERT 2001, 38) zu sichern. Darüber hinaus fehlen ihnen Copingstrategien, also Wissen darüber, wie man mit Krisensituationen umgeht, ohne dass dabei leichtfertig Dinge aufs Spiel gesetzt werden (VGL. EBD.).

Die Problematik für diese jungen Menschen, so lässt sich an dieser Stelle zusammenfassend sagen, ist, dass diese erst gar nicht in den Genuss der Reproduzierbarkeit von Kapitalsorten gelangen, weil sie über diese nicht oder nur kaum verfügen. Ihre mangelnde Kapitalausstattung führt auch zu ungenügender Konvertierbarkeit, d.h. wer schon in ein Elternhaus geboren wird, indem aufgrund mangelndem ökonomischem Kapital kaum objektiviertes Kulturkapital zu finden ist und des weiteren kaum Anreize bestehen, sich inkorporiertes Kulturkapital anzueignen, dem wird auch das Bildungssystem keine Möglichkeit bieten,

verwertbares institutionelles Kulturkapital zu erwerben. Doch gerade dieses wäre für die jungen Menschen in Form von Alltagskompetenzen relevant, um beispielsweise dem in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern üblichen Sprachstil folgen zu können oder sich einen Überblick über die Funktion von Finanzen und Versicherungen zur Aneignung einer selbstständigen Lebensführung zu verschaffen (VGL. EBD., 39f).

2.3 Fazit zum Benachteiligungsbegriff

Benachteiligung kann also von verschiedenen Ebenen aus betrachtet werden. Wo diese entsteht, kann dabei nur schwer verortet werden.

Generell bleibt jedoch zu vermuten, dass die Kapitalausstattung eines Menschen der wesentlichste Faktor ist, der eine Benachteiligung generiert. Durch ihre wechselseitige Abhängigkeit beeinflusst sie maßgeblich sowohl Schulbesuch als auch Bildungsabschluss der Jugendlichen.

An einem Benachteiligungsbegriff, der sich über eine unzureichende individuelle Begabung definiert, kann demnach nicht festgehalten werden, da benachteiligte Jugendliche von den Kapitaltransmissionen weitgehend ausgeschlossen werden und daher über eine gesellschaftlich und sozial vorgegebene defizitäre Kapitalausstattung verfügen.

2.4 Chancen durch Bewältigung der erschwerten Lebenslagen

„Eine erfolgreiche berufliche Karriere hängt ab von den Formen der Bewältigung der erschwerten Lebenslagen, in denen sich junge Menschen befinden.“ (FRIEDEMANN & SCHROEDER 2000, 19).

Um die prekären Lebenslagen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen konkreter zu erkennen und dadurch gezielt Hilfe anbieten zu können ist es gut, den Blick auf bestimmte Bereiche zu lenken. FRIEDEMANN & SCHROEDER schlagen dabei vor, *acht Teilkarrieren* näher zu betrachten. Sie gehen davon aus, „dass mit diesen acht Bereichen die wichtigsten Aspekte in den Blick kommen, die benachteiligte Jugendliche ‚auf die Reihe kriegen‘ müssen, soll eine berufliche Eingliederung gelingen“ (EBD., 19). Diese Teilkarrieren sind:

- | | |
|---------------------------|---------------------|
| - Bildung / Beschäftigung | - Freizeitverhalten |
| - Finanzen | - Legalität |
| - Wohnen | - Gesundheit |
| - Beziehungen | - Zivilkompetenz |

Diese Bereiche lassen sich nach individuellen Bewältigungsstrategien untersuchen, woraus dann Schlussfolgerungen über deren weiteren Erfolg anzustellen sind. Sie sollen auch Bestandteil der Betrachtungen der Untersuchung innerhalb dieser Arbeit sein.

2.5 Die politische Sichtweise auf den Begriff der Benachteiligung

Dieser eben dargestellte, weit gefasste Begriff der Benachteiligung, ja seine nahezu ganzheitlichen Erklärungsansätze dürfen aber nicht als Politikum vorausgesetzt werden, denn der Begriff der Benachteiligung wird auf politischer Ebene weitaus enger gefasst. Dort ist nicht primäre Intention, das Individuum in seiner persönlichen Lebenslage zu unterstützen, sondern Leistungen nur freizusetzen, solange es den gesamtwirtschaftlichen Haushalt mit seinen vielfältigen Ausgaben nicht gefährdet. Ressourcen werden vom Staat nur dann freigesetzt, wenn zuvor eine eindeutige Etikettierung der bedürftigen Personen erfolgt ist. Damit geht ein wohl oder übel unauflösbarer Konflikt einher, der sich im erziehungswissenschaftlichen, und dabei besonders im sonderpädagogischen Jargon unter dem Namen „Ressourcen-Etikettierungs-Dilemma“ (FÜSSEL /KRETSCHMANN 1993) eingebürgert hat. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, dass in unserem System finanzielle Mittel für Leistungen und Maßnahmen nur vergeben werden, sofern ein eindeutiger Befund, durch irgendein psychologisch-diagnostisches Verfahren oder anhand eines ökonomischen Rasters (z.B. Ermitteln der Hilfebedürftigkeit durch das SGB II) ermittelt werden konnte. So sind zum Beispiel „die besonderen Leistungen der beruflichen Rehabilitation [...] an den Begriff ‚behindert‘ i. S. s. §19 SGB III gebunden“ (ZELFEL 1998, 6; zit. n. BURGERT 2001, 19). An dieser Stelle kann nur angedeutet werden, dass derartige Vorgänge jedoch häufig auch die Gefahr in sich bergen, für die etikettierten Personen hochgradig stigmatisierend zu wirken.

Sich dieses Dilemmas bewusst zu sein, ist besonders im Hinblick auf das nächste Kapitel hilfreich. Dort werden die Grundstrukturen einer sozialstaatlichen Herangehensweise an dieses gesellschaftliche Problem unter arbeitsmarktpolitischer Sichtweise erläutert.

Dabei soll vor allem der Frage nachgegangen werden, welche Möglichkeiten und Maßnahmen der Staat für benachteiligte Menschen bereit hält, damit diese in unserer Gesellschaft eine Chance bekommen, in Arbeit zu gelangen.

3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Eine Maßnahme ist eine Handlung oder Regelung, die etwas Bestimmtes bewirken soll (VGL. DUDEN 2002). So versucht der Bund durch arbeitsmarktpolitische Angebote und Maßnahmen zu bewirken, dass besonders den verschiedenen schwierigen Lebenslagen junger Menschen vor allen Dingen in Bezug auf den Zugang zu Arbeit entgegengesteuert und Hilfe angeboten wird. Die Angebotspalette im Bereich der Arbeits- und Ausbildungsförderung zeigt dabei, dass die Arbeitsmarktpolitik versucht, Ausgleichseffekte zu Bereichen herzustellen, die der Staat durch das Sozial- und Bildungssystem nicht bewerkstelligen kann. So sind die Grenzen dieser Politik geradezu fließend, was die Sozial- und Bildungspolitik anbelangt. Dass in diesem System ein paar wenige Maßnahmen nicht ausreichen, um diese Benachteiligungen aufzufangen, werden wir in 3.2 sehen. Bevor diese jedoch vorgestellt werden und darin auch das *Instrument der Arbeitsgelegenheiten* näher betrachtet wird, sollen in einem ersten Schritt zunächst die Leitideen der Arbeitsmarktpolitik dargestellt werden. Darüber hinaus werden die zum Verständnis nötigen rechtlichen Grundlagen aus dem Zweiten und Dritten Teil des Sozialgesetzbuchs aufgezeigt und der Begriff der Arbeitslosigkeit in seiner fachlichen Bedeutung beschrieben.

3.1 Funktion und Zielsetzungen der Arbeitsmarktpolitik

3.1.1 Zum Begriff der Arbeitsmarktpolitik

Die *Arbeitsmarktpolitik* setzt im Gegensatz zur Beschäftigungspolitik an den „*Problemgruppen des Arbeitsmarkts*“ an (WOLL 2008, 41). Während es der Beschäftigungspolitik vor allem darum geht, einen hohen Beschäftigungsstand durch Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Investitionen und Wirtschaftsprogrammen zu erreichen, geht es der Arbeitsmarktpolitik darum, Missstände auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel), durch spezielle Maßnahmen und Fördermittel einzuebnen oder, so gut es geht, auszugleichen. Arbeitsmarktpolitische Interventionen sind letztendlich also staatlich gewollte Steuerungsmechanismen zur Eindämmung und Reduzierung von arbeits- und beschäftigungsloser Zeit. Arbeitsmarktpolitik ist somit Einflussgröße auf problematische wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Generell wird unterschieden zwischen *aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik*.

Ein Produkt *aktiver Arbeitsmarktpolitik* ist die Schaffung zielgerichteter Förderangebote für - in Bezug auf Arbeit - benachteiligte Menschen, also die Problemgruppen des Arbeitsmarkts. Damit sind nicht nur sozial benachteiligte Menschen im oben (KAP. 2) dargestellten Sinn zu verstehen, also nicht nur diejenigen, die Schwierigkeiten haben auf dem Arbeitsmarkt integriert zu werden, sondern auch solche Personen, die bisher keine Probleme hatten, in Arbeit zu gelangen, aber aus wirtschaftlichen, strukturellen oder persönlichen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren haben und dadurch in Arbeitslosigkeit geraten sind. Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (so auch die später vorgestellten Arbeitsgelegenheiten) lassen sich auch unter dem Begriff des sogenannten „zweiten Arbeitsmarkts“ zusammenfassen. Es ist ein staatlich erzeugter Arbeitsmarkt (vgl. ABRAHAM et al. 2005, 228), indem nicht primär ein fertiges Produkt oder die Arbeit an sich, sondern das förderbedürftige Individuum in seiner Stellung zu seiner geleisteten Arbeit im Vordergrund stehen soll.

Unter *passiver Arbeitsmarktpolitik* versteht man hingegen die materiellen Leistungen, die der Staat diesen Menschen erbringt, damit sie ihren Lebensunterhalt sichern können.

Arbeitsmarktpolitik meint also die „Gesamtheit aller Maßnahmen, die das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen sollen“ (DUDEN WIRTSCHAFT 2004, 27). In den letzten Jahrzehnten hat sich ein inhaltlicher Wandel hinsichtlich der arbeitsmarktpolitischen Leitideen vollzogen: In den 60ern zu Zeiten geringer Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote ~ 1%) hatte diese noch eine präventiv agierende Funktion inne, während nach der Wende bis heute die Zahl der Arbeitslosen auf ein hohes Niveau von mehr als 7% gestiegen ist und dadurch einen Paradigmenwechsel im Sinne des Förderns und Forderns notwendig machte (BÄCKER & NEUBAUER 2008, 515). Ein Ergebnis dieses Wandels ist die Ausgestaltung des Zweiten und Dritten Buches der Sozialgesetzgebung.

3.1.2 Rechtliche Grundlagen der Arbeitsmarktpolitik

3.1.2.1 Ideen und Zielsetzungen des SGB II und SGB III

Die Arbeitsmarktpolitik hat ein „zweistufiges System“ (BÄCKER & NEUBAUER 2008, 504) zur *sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit* entwickelt, das auf der einen Seite die Arbeitslosenversicherung im Rahmen des „*Arbeitsförderungsgesetzes*“ des SGB

III darstellt und auf der andern Seite mit der „*Grundsicherung für Arbeitssuchende*“ im SGB II einhergeht (VGL. EBD).

Mit dem Inkrafttreten des SGB II im Jahre 2005 wurde gleichzeitig auch das Sozialsystem reformiert. So wurden die bis dahin unabhängig voneinander geltenden Leistungen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe erwerbsfähiger Menschen zu der Leistung des sogenannten Arbeitslosengeld 2 (ALG 2) zusammengelegt, das seitdem einen monatlichen Pauschalbetrag für sogenannte erwerbsfähige Hilfebedürftige vorsieht. So bedeutete dies für langzeitarbeitslose Menschen, dass ihre Leistungsbezüge nicht mehr anteilmäßig aus ihrem vorigen Einkommen errechnet wurden, sondern dass sie sich mit einem monatlichen Komplettbetrag von derzeit 359€ pro Person zufrieden geben müssen. Der Betrag gilt für eine alleinstehende Person ohne Bedarfsgemeinschaft, das sind weitere leistungsberechtigte Hilfebedürftige Personen im Haushalt (VGL. §7 Abs.3 SGB II) plus Finanzierung der Wohnungsmiete und der Heizkosten, zufrieden geben müssen. Spricht man von Lohnersatzleistungen, so ist damit das Arbeitslosengeld 1 (ALG 1) gemeint, welches innerhalb des SGB III geregelt ist. ALG 1 erhalten arbeitslose Menschen, sofern sie innerhalb der letzten drei Jahre mindestens ein Jahr lang Beitragszahler in die Sozialversicherungskassen waren. Anhand des letzten Einkommens wird die Leistung berechnet und beträgt ungefähr 60% des letzten Nettolohns. Diese Versicherungszahlung ist auf maximal 12 Monate befristet und wird aus den Geldern der Arbeitslosenversicherungsbeiträge finanziert. Ist die geförderte Person nach diesem Jahr immer noch arbeitssuchend, dann fällt sie automatisch in den Bereich des SGB II und erhält ALG 2. Das kann dann eine enorme finanzielle Einbuße für denjenigen bedeuten.

Der arbeitsmarktpolitische Slogan „Fordern“ heißt im Rahmen von SGB III, dass sich der Betroffene aktiv nach Arbeit umschaue oder jede ihm angebotene und zumutbare Arbeit annehmen muss.

Die Zielsetzung des SGB III ist in Abstufung zum SGB II– nicht umsonst bezeichnet BÄCKER dieses System als zweistufig - noch weitaus optimistischer, weil es bewirken soll, dass die *Beschäftigungsfähigkeit* von durch Arbeitslosigkeit betroffener Menschen erreicht wird, also dass eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eingegangen wird (BÄCKER & NEUBAUER 2008, 512). Im Gegensatz dazu soll das SGB II lediglich auf die *Erwerbsfähigkeit* dieser darin verorteten Personen hinwirken, dass die „Aufnahme jedweder entlohnter Tätigkeit erreicht“ (EBD.) wird.

Nachdem nun die Hauptintention der beiden Sozialgesetzbücher dargestellt wurde (soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit), sollen nun deren wichtige Inhalte zum besseren Verständnis dieser Arbeit kurz dargelegt werden.

Das SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende

Unter die Grundsicherung für Arbeitssuchende fallen Menschen, die als *erwerbsfähig* und *hilfebedürftig* gelten.

§ 8 SGB II: Erwerbsfähigkeit

- (1) Erwerbsfähig ist, wer nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.

Wer also mindestens drei Stunden am Tag arbeiten kann, gilt laut Gesetz als erwerbsfähig.

§ 9 SGB II: Hilfebedürftigkeit

- (1) Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt, seine Eingliederung in Arbeit und den Lebensunterhalt der mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln sichern kann, [...] und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen erhält.

Hilfebedürftig ist also, wer seinen Lebensunterhalt aufgrund zu geringem oder gar keinem Einkommen nicht bezahlen kann. Dies trifft vor allen Dingen auf Personen zu, die keiner geregelten Arbeit nachgehen oder sich gänzlich in Arbeitslosigkeit befinden. Wenn beispielsweise nun ein zwanzigjähriger Jugendlicher keine Ausbildungsstelle oder Arbeitsstelle gefunden hat, in einer eigenen Wohnung lebt und seinen Unterhalt nicht aus eigener Tasche finanzieren kann, so ist er praktisch gesehen ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger, da er noch kein Jahr lang Beiträge zur Sozialversicherung geleistet hat. Er fällt automatisch unter die Grundsicherung des SGB II. Diesen Status des „erwerbsfähigen Hilfebedürftigen“ kann er sich aber nicht selbst verleihen - dazu muss er sich bei der Agentur für Arbeit (AfA) vorstellig machen. Erst wenn diese den Sachverhalt seiner Bedürftigkeit geprüft hat, wird er von dieser als solcher deklariert und hat dann Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II. Diese Regelungen wurden von der Hartz IV- Kommission erstellt und traten mit dem SGB II 2005 in Kraft. Die Hartz-IV Leistungen bestehen aus:

1) Geldleistungen:

Der Hartz IV-Regelsatz, der anhand eines Durchschnittswarenkorbs des Normalverbrauchers errechnet wird, von derzeit 359 € + die Übernahme der Miet- und Heizungskosten für die Wohnung.

2) Dienstleistungen:

„Alle auf den Arbeitsmarkt bezogenen Leistungen mit dem Ziel, den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in Arbeit einzugliedern“ (AfA 2009, 2). Dazu zählt das Informieren und Beraten durch den jeweiligen Fallmanager (persönlicher Ansprechpartner) im Jobcenter¹, ebenso die Förderung der Erwerbsfähigkeit durch Vermittlungsangebote in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und der von Arbeitsgelegenheiten.

3) Sozialversicherung:

Die Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wird durch den Status des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen von der AfA abgedeckt, ebenso wie die Unfallversicherung in bestimmten Fällen.

4) Sachleistungen:

Das sind beispielsweise Gutscheine für bestimmte Warenhäuser oder einmalig notwendig werdende Anschaffungen.

Diese Leistungen werden aus Steuergeldern des Bundes finanziert.

Ziel des SGB II ist es nun, den Lebensunterhalt dieser erwerbsfähigen hilfebedürftigen Menschen zu gewährleisten, sie also sozial abzusichern, sie aber auch gleichzeitig (wieder) in Arbeit einzugliedern und ihren Status der Langzeitarbeitslosigkeit zu beenden. Unter Langzeitarbeitslosigkeit versteht man dabei Arbeitslose, die länger als ein Jahr ununterbrochen arbeitslos sind“ (BÄCKER & NEUBAUER 2008, 502).

Das SGB III – Arbeitsförderungsgesetz

Das SGB III bietet grundsätzlich Leistungen zur Arbeitsförderung mit dem Ziel, „das Entstehen von Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verkürzen“ (§ 1 Abs. 1 SGB III). Neben finanziellen Zuschüssen seitens der AfA

¹ Jobcenter (JC) sind die ausführenden Organe der Agentur für Arbeit auf regionaler Ebene. JC sind die Anlaufstellen für Arbeitssuchende nach dem SGB II. Diese finden dort ihren persönlichen Fallmanager, der sie beratend und vermittelnd unterstützt, in irgendeine Form von Arbeit zu gelangen. Dort arbeiten Mitarbeiter der AfA gemeinsam mit Mitarbeitern der jeweiligen Kommune zusammen. Diese Form der Zusammenarbeit macht die Zukunft dieser Einrichtungen ungewiss, da sie in ihrer bestehenden Funktion vom BVG für verfassungswidrig erklärt wurde, aufgrund von Überschneidungen der Zuständigkeitsbereiche des Bundes und der Länder. Ende 2011 muss daher eine Neulösung in Kraft treten.

können das auch verschiedenste Maßnahmenangebote sein, die von Letzterer finanziert werden. Besonders in Bezug auf den gezielten Erwerb von Ausbildungsreife und Berufsorientierung im Bereich der Benachteiligtenförderung (s. KAP. 3.2) sind Zuschüsse und Finanzierungsmöglichkeiten durch die Bundesagentur für Arbeit möglich. So sind zum Beispiel die „berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen“ (§ 61), ebenso wie die finanziellen Hilfen (§ 240), die Auszubildende als Unterstützungshilfe im Rahmen einer staatlich anerkannten Ausbildung bekommen können, Leistungen, die innerhalb des SGB III für junge Menschen mit ungünstigen Startvoraussetzungen (s. KAP 2) angeboten werden können.

3.1.2.2 Schnittpunkte des SGB II und SGB III

Zwischen beiden Büchern gibt es aber auch Schnittpunkte. So kann etwa ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger nach SGB II durch den § 16 Abs. 1 SGB II auch Leistungen des SGB III in Anspruch nehmen. „Damit stehen z. B. die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen auch für erwerbsfähige hilfebedürftige Jugendliche zu Verfügung, die ausschließlich durch die Agentur für Arbeit als Leistung der Arbeitsförderung zu erbringen sind“ (BA 2008, 4).

Darüber hinaus ist den beiden Büchern auch gemein, dass der Leistungsgeber (Agentur für Arbeit) mit dem Leistungsnehmer eine (sechsmonatige) Eingliederungsvereinbarung abschließen soll, die eine gegenseitige schriftlich dargelegte Verständigung darüber ist, welche Leistung von welcher Seite zu erbringen ist (aktive Teilnahme an Angeboten und Maßnahmen auf Seiten des Teilnehmers, und aktive Beratung, Vermittlung und Unterstützung auf Seiten der Agentur (vgl. § 15 SGB II und § 37 SGB III)). Jedoch fallen die Sanktionen für einen Verstoß gegen die Eingliederungsvereinbarung im SGB II drastischer aus, als für Arbeitssuchende im Rahmen des SGB III. Für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren sind diese besonders drastisch, so dass die Leistungen zur Grundsicherung über eine bestimmte Zeit komplett gestrichen werden können, wenn diese beispielsweise den Vermittlungsvorschlägen des Jobcenters nicht nachkommen.

3.1.3 Zum Begriff der Arbeitslosigkeit

In den vorangegangenen Abschnitten wurde häufig der Terminus „Arbeitslosigkeit“ verwendet. Diesen gilt es nun unter arbeitsmarktpolitischer Sicht zu definieren, um

ihn fachgerecht anzuwenden, dabei aber auch dessen landläufige Bedeutung nicht aus dem Blick zu verlieren. Arbeitslos zu sein, erweckt oft ein Bild eines Menschen, der keiner Arbeit nachgeht, also in keiner Weise berufstätig ist, gemäß der Definition des Dudens: „trotz Arbeitsfähigkeit ohne berufliche Beschäftigung; keinen Arbeitsplatz habend“ (DUDEN 2002). In Wirklichkeit verbirgt sich im arbeitsmarktpolitischen Kontext darunter ein weitaus komplexerer Begriff. Arbeitslosigkeit ist nach Aussage der beiden Teile des Sozialgesetzbuches gegeben, wenn erstens ein Beschäftigungsverhältnis 15h pro Woche nicht überschreitet, zweitens wenn die betroffene Person der Agentur zur Weitervermittlung zur Verfügung steht und sich diese drittens bei der AfA arbeitslos gemeldet hat (VGL. § 16 Abs.1 SGB III und BA 2004, 2). Letztgenannte kann man also auch als *arbeitslos arbeitssuchend* bezeichnen. Als *nicht arbeitslos* gelten demnach auch Schulabgänger oder Studenten, die nur eine Ausbildungsstelle suchen (EBD.), ebenso wie arbeitsunfähige Personen, die also keiner Weitervermittlung zur Verfügung stehen.

Für das SGB II gibt es aufgrund seiner heterogenen Leistungsberechtigten mehrere Konstellationen, bei denen erwerbsfähige Hilfebedürftige (also Leistungsempfänger der Grundsicherung) einmal als *arbeitslos arbeitssuchend*, als *nicht arbeitslos arbeitssuchend* und als *nicht arbeitslos und nicht arbeitssuchend* gelten:

Arbeitslos und arbeitssuchend:

Personen, die sich in keinem Beschäftigungsverhältnis befinden, aber bei der Agentur gemeldet sind und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen.

Nicht arbeitslos und arbeitssuchend:

Personen, die einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik beiwohnen (z.B. Arbeitsgelegenheit) oder Personen, die aufgrund geringfügigen Einkommens unter der Bemessung der Leistungen der Grundsicherung bleiben und deshalb ergänzende Leistungen zu ihren Einnahmen von der AfA bekommen oder Personen, die selbstständiger Arbeit nachgehen.

Nicht arbeitslos und nicht arbeitssuchend:

Personen, die aufgrund der Erziehung eines Kindes nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und Unterhalt nicht aus eigenen Kräften finanzieren können, haben Anspruch auf Leistungen des SGB II.

3.1.3.1 Arbeitslosigkeit Jugendlicher und junger Erwachsener

Finden Schulabgänger keine Ausbildungsstelle oder Jugendliche mit einer abgeschlossenen Ausbildung keine Anstellung, so müssen sie sich arbeitslos melden um Leistungen zur Unterhaltssicherung zu erhalten, falls diese nicht von anderer Stelle (durch Angehörige) geleistet werden können. Diese Arbeitssuchenden werden dann in der Statistik der Jugendarbeitslosigkeit erfasst.

Besonders betroffen von Arbeitslosigkeit sind Jugendliche, die keinen oder einen niedrigen schulischen oder beruflichen Abschluss (VGL. DGB 2008, 9) haben. Viele dieser jungen Menschen schaffen den Sprung weg von der Arbeitslosigkeit nur hin zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Im Jahr 2008 war dabei die Anzahl der Jugendlichen in Maßnahmen der Arbeitsgelegenheiten doppelt so hoch wie die Zahl der Personen in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (VGL. EBD. 4). Belastend komme hier noch hinzu, so der DGB, dass laut einer Untersuchung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) diese Arbeitsgelegenheiten für unter 25-Jährige keinen Eingliederungseffekt hätten und nicht zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit beitragen würden (VGL.EBD.).

3.2 Staatliche Angebote zur Eingliederung von Menschen in Arbeit

3.2.1 Ein Überblick

Angebote und Maßnahmen der Benachteiligtenförderung ² nach SchG ³ (i.d.R. zur Erfüllung der Berufsschulpflicht und zur Erreichung von Abschlüssen)	Angebote und Maßnahmen der Benachteiligtenförderung ² nach SGB III (Voraussetzung i.d.R. erfüllte Berufsschulpflicht)	Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit nach SGB II
BVJ (Berufsvorbereitungsjahr) § 10 Abs. 5	BvB (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme) § 61	AGH (Arbeitsgelegenheiten) § 16 d
BEJ (Berufseinstiegsjahr)	REHA -Ausbildungen § 102	EGZ (Eingliederungszuschuss) § 16 e
BGJ ^{***} (Berufsgrundbildungsjahr)	BaE (Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen) § 240 Abs. 2	
1j. BFS (Einjährige Berufsfachschule) § 11	abH (Ausbildungsbegleitende Hilfen) § 240 f	
2j. BFS (Zweijährige Berufsfachschule) § 11		
EQ ⁴ (Einstiegsqualifizierung) § 235 b		
Nachqualifizierung		

Abb1: Angebotsstruktur für benachteiligte und von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen

Staatlich geförderte Angebote werden mitunter als Ausgleich von Benachteiligungseffekten angesehen, um benachteiligte Menschen in Bezug auf Bildung, Arbeit und Leben durch Förderung auf den Weg in eine unterhaltssichernde Arbeit zu bringen. Für Schulabgänger und junge Menschen, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und für Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bestehen

² In Anlehnung an Seminarpapier „Angebote und Maßnahmen der Benachteiligtenförderung“ von Prof. Dr. W. Mack (vgl. MW 2008)

³ vgl. SchG 2006

⁴ ergänzt durch Autor

eine Reihe von Fördermaßnahmen. Diese wurden zum besseren Verständnis in einer tabellarischen Übersicht dargestellt (ABB.1). Ich unterscheide hier einmal nach der gesetzlichen Verortung innerhalb des Schulgesetzes Baden-Württembergs auf der einen Seite und des Sozialgesetzbuches (Maßnahmen der Benachteiligtenförderung des SGB III und Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung des SGB II) auf der anderen Seite. Eine Grenzziehung der im SGB festgeschriebenen Maßnahmen der Benachteiligtenförderung gegenüber den anderen zur Benachteiligtenförderung zählenden Angeboten im SchG, ist fernerhin auch durch eine zeitliche Unterscheidung in dem Sinne möglich, wann welche Maßnahme im Regelfall zur Anwendung kommt. So sind in der ersten Spalte die Maßnahmen und Angebote abgebildet, in der häufig Schulabgänger Platz finden, die keine Ausbildungsstelle bekommen haben oder die keine weiterführende Schule besuchen, um dabei ihre Berufsschulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (VGL. SCHG BA-WÜ §§ 77ff) zu erfüllen, während bei den Maßnahmen des SGB III im Regelfall die Berufsschulpflicht schon erfüllt wurde, bevor die AfA Personen in diese Maßnahmenbereiche vermittelt hat.

Der Unterschied der Maßnahmen des SGB II zu denen der Benachteiligtenförderung besteht letztendlich in der Zielgruppe. Während das Angebot der sogenannten Benachteiligtenförderung in der Regel bis zum Alter von 25 Jahren beschränkt ist, also in das ausbildungsübliche Alter fällt, sind die Maßnahmen des SGB II auch für Menschen ab dem 15. Lebensjahr (i.d.R. Nachrangigkeit von AGH gegenüber berufsvorbereitenden Maßnahmen) bis zum Alter von mind. 64 Jahren (also noch vor Renteneintritt, VGL. § 7a SGB II) möglich. Zielgruppe sind hier Menschen, die durch Arbeitslosigkeit betroffen sind und anhand von Angeboten wieder in Arbeit eingegliedert werden sollen.

Dass nicht alle Bereiche den Unterscheidungsmerkmalen eindeutig zuordenbar sind, zeigen das EQ und die Nachqualifizierungsmaßnahme. So erhebt die tabellarische Übersicht keinerlei Anspruch auf letztendliche Allgemeingültigkeit. Sie soll dem Leser lediglich ein Gedankenmodell bieten, mit dem er sich in der bestehenden Maßnahmenlandschaft zurechtfindet, indem er die ungefähre zeitliche Anwendbarkeit der Maßnahmen in der Praxis und deren rechtliche Verortung innerhalb des SGB II und III überblicken kann.

3.2.2 Kurzcharakteristik der Maßnahmenangebote

3.2.2.1 Bereiche der Benachteiligtenförderung

Die Intention der Benachteiligtenförderung liegt darin, benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen „die Aufnahme, die Fortsetzung oder den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung zu ermöglichen und den Übergang in betriebliche Ausbildung oder Arbeit (nach Abschluss der Ausbildung) zu fördern“ (BfBuF 2005, 60).

Berufsvorbereitungsjahr

Das einjährige BVJ ist für Schüler ohne Hauptschulabschluss, zur Erfüllung der Berufsschulpflicht und als Möglichkeit zum Nachholen des Hauptschulabschlusses vorgesehen. Die Inhalte beschränken sich auf die Grundlagen bestimmter Berufsfelder.

Berufseinstiegsjahr

Das BEJ dauert genau wie das BVJ ein Jahr lang und ist für Schulabgänger mit Hauptschulabschluss gedacht, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Dort sollen sie die Berufsschulpflicht erfüllen und sich beruflich in einem bestimmten Feld orientieren um somit die Ausbildungsreife zu erlangen.

Berufsgrundbildungsjahr

Das BGJ kommt für Schulabgänger in Betracht, die noch keine Ausbildungsstelle gefunden haben, sich aber in einem bestimmten Berufsfeld (z.B. kaufmännischer Bereich) orientieren wollen. Bei erfolgreichem Abschließen kann es als 1. Ausbildungsjahr für Berufe im jeweiligen Berufsfeld angerechnet werden. Außerdem kann dort unter bestimmten Umständen der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Mit dem Absolvieren des BGJ kann die Berufsschulpflicht erfüllt werden.

Einjährige Berufsfachschule

Die 1j. BFS ist, im Gegensatz zum BGJ, eine einjährige Schule, die sich auf einen Ausschnitt eines bestimmten Berufsfeldes konzentriert (z.B. im Holzbereich: Tischler). Bei erfolgreichem Besuch kann der Hauptschulabschluss erworben werden und das Jahr als 1. Ausbildungsjahr in dem Berufsbereich angerechnet werden. Außerdem wird damit die Berufsschulpflicht erfüllt.

Zweijährige Berufsfachschule

Mit dem Besuch der 2j. BFS, die sich ebenso wie die 1j. BFS auf einen Ausschnitt eines bestimmten Berufsfeldes konzentriert, wird zum einen die Berufsschulpflicht erfüllt und zum anderen führt sie zum Realschulabschluss. Voraussetzung der 2j. BFS ist also der Hauptschulabschluss. Im Anschluss an die zwei Jahre ist es möglich, direkt in das zweite Ausbildungsjahr des jeweiligen Berufes einzusteigen.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme

Das BvB ist im SGB III als Maßnahmeangebot festgeschrieben und wird „im Auftrag der Agentur für Arbeit durchgeführt“ (§ 61 Abs.1 Ziff. 3 SGB III). Es unterliegt nicht den Schulgesetzen. Ziel ist es auf eine Ausbildung vorzubereiten und zugleich der beruflichen Eingliederung zu dienen (VGL. EBD, Ziff. 1). Die Teilnehmer der Maßnahme durchlaufen unterschiedlichste Gewerke, vom gewerblichen (Handwerk) bis zum kaufmännischen oder hauswirtschaftlich-pflegerischen Bereich. Die BvB-Maßnahme läuft im Optimalfall in vier Stufen ab; so folgt der Grundstufe (Orientierungsphase) die Förderstufe in welcher die berufspraktischen Kenntnisse und Fertigkeiten vertieft werden (vgl. BfBuF 2005, 45), ehe in der Teilqualifizierung berufsspezifische Inhalte anhand von Zertifikaten (Maschinenführerschein) erworben werden. Im letzten Teil, der Übergangsqualifizierung, nachdem möglichst schon ein Ausbildungsplatz gefunden wurde, soll der Zeitraum bis zum Beginn dieser Ausbildung in Form von Praktika oder weiteren inhaltlichen Qualifizierungsbausteinen sinnvoll überbrückt werden.

REHA-Ausbildungen

Menschen mit einer Behinderung im Sinne des SGB III (im SGB III sind damit Menschen gemeint, „deren Aussichten, am Arbeitsleben teilzuhaben oder weiter teilzuhaben [...] nicht nur vorübergehend wesentlich gemindert sind und die deshalb Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben benötigen, einschließlich lernbehinderter Menschen“ (§ 19 Abs. 1 SGB III)) sollen nach § 102 besondere Leistungen zur Eingliederung in die Arbeitswelt erhalten. Dazu gehören von der Agentur geförderte Ausbildungsberufe in inhaltlich etwas abgespeckter Form, als es in den Hauptausbildungsberufen der Fall ist. Für den Erhalt eines solchen Ausbildungsplatzes muss beim Jugendlichen ein sogenannter Reha-Status aus einem psychologischen Test der AfA ermittelt worden sein. Die Ausbildungsgänge dauern in der Regel drei Jahre und schließen mit einem Fachwerkerbrief ab. Mit

dieser Ausbildung ist es möglich, in eine Vollausbildung im zweiten Ausbildungsjahr einzusteigen.

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen

REHA-Ausbildungen werden auch häufig in überbetrieblichen Einrichtungen durchgeführt, das heißt, anstatt eines Ausbildungsbetriebs ist eine Ausbildungswerkstatt eines Bildungsträgers der Ort der betrieblichen Ausbildung. Der Grund ist, dass sich häufig nur wenige Betriebe finden, die trotz Finanzierung des Auszubildenden durch die AfA diese zeitaufwändige Ausbildung des Jugendlichen übernehmen und zum anderen können durch außerbetriebliche Einrichtungen gezielt Förderpläne für die Jugendlichen erstellt werden.

Ausbildungsbegleitende Hilfen

Zielgruppe der abH sind Jugendliche, die „wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne die Förderung eine Berufsausbildung nicht beginnen, fortsetzen oder erfolgreich beenden könnten, oder [bei denen] ein Abbruch der Ausbildung droht“ (BfBuF 2005, 61). Die Leistungen werden von der AfA finanziert und umfassen Förder- und Stützunterricht und sozialpädagogische Begleitung.

Einstiegsqualifizierung

In einer EQ können Grundkenntnisse in einem anerkannten Ausbildungsberuf durch ein Praktikum erworben werden. Die Dauer beträgt in der Regel ein halbes Jahr bis zu einem Jahr. Diese Möglichkeit soll besonders Jugendlichen vom Schulaustrittsalter an für bis zu über 25-jährige, die schon einen konkreten Berufswunsch haben, entgegenkommen.

Nachqualifizierung

Hier sollen „vor allem an- und ungelernte Jugendliche und Erwachsene im Alter von 20 bis vorzugsweise 29 Jahren“ (BfBuF 2005, 77) besser auf dem Arbeitsmarkt integriert werden und vor drohender Arbeitslosigkeit geschützt werden, indem sie ihre bereits gesammelten Arbeitserfahrungen durch eine nachträglichen Qualifizierung in einen anerkannten Abschluss ummünzen.

3.2.2.2 Bereiche der beruflichen Eingliederung

Arbeitsgelegenheiten

AGH ist der „Oberbegriff für öffentlich geförderte Beschäftigung“ (LOHMANN 2006, 27). Es gibt mehrere Formen der AGHs. Die gebräuchlichsten sind aber die AGHs in der

Mehraufwandsvariante (Ein-Euro-Jobs), d.h. hier wird dem Teilnehmer für den Mehraufwand (etwas, was einen nicht direkten Nutzen erzeugt) in Form von gemeinnütziger Arbeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von etwas mehr als einem Euro pro geleisteter Stunde bezahlt. Sinn und Zweck der Maßnahme ist das Zurückerlangen einer Alltagsstruktur und Gewöhnen an eine Arbeit nach Zeiten längerer Arbeitslosigkeit. Die andere Form der AGHs sind die in der Entgeltvariante. Dies sind im Gegensatz zur Mehraufwandsvariante sozialversicherungspflichtige und nicht gemeinnützige Beschäftigungen. Diese Form kommt aber vergleichsweise selten vor (5% der AGHs).

Eingliederungszuschuss

Der EGZ ist keine Maßnahme an sich, sondern vielmehr eine Unterstützungsleistung für den Arbeitgeber eines Betriebs, der einen ehemals Langzeitarbeitslosen, aber qualifizierten Mitarbeiter einstellt. Für den Arbeitnehmer ist das eine Chance zur beruflichen Eingliederung, weil er so in einem festen Beschäftigungsverhältnis seine Fähigkeiten unter Beweis stellen kann und unter einer realen Arbeitssituation wieder lernen kann, im Arbeitsleben Fuß zu fassen. Der Nutzen für den Arbeitgeber besteht darin, dass er eine finanziell geförderte qualifizierte Arbeitskraft, bei niedrigen Personalkosten beschäftigt. Diese Art der Beschäftigung ist frühestens ab dem vollendeten 18. Lebensjahr möglich.

3.3 AGHs – eine Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik

Während die Benachteiligtenförderung im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Eingliederungsinstrumente zu den Qualifizierungsbereichen gehört, sind die Arbeitsgelegenheiten den Beschäftigung schaffenden Maßnahmen zuzuordnen (VGL. BÄCKER & NEUBAUER 2008, 513). Darin werden Arbeitsplätze für (langzeit-) arbeitslose Menschen vom Alter von 15 bis 64 Jahren eingerichtet, die jedoch zeitlich auf 6 Monate bis maximal einem Jahr befristet sind. Diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme existiert seit dem Inkrafttreten des SGB II Anfang 2005 und ist seitdem eines von der BA am meisten finanziell geförderten arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

Welche Rolle dieser Maßnahme zukommt, ja welche Bedeutung sie für darin vermittelte Teilnehmer hat, darauf wird in den Folgekapiteln dieser Arbeit näher eingegangen werden. Doch zunächst liegt der weitere Fokus darauf, die rechtlichen Bestimmungen und inhaltlichen Facetten der Arbeitsgelegenheiten darzulegen.

3.3.1 Rechtliche Grundlagen der Arbeitsgelegenheiten

§ 16d SGB II: Arbeitsgelegenheiten:

„Für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Werden Gelegenheiten für im öffentlichen Interesse liegende, zusätzliche Arbeiten gefördert, ist den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine angemessene Entschädigung für Mehraufwendungen zu zahlen; diese Arbeiten begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts; die Vorschriften über den Arbeitsschutz und das Bundesurlaubsgesetz mit Ausnahme der Regelungen über das Urlaubsentgelt sind entsprechend anzuwenden; für Schäden bei der Ausübung ihrer Tätigkeit haften erwerbsfähige Hilfebedürftige nur wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Während § 16d für *alle* arbeitssuchenden Leistungsbezieher der Grundsicherung die Möglichkeit der Eingliederung in Arbeit durch speziell dafür geschaffene AGHs vorsieht, werden in § 3 Abs. 2 die jungen leistungsbeziehenden Personen unter 25 Jahren als Zielgruppe von AGHs benannt, sofern diese nicht in eine Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden können:

§ 3 (2) SGB II: Leistungsgrundsätze

Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln. Können Hilfebedürftige ohne Berufsabschluss nicht in eine Ausbildung vermittelt werden, soll die Agentur für Arbeit darauf hinwirken, dass die vermittelte Arbeit oder Arbeitsgelegenheit auch zur Verbesserung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten beiträgt.

Nach eigenen Informationen durch die AfA Reutlingen hat jedoch die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit Vorrang. So lässt sich auch der oben stehende Paragraph interpretieren, durch die Folge der Nennungen: „Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit“ (§ 3 Abs. 2 SGB II). Sollte es sich aber um einen Jugendlichen handeln, der „schwach in Bezug auf Leistungen [ist [sic]] und damit eine reguläre Arbeit oder Ausbildung in absehbarer Zeit nicht erreichen kann oder dies sehr fraglich ist, käme eine AGH in Frage. Teilweise auch, um den Menschen, die in Frage kommen, eine Tagesstruktur zu geben/ermöglichen und im Berufsleben zumindest in Ansätzen Fuß zu fassen oder auch eine Art Berufsorientierung zu erfahren“ (VGL. E-MAIL ANHANG 4).

Letztere Regelung könnte besonders für junge Personen sein, die z.B. eine berufsvorbereitende Maßnahme nicht nutzen konnten, um in Ausbildung zu gelangen oder, die durch aufgenommene prekäre Arbeitsverhältnisse ohne große arbeitnehmerrechtliche Absicherung in Zeiten längerer Arbeitslosigkeit geraten sind oder die ihr Arbeitsverhältnis in ihrem erlernten Beruf aufgrund von Nichtübernahme oder betriebsbedingter Kündigung ohne Anwartschaft auf ALG 1 verloren haben und

dabei unter die Regelungen des SGB II gefallen sind. Diesen gibt der Gesetzgeber die Möglichkeit, an einer Arbeitsgelegenheit teilzunehmen und bietet ihnen dadurch eine „Integrationsfunktion“, weil sie Arbeitslosen eine Chance gibt in Arbeit einzusteigen und dadurch den Übergang in eine reguläre Beschäftigung anbahnt, also eine „Brückenfunktion“ innehat (VGL. BÄCKER et al. 2008, 560).

Die AfA schlägt in ihrem Kompendium der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor, dass darauf hingewirkt werden soll, dass mit „jedem erwerbsfähigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen [...] im Anschluss an eine individuelle Beratung schnellstmöglich eine gemeinsam getragene Eingliederungsvereinbarung abgeschlossen werden [soll].“ (BA 2006, 17). Darüber hinaus soll mit allen Jugendlichen, die nicht sofort in eine Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden können, „eine alternative Eingliederungsstrategie erarbeitet werden“ (EBD., 18). Dazu werden neben berufsvorbereitenden Maßnahmen auch die Vermittlung in eine Arbeitsgelegenheit mit Qualifizierungsanteil vorgeschlagen (VGL. EBD., 18). Dieser Qualifizierungsanteil ist nur für die AGHs für Personen unter 25 Jahren gedacht.

Arbeitsgelegenheiten haben neben fördernden Elementen auch fordernde Anteile, gemäß dem Kapitel 1 des SGB II („Fördern und Fordern“). So ist „die Prüfung der Bereitschaft des Hilfebedürftigen zur Mitwirkung an den vereinbarten Schritten zur (Wieder-) Eingliederung“ (EBD., 22) gerade durch eine Maßnahme der AGHs für die AfA ein Mittel, um die Motivation des einzelnen in Bezug auf Arbeit festzustellen. Dabei muss auch immer berücksichtigt bleiben, dass die Vermittlungsinstanzen der Agentur, in Form der Jobcenter und kommunalen Arbeitsgemeinschaften⁵ (ARGE) keine sozialen Einrichtungen sind, die einen Förderplan nach ausdifferenzierten pädagogischen Gesichtspunkten für den einzelnen Hilfebedürftigen erstellen würden, sondern staatliche Ausführungsorgane sind, die mit einem bestimmten Budget ausgestattet sind und mit diesen Mitteln haushalten müssen. Das kann also bedeuten, dass primär nur diejenigen Arbeitssuchenden in eine kostenverursachende AGH vermittelt werden, die nach außen hin einen willigen Eindruck machen. Somit finden sich hier mit Sicherheit ungewollte, jedoch finanziell

⁵ Jobcenter werden auch als ARGE bezeichnet. Das sind Arbeitsgemeinschaften, die sich einerseits aus den AfA zusammensetzen (Ausführungsorgan im Auftrag des Bundes) und andererseits aus kommunalen Einrichtungen (Ausführungsorgan auf Kommunalebene/Länderebene), aber fast überall für dieselben Aufgaben zuständig sind. Diese enge Zusammenarbeit von Bund und Land ist jedoch laut Urteil des BVerfG vom 20.07.2007 verfassungswidrig. Bis Ende des Jahres 2010 muss daher eine neue Regelung dieser institutionellen Zuständigkeit gefunden sein.

bedingte, problematische Entwicklungen wie BÄCKER & NEUBAUER - auch in etwas anderer Hinsicht, aber dennoch hier treffend - schon formuliert haben: „Die ‚Bestenauslese‘ findet sich somit nicht mehr nur als unerwünschter Effekt in der Programmumsetzung, sondern ist nun selbst integraler Bestandteil der (neuen) Programme in der Arbeitsmarktpolitik geworden“ (BÄCKER & NEUBAUER 2008, 515).

Dass die örtlichen Arbeitsagenturen kaum Handlungsspielraum haben, was die persönliche Betreuung eines jugendlichen oder jungen erwachsenen Hilfebedürftigen anbelangt, bzw. dass Letztere unter starken persönlichen Druck geraten, zeigen auch die Bestimmungen für die Altersklasse der unter 25-Jährigen. Hier hat der Gesetzgeber strengere Folgen bei Pflichtverletzungen (wie zum Beispiel der Ablehnung einer „zumutbaren Arbeit“ (VGL. § 31 ABS.1 ZIF.1 SATZ c) SGB II)) vorgesehen. So werden diesen nach der ersten Pflichtverletzung auf die Dauer von drei Monaten nur die Kosten für Unterkunft und Heizung erstattet, die jedoch direkt an deren Vermieter ausgezahlt werden, während das ALG II für diese Zeit komplett gestrichen ist. Sollte sich eine weitere Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres nach der letzten Streichung ereignen, so entfällt auch die Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung. Mildernd kann an dieser Stelle dann sein, und das auch nur in bestimmten Fällen, dass die Zeitspanne auf sechs Wochen verkürzt wird, sofern irgendwelche Härtefälle vorliegen und dass die Leistungsberechtigten ergänzende Sachleistungen wie beispielsweise Lebensmittelgutscheine erhalten können.

Jedoch wird den Agenturen in arbeitsmarktpolitischen Empfehlungen nahegelegt, dass die Formen und Angebote der Arbeitsgelegenheiten „der Bedarfs- und Entwicklungslage der jugendlichen Teilnehmer“ (BA 2006, 21) entsprechen sollte, also dass auf deren individuelle Wünsche eingegangen werden soll.

3.3.2 Rahmenbedingungen der Arbeitsgelegenheiten und deren mögliche Chancen und Grenzen in der Praxis

Im Folgenden werden die Rahmenrichtlinien, die allgemein für die Maßnahme der AGHs gelten, abgebildet und dabei kurz auf die Streitpunkte eingegangen, die sich dabei häufig einander gegenüberstehen.

Gemeinnützigkeit vs Verdrängungseffekt

Arbeitsgelegenheiten können von gemeinnützigen Trägern und privatrechtlichen Einrichtungen angeboten werden, solange damit keine Konkurrenz zu anderen Wirtschaftszweigen eingegangen wird und dadurch keine Wettbewerbsverzerrung

entsteht. Die angebotene Arbeit für die Maßnahmeteilnehmer muss also in öffentlichem Interesse stehen und zusätzlich sein, damit sie nicht mit Arbeitsplätzen des allgemeinen Arbeitsmarkts kollidieren. Häufig hört oder liest man von Berichten, in denen herkömmliche Stellen durch Arbeitsgelegenheiten ersetzt werden, um damit Lohnkosten einzusparen. Besonders „in Schulen bei der Hausaufgabenbetreuung, in Kindertagesstätten und in der Altenhilfe werden längst flächendeckend Ein-Euro-Jobber eingesetzt“ (ENGELBRECHT; CHRIST 2006, 42). Hauptsächlich in der Pflege gibt es viele „Fälle, in denen Ein-Euro-Jobber in Altenheimen Arbeit erledigen, die eigentlich nur von Fachkräften geleistet werden darf: Sie verabreichen Medikamente, helfen beim Essen und bei der Körperpflege“ (EBD., 43). Solche Auswüchse von AGHs sind mit Sicherheit nicht im Sinne des Erfinders. Sie sollen uns jedoch an dieser Stelle nicht weiter beschäftigen, denn wir nehmen bei unserer Betrachtung keine privatrechtliche Einrichtung in den Blick, sondern einen gemeinnützigen Träger (s. Kap 4), dessen Angebote allesamt einen sozialdienstlichen Gedanken aufweisen. Aufgrund ihrer zahlreichen Maßnahmen würde es sich deshalb für solche Träger eher schwierig gestalten, wettbewerbsverzerrende und verdrängende Arbeiten anzubieten. Dieser Umstand soll Letztere aber auch nicht reinwaschen von solchen Vorgehensweisen; solche zu untersuchen müsste aber an anderer Stelle erfolgen. Doch wie schon LOHMANN sagt, besteht bei AGHs immer die Gefahr, dass sie „bei einer Durchführung im großen Stil“ reguläre Beschäftigung verdrängt (LOHMANN 2007, 36).

Mehraufwandsentschädigung vs Motivation der Teilnehmer

Die Teilnehmer der Arbeitsgelegenheit erhalten pro geleistete Arbeitsstunde eine sogenannte Mehraufwandsentschädigung, die sich in etwa zwischen 1€ und 2€ beläuft. Umgangssprachlich werden die AGHs deshalb auch als Ein-Euro-Jobs bezeichnet. Dieser Begriff lässt dabei aber außer Betracht, dass diesen Menschen Leistungen der Grundsicherung dabei auch noch zustehen. Diskussionen entstehen häufig dadurch, dass Maßnahmeteilnehmer mit ihrer Arbeit mit Arbeitslosen, die auch der Grundsicherung zugänglich sind, verglichen werden und dabei der gering entlohnte Mehraufwand der AGHler, gegenüber den „Nichtarbeitenden“, als höchst ungerecht erscheint. In der Folge kann es für arbeitslose Arbeitssuchende motivationshemmend sein, eine derartige Arbeitsgelegenheit überhaupt erst aufzunehmen. Auf der anderen Seite müssen sie jedoch von der AfA Sanktionen befürchten, falls sie ihre Demotivation nicht überwinden können. „Hilfe und Zwang“

(LOHMANN 2007) der Maßnahme stehen hier also in engem Zusammenhang. Dieses Dilemma, das wohl ökonomisch nicht aufzulösen ist, begleitet diese Maßnahme schon seit deren Errichtung. Die Höhe der Entschädigung wird von der BA damit begründet, dass eben noch ein „Anreiz zur Aufnahme einer regulären Beschäftigung“ (BÄCKER et al. 2008, 563) erhalten bleiben müsse. Jedoch bleibt es letztendlich fraglich, ob sich davon eine in eine AGH vermittelte Person motivieren lässt, oder ob diese nicht noch mehr Abwehr gegenüber der Aufnahme einer solchen (gering bezahlten) Tätigkeit aufbaut.

Arbeitszeit / Maßnahmedauer vs Eingliederungsnutzen

Die Wochenarbeitszeit in AGHs beträgt mindestens 15h (<15h = arbeitslos) und maximal 30h, damit noch genügend Zeit für die Eigeninitiative bei der Beschäftigungssuche bleibt. Allerdings würde eine höhere Stundenzahl mit Sicherheit auch die Integrationschancen erhöhen, was die Eingliederung in Arbeit generell anbelangt (VGL. EBD., 34).

Ebenso verhält es sich mit der Dauer einer AGH-Maßnahme. In der Regel belaufen die sich auf einen zeitlichen Umfang von mindestens sechs Monaten (es sei denn, eine reguläre Beschäftigung oder Ausbildung wurde gefunden) und können um ein weiteres halbes Jahr verlängert werden, maximal aber 1,5 Jahre andauern. Während eine solche Zeitspanne auf der einen Seite durchaus nutzbringend sein kann, was die Eingliederung in Arbeit anbelangt, kann sie auf der anderen Seite bei zu langer Dauer auch Chancen verbauen, denn „viele Arbeitgeber sehen das als ‚Negativqualifikation‘“ (ENGELBRECHT; CHRIST 2006, 37) im Lebenslauf an.

Regiekosten der AfA an die Träger vs Ablehnungsmöglichkeit

Unter Regiekosten versteht man die Gelder der Agenturen an die Träger zur Maßnahmenfinanzierung. Damit sind neben den Kosten der Aufwandsentschädigung auch die Kosten für die Qualifizierung der Teilnehmer durch das dafür zu bereitstellende Personal und Material inbegriffen. Mit diesen Geldern muss ein Anbieter von Arbeitsgelegenheiten haushalten. Generell werden AGHler vom Jobcenter in verschiedene Fallgruppen unterteilt, die je nach vermutetem Betreuungsaufwand unterschiedlich hohe Regiekosten abwerfen. So fallen zu der Aufwandsentschädigung (i.d.R. 1,50€) bei ALG 2-Beziehern mit „leichten Vermittlungshemmnissen“ (JC TÜBINGEN 2004) Regiekosten in Höhe von 1€ pro

geleisteter Stunde für den Träger an, während für Personen mit „multiplen Problemlagen“ höhere Förderkosten von 1,5€ bis zu 2€ möglich sind.

Generell hat der Maßnahmeträger die Möglichkeit, die ihm per Vermittlungsvorschlag des Jobcenters zugewiesenen Personen an- oder abzulehnen. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit sich bei Ablehnung einer vermittelten Person der Träger ins eigene Fleisch schneidet, da er ja auf diese „Einnahmequelle“ finanziell angewiesen ist.

Da wir uns im vorangegangenen Teil nun ausführlich mit allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Bestimmungen befasst haben, können wir im folgenden Kapitel unseren Blick auf den Anbieter von Arbeitsgelegenheiten, die Arbeits- und Berufsförderung der BruderhausDiakonie in Tübingen richten, die beispielhaft in dieser Arbeit nun dargestellt werden soll.

4. Die Tübinger Werkstätten – ein Einblick in die Maßnahme AGH der Arbeits- und Berufsförderung der BruderhausDiakonie

4.1 Die BruderhausDiakonie

Die BruderhausDiakonie ist in Baden-Württemberg einer der größten Sozialdienstleister und betreut über 9000 Menschen, die sich in Lebenslagen und Lebenssituationen befinden, die die Hilfe anderer erfordern. So bietet der Träger in den Bereichen der Altenhilfe, Behindertenhilfe, Jugendhilfe, Sozialpsychiatrie und Arbeits- und Berufsförderung ein breites Spektrum an Sozialdienstleistungen an, in denen er über 3500 Mitarbeiter beschäftigt. Neben christlichen Wertvorstellungen, die den Grundsatz des diakonischen Auftrags bilden, spielt besonders der Gedanke „benachteiligten Menschen die Teilhabe an einem würdigen Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen“ (BD 1999), eine wesentliche Rolle. Die Tübinger Werkstätten, die in dieser Arbeit näher dargestellt werden, gehören innerhalb dieses Trägers zu der Abteilung der Arbeits- und Berufsförderung.

4.2 Die Tübinger Werkstätten

4.2.1 Die Institution

Die Tübinger Werkstätten (TüWerk) gehören innerhalb der BruderhausDiakonie zum Ausbildungsverbund Pfullingen. Diese Organisationseinheit stellt also den Fachbereich der Arbeits- und Berufsförderung dar und vereinigt darunter einige der in Kapitel 3.2 dargestellten Maßnahmenbereiche (BaE, abH, REHA-Ausbildungen, BvB, AGHs, EGZ). Hier werden auch die Maßnahmen erbracht, die der Gesetzgeber zur Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger festgesetzt hat. Allem voran sind das die Arbeitsgelegenheiten.

Das TüWerk bietet dafür Maßnahmenplätze verschiedenster Art an, die durch das Jobcenter Tübingen vermittelt werden. Diese Maßnahmen sind aktuell:

- Die Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach § 16d SGB II
- Das Aktivcenter (AC)
- Berufsausbildung in Kombination von Arbeitsgelegenheit und anschließender Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahme (AQUA)
- Eingliederungsbezuschusste Arbeit nach § 16e SGB II.

Bis vor einiger Zeit war das TüWerk noch mit der Ausführung der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (BvB) betraut; inzwischen wurde es von einem anderen Anbieter abgelöst.

Damit das TüWerk Maßnahmen wie die der Arbeitsgelegenheiten überhaupt erst anbieten kann, ist es erforderlich, dass es bestimmten inhaltlichen Anforderungen der AfA nachkommt. So muss das TüWerk beispielsweise „Erfahrungen bei der Betreuung und Integration von Zielgruppen mit Vermittlungshemmnissen“ (JC TÜBINGEN 2004, 9) nachweisen, dazu eine „maßnahmengerechte und angemessene Ausstattung“ (EBD.) anbieten können. Darüber hinaus soll die Betreuung der Teilnehmer der AGH durch „persönliche und fachliche Eignung“ (EBD.) sichergestellt und der Träger „zuverlässig, seriös und finanziell leistungsfähig“ sein. Alles in allem sollte er die Maßnahme „gesetzeskonform und ordnungsgemäß“ (VGL. KAP. 3.3.2) ausführen.

Der Vorteil der Tübinger Werkstätten gegenüber anderen Anbietern von Leistungen der Berufs- und Arbeitsförderung liegt eindeutig darin, dass deren Träger über eine sehr stark ausgebaute Infrastruktur verfügt, welche trotz aller traditionsbehafteter hierarischer Struktur doch viele interne Kontakte ermöglicht.

Der Einzugsbereich der Maßnahmeteilnehmer der Tübinger Werkstätten umfasst den kompletten Landkreis Tübingen mit den Städten Rottenburg a.N., Mössingen und Gomaringen und entspricht damit dem Verwaltungsbereich des Tübinger Jobcenters, das wiederum der regionalen Agentur für Arbeit Reutlingen untergeordnet ist.

4.2.2 Die Maßnahme AGH innerhalb der Tübinger Werkstätten

Die AGH-Maßnahme stellt innerhalb der Tübinger Werkstätten das Hauptaufgabengebiet dar, erstens weil sie am meisten Teilnehmerplätze bietet und zweitens, weil sie die Maßnahme ist, mit welcher trotz jährlicher Beantragung immer wieder neu kalkuliert werden kann, weil für deren weiteren Erhalt kein erneutes Bewerbungsverfahren notwendig ist und sie deshalb als feste Größe mit in die jährliche Kalkulation des TüWerks fällt. Dies erspart in diesem Bereich einen zusätzlichen Teil an Verwaltungsarbeit und sichert so wichtige Regiekosten zur wirtschaftlichen Sicherung der Arbeits- und Berufsförderung der BruderhausDiakonie. Dennoch erzeugen die Arbeitsgelegenheiten den größten Teil der anfallenden Verwaltungsaufgaben im Sozialdienst. So verlangt das Jobcenter regelmäßige Zwischen- und Ergebnisberichte über die Teilnehmer, um eine Kontrolle darüber zu

haben, ob sich die Ausgaben dabei auch lohnend für die Teilnehmer auswirken und ob diese das Arbeitsangebot zu ihrer weiteren Qualifizierung nutzen. Damit die Maßnahme jedes Jahr aufs Neue fortgeführt werden darf, müssen die Berichte des Sozialdiensts ein positives Gesamtbild auf den Träger werfen, so dass nachgewiesen wird, dass die AGHs für viele Teilnehmer nutzbringend sind. Aber auch die Passung der Monatsjournale, also der Abrechnungskonten (Zeit- und Geldkonten) ist Voraussetzung für die Fortführung der AGH-Maßnahme. Letzten Endes muss also ein Erfolg der Maßnahme verbucht werden können.

Damit ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Maßnahmeträger und einem AGHler zustande kommt, muss sich Letzterer erst an betreffender Stelle vorstellig machen. Das TüWerk, der Maßnahmeträger, hat zu diesem Zeitpunkt bereits einen Vermittlungsvorschlag des Jobcenters vorliegen, das die Eignung der Person für die dort angebotenen Arbeitsbereiche empfiehlt. Im TüWerk sind das die Gewerke Büro, Holz, Metall, Kfz- und Fahrradwerkstatt.

Nach der Vorstellung des Bewerbers beim Träger der Maßnahme hat die Dienststelle die Möglichkeit, diesen anzunehmen oder auch abzulehnen. Diese Entscheidungsfreiheit besitzt der Anbieter einer Maßnahme durchaus gegenüber dem Jobcenter. Denn zu ermitteln, ob eine Person für die angebotene Arbeit geeignet ist und mit welcher Motivation sie dort auftritt, wird dieser Stelle eher zugesprochen, als dem Jobcenter selbst, welches lediglich die Vorschläge zur Vermittlung tätigt und für deren Finanzierung bereitsteht.

Ist ein Teilnehmer in einer Arbeitsgelegenheit aufgenommen worden, kann er dort bei einem Stundenlohn von 1,50€ und einer maximalen Arbeitszeit von 130h pro Monat (30h/Woche) maximal 195€ im Monat verdienen. Zu diesem Verdienst bleibt aber die Förderung aus dem ALG II – Topf für den „Ein-Euro-Jobber“ bestehen. Arbeitet ein Teilnehmer aufgrund von Fehlzeiten oder Krankheit weniger als die erforderliche Stundenzahl, bedeutet dies nicht ein Weiterschieben der Stunden im Sinne von Nacharbeiten, sondern weniger Geld. Auf der anderen Seite werden Überstunden nicht ausgezahlt, sondern einfach auf das Zeitkonto gerechnet und auf den Folgemonat übertragen. Ein AGHler kommt maximal auf 4 Arbeitstage in der Woche. Die verkürzte Arbeitswoche ist durchaus beabsichtigt, weil man erstens davon ausgeht, dass durch die meist lange Dauer der vorangegangenen erwerbslosen Zeit sich der Maßnahmeteilnehmer schwer tut, sofort einen 5-Tage Arbeits-Rhythmus aufzunehmen und weil man ihn bei der Eingliederung in Arbeit nicht gleich

überfordern möchte und zweitens, damit noch genügend Zeit für Bewerbungen und Stellensuche bleibt. Im TüWerk können die AGHler in Absprache mit ihrem Anleiter und dem Werkstattchef diesen freien Tag selbst wählen.

Der Träger der Arbeits- und Berufsförderung bietet unterschiedliche AGH-Maßnahmen an, die sich vor allem in der Art und dem Umfang der Förderung unterscheiden:

- a) AGH (wie oben beschrieben)
- b) AGH „Fit in die Zukunft“ (Arbeitsgelegenheit mit Qualifizierungsanteil)
- c) AGH zum Führerschein
- d) AQUA mit vorangegangener AGH-Phase

Generell wird bei diesen Bereichen zwischen verschiedenen Fallgruppen unterschieden. Diese Einstufung wird vom Jobcenter vorgenommen. Es geht darum, die Schwere der Vermittlungsschwierigkeiten zu berücksichtigen. So bedeuten 1 „leichte Vermittlungshemmnisse“ bzw. 3 „ausgewiesene multiple Problemlagen“. Für Letztere sind die Regiekosten an den Träger auch doppelt so hoch (VGL. KAP 3.3.2).

Zu b) AGH „Fit in die Zukunft“

Mit dieser Bezeichnung werden in Tübingen die AGHs bezeichnet, die speziell für die unter 25jährigen angeboten werden. Hier sollen besondere Qualifizierungsanteile dazu beitragen, dass die jungen Teilnehmer im Hinblick auf die berufliche Eingliederung gefördert werden. Dabei steht das Erlangen von Grundkenntnissen der jeweiligen Gewerke im Vordergrund. Ziel soll es sein darauf hinzuwirken, dass diese jungen Teilnehmer in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Für diese Maßnahme erhält der Träger die anderthalbfache Menge an Regiekosten zugewiesen. Kritisch ist hier anzumerken, dass sich diese spezielle AGH-Form im TüWerk kaum von der üblichen Maßnahmenform unterscheidet.

Zu c) AGH zum Führerschein

Bei der AGH zum Führerschein steht neben den üblichen Zielen zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit vor allen Dingen der Erwerb des Führerscheins im Vordergrund. Keinen Führerschein zu haben ist ein großes Vermittlungshemmnis, was den Erhalt einer Arbeits- oder Ausbildungsstelle anbelangt. Mithilfe dieser Maßnahme soll sich der Teilnehmer die Kosten zur Erlangung der Fahrerlaubnis durch die Mehraufwandsentschädigung selbst erarbeiten. Diese wird nicht direkt an die Teilnehmer ausbezahlt, sondern auf ein Treuhandkonto des TüWerks überwiesen,

von dem dann die laufenden Rechnungen beglichen werden. Außerdem gibt es einen einmaligen Zuschuss durch das Jobcenter in Höhe eines dreistelligen Betrags. Damit der AGHler seinen Verpflichtungen neben der Arbeitszeit (Besuch des Theorieunterrichts, Ablegen der theoretischen Prüfung) nachkommt, schließt der Sozialdienst mit ihm eine Vereinbarung über einen bestimmten Zeitraum ab, in dem er diese Verbindlichkeiten erledigt haben muss. Die Teilnehmer dieser AGH-Maßnahme bekommen auch in bestimmten Phasen ihrer Arbeitszeit die Gelegenheit, sich auf die theoretische Prüfung vorzubereiten.

Zu d) AQUA mit vorangegangener AGH-Phase

Mit dieser AGH-Maßnahme geht für den Teilnehmer ein Bildungsgutschein einher. Mit diesem kann er nach Beendigung seiner AGH-Phase in dem Gewerk, in dem er gearbeitet hat, eine Ausbildung im TüWerk beginnen. Dabei wird die Zeit der Arbeitsgelegenheit als 1. Ausbildungsjahr angerechnet, nach welchem er dann automatisch in das 2. Ausbildungsjahr mündet. Die restlichen zwei Jahre finden wie gewohnt in dualer Form – Betrieb / Berufsschule – statt. Das TüWerk fungiert dabei als außerbetriebliche Einrichtung. So ist es möglich, eine Ausbildung zum Fahrradmonteur und zum Kraftfahrzeugservicemechaniker zu machen. Diese Ausbildungsberufe sind staatlich anerkannt und siedeln sich unter den regulären Vollausbildungen wie dem Zweiradmechaniker und dem KFZ-Mechatroniker an.

Tritt ein AGHler in die Ausbildungsphase, so steigen die Regiekosten für den Träger im Vergleich zur AGH-Phase nochmals. Die Teilnehmer erhalten aber kein Geld für ihre Ausbildung; dafür haben sie aber einen gesicherten Ausbildungsplatz und die Leistungen der Grundsicherung.

4.2.3 Die Gewerke

Wie oben bereits erwähnt, sind es in den Tübinger Werkstätten 5 Gewerke, in denen es AGH-Stellen gibt: Im Büro-, Holz- und Metallbereich sowie in der Kfz- und Fahrradwerkstatt.

Im Büro fallen für Teilnehmer vor allem buchhalterische Aufgaben an, wie Abrechnungen, Kopierarbeiten, Internetrecherche für andere Maßnahmeteilnehmer usw.

Die Holz- und Metallwerkstätten sind mit den notwendigsten Maschinen ausgestattet. Hier werden neben grundlegenden Fertigungsverfahren in den Qualifizierungs-

einheiten Kleinaufträge für Kleinkunden getätigt. Das sind neben Fertigungsaufgaben auch Reparaturaufgaben.

In der Autowerkstatt werden Kraftfahrzeuge eines Car-Sharing-Unternehmens mit Unterstützung des fachlichen Anleiters von den Teilnehmern gewartet und gereinigt.

Die Fahrradwerkstatt „Radstall“ repariert oder entsorgt in der Stadt aufgelesene verwahrloste Zweiräder. Durch diese gemeinnützige Arbeit wird das Stadtbild der Fahrradstadt Tübingen an vielen Stellen verbessert und alte Gebrauchträder wieder fahrtauglich gemacht.

Die AGH-Teilnehmer werden in aller Regel den freien Plätzen der Werkstatt zugewiesen. Die Teilnehmer haben also nicht zwangsläufig die Wahl des Gewerks, in welchem sie arbeiten wollen. Sollte in der Folge sich jedoch herausstellen, dass dieser mit dem Arbeitsbereich unzufrieden ist, gibt es auch die Möglichkeit eines internen Wechsels.

4.2.4 Das Personal

Das beschäftigte Personal im TüWerk lässt sich nach seiner Tätigkeit unterteilen in den Sozialdienst und die Anleiter. Zur Zeit der Untersuchung waren dort elf hauptamtliche Mitarbeiter angestellt. Davon waren sechs dem Sozialdienst zugewiesen, und fünf waren als Anleiter und/oder Verwaltungsmitarbeiter tätig.

Durch den Wegfall einer Maßnahme und deren Vergabe an einen anderen Anbieter mussten in jüngster Vergangenheit zwei Anleiterstellen gestrichen werden, die anderweitig zu kompensieren waren. Dies soll an dieser Stelle nur zeigen, dass Sozialunternehmen wirtschaftlich gesehen in einem großen Konkurrenzdruck mit anderen Maßnahmenanbietern stehen, die sich teilweise mit Niedrigpreisen dem Wettbewerb stellen und damit oft attraktiver erscheinen, als Träger, die ihre Maßnahmen nur mit weitaus höheren Kosten veranschlagen und anbieten können, um ihre Infrastruktur und ihr Personal auch halten zu können. Doch dieser Problematik muss an anderer Stelle nachgegangen werden, sie hier zu erörtern, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Für die Betreuung der Maßnahmeteilnehmer der AGHs waren zum Untersuchungszeitpunkt eine Person des Sozialdiensts und vier Anleiter zuständig. Der verantwortliche im Bereich des Sozialdiensts ist Diplom-Pädagoge und leitet die Werkstatt. Die Anleiterin im Gewerk Holz ist Schreinerin, der Anleiter im Kfz-Bereich ist Kfz-Mechaniker und Ausbilder mit sonderpädagogischer Zusatzqualifikation in der

Kfz- und auch in der Fahrradwerkstatt, weil der dortige Anleiter aufgrund seiner Qualifikation dazu nicht berechtigt ist. Den Bereich Metall leitet ein gelernter Karosseriebaumeister und Arbeitserzieher an. Im Bürobereich sind vor allem eine Sozialpädagogin und der Werkstattleiter mit der Betreuung der AGHler betraut.

4.2.4.1 Die Aufgaben des Sozialdiensts

Die Haupttätigkeit eines Sozialdienstes spielt sich meist fernab des Arbeitsplatzes der Maßnahmeteilnehmer im Büro ab und ist damit kaum sichtbar für diese. Eine Vielzahl an Verwaltungsaufgaben fallen dort an, die sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, aber für eine lückenlose Dokumentation zur Sicherung notwendiger finanzieller Leistungen vom Jobcenter für die Teilnehmer und den Maßnahmeträger erforderlich sind. Einen intensiven Kontakt zum Jobcenter zu pflegen ist dabei eine wichtige Aufgabe, um diese Leistungen sichern zu können. Wichtig bei dieser Zusammenarbeit ist auch, dass der Träger „nach der Hälfte der bewilligten Förderdauer einen Zwischenbericht und zum Ende der Maßnahme einen Ergebnisbericht“ (JC TÜBINGEN 2005, 3) erstellt, der den Verlauf und die Wirkung des einzelnen Teilnehmers festhält.

Berührungspunkte mit den Teilnehmern hat der Sozialdienst in Einzelgesprächen, in denen er mit diesen deren individuellen Problemlagen und Bedürfnisse erörtert und diesen darüber hinaus weiter Hilfe und Beratung anbietet.

4.2.4.2 Die Aufgaben der Werkstattmitarbeiter / Anleiter

Die Anleiter sind für die Betreuung und Qualifizierung der AGHler am Arbeitsplatz zuständig. Zur Qualifizierung gehören dabei insbesondere die Grundfertigkeiten des jeweiligen Arbeitsbereichs zu vermitteln und dabei ihre persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu beurteilen, d.h. an ihren Stärken und Schwächen zu arbeiten und Ziele zu entwickeln. Besonders die Motivationsarbeit spielt dabei nach Auskunft eines Mitarbeiters eine gewichtige Rolle. Den Teilnehmern darüber hinaus eine Tagesstruktur zu vermitteln ist eine weitere Hauptaufgabe, die den Anleitern in den Werkstätten zukommt, ebenso wie Hilfs- und Unterstützungsangebote beim Lernen auf die Theorieprüfung.

Ein Anleiter hat sich aber neben AGHlern auch anderen Maßnahmeteilnehmern zuzuwenden. So kommen in jedem Gewerk in etwa 7 Personen auf einen Anleiter.

4.2.5 Die Teilnehmer

Zielgruppe der Maßnahme sind nach Angaben des Jobcenters Jugendliche, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund. Allen drei Gruppen gemein, soll das Ziel verfolgt werden, durch die Tätigkeit im Rahmen der AGH in „kommunikative und soziale Abläufe“ (JC TÜBINGEN 2004, 11) einbezogen zu werden.

Während bei den Jugendlichen durch den Träger vor allem das Ziel verfolgt werden soll, den Erwerb von „berufsspezifischen Kenntnissen“ anzuleiern, „arbeitsbiografische Zeiträume [zu – J.R.] überbrücken“, und „die Steigerung der individuellen Belastbarkeit und Produktivität“ (EBD.) zu fördern, geht es bei den Älteren vor allem darum, ihre Berufserfahrungen an andere weiterzugeben und dadurch ihr Selbstwertgefühl zu steigern (VGL. EBD). Für Menschen mit Migrationshintergrund steht die Förderung der deutschen Sprache im Rahmen der Arbeit im Vordergrund und dass sie darüber hinaus die Gelegenheit erhalten, ihre oft unentdeckten Fertigkeiten durch das praktische Tun zum Vorschein zu bringen.

Zum Zeitpunkt der Untersuchung im Jahr 2009 lag das Durchschnittsalter der 17 AGH-Teilnehmer im TüWerk bei etwa 27 Jahren. Diese waren den unterschiedlichen AGH-Maßnahmen folgendermaßen zugeteilt:

Maßnahmebezeichnung	Anzahl der Teilnehmer
AGH	3
AGH zum Führerschein	5
AGH fit in die Zukunft	3
AQUA (Ex-AGHler)	5
AQUA – Anwarter	1

Abb.2 Verteilung der AGHler des TüWerks auf Maßnahmen

Diese Teilnehmer waren auf folgende Gewerke aufgeteilt:

Gewerk	Anzahl der Teilnehmer	AQUA heraus gerechnet
Bürobereich	1	1
Fahrradwerkstatt	8	6
Holzwerkstatt	1	1
Kfz-Werkstatt	5	2
Metallwerkstatt	2	2

Abb.3 Verteilung der AGHler des TüWerks auf die Gewerke

Da die AQUA-Teilnehmer nicht mehr unter die AGHler zählen, weil sie ihren Bildungsgutschein eingelöst haben und sich in Ausbildung befinden, wurden sie in der rechten Spalte heraus gerechnet.

In der Fahrradwerkstatt hat es räumlich und personell gesehen den meisten Platz und Bedarf an Arbeitskräften. Deshalb sind dort auch am meisten Teilnehmer anzutreffen. Die Nachfrage im Bereich Holz und Büro ist für viele AGHler im TüWerk nicht so groß.

4.2.6 Problematische aktuelle Entwicklungen

Während des Schreibens dieser Arbeit haben sich gravierende Veränderungen im Bereich der Arbeitsgelegenheiten ergeben. So wurden vom Jobcenter Maßnahmestellen eingestrichen und die Maßnahme „AGH zum Führerschein“ völlig gestrichen. Bereits Ende 2009 konnte diese Maßnahme nicht mehr mit neuen Teilnehmern belegt werden; sie läuft mit den letzten Teilnehmern im Laufe der ersten Monate des Jahres 2010 ganz aus. Hier hat die im Herbst 2009 gewählte Bundesregierung Einsparungen vorgesehen, die mit der Zuweisung der Konjunkturpakete zusammenhängen, die im Zuge der Wirtschaftskrise vergeben werden. Weil Tübingen mehr Universitätsstadt als eine von der Industrie geprägte Stadt ist, und demzufolge weniger von Kurzarbeit betroffen ist, hat die Agentur am Standort des Tübinger Jobcenters Gelder abgezogen, die an anderer Stelle (z.B. in Reutlingen, der nahegelegenen und von der Krise stärker betroffenen Kreisstadt) im Rahmen dieses Pakets zugeführt wurden. Solche Entwicklungen, die das TüWerk weder in irgendeiner Form selbst verschuldet hat, geschweige denn selbst beeinflussen kann, gehen dort zurzeit mit Personalabbau und damit dem Verlust von gleichbleibender Qualität und Angebotsmöglichkeiten, durch die Schließung oder Stilllegung von Gewerken einher.

An dieser Stelle sollte kurz angedeutet werden, in welcher schwieriger Position sich ein Maßnahmeträger befindet: Auf der einen Seite ist er abhängig von den Regiekosten des Jobcenters, die die Maßnahmen einbringen. Zum anderen muss er hierfür auch Qualität bieten in Form von pädagogischer und fachlicher Arbeit, die aber wiederum nur gewährleistet werden kann, wenn dafür auch das entsprechend qualifizierte Personal zur Verfügung steht.

Inwiefern können sich nun die dargestellten Personen (KAP.2) durch die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Strukturen und Angebote (KAP.3), wie die der Arbeitsgelegenheiten, bei einem Maßnahmeanbieter wie dem TüWerk persönlich, weiterentwickeln, was die Eingliederung in Arbeit anbelangt? Welche subjektiven Einschätzungen liefern Betroffene des TüWerks? Dies soll nun im Rahmen der nächsten Kapitel erörtert werden. Hierzu wurde eine qualitative Untersuchung durchgeführt, deren methodisches Vorgehen im nächsten Kapitel erläutert wird.

5. Wissenschaftliche Untersuchung innerhalb des TüWerks

5.1 Methodisches Vorgehen zur Erhebung der subjektiven Bedeutung von Arbeitsgelegenheiten

5.1.1 Begründung des verwendeten Methodenrepertoires

Um subjektive Deutungsmuster von Personen (in Arbeitsgelegenheiten) zu erhalten, ist es erforderlich, ein qualitatives Erhebungsinstrument anzuwenden und die dabei gewonnenen Daten mit einem entsprechenden Analyseverfahren auszuwerten. So wurden die Daten zur Ermittlung der Bedeutsamkeit des arbeitsmarktpolitischen Instruments „Arbeitsgelegenheiten“ für junge Erwachsene durch *leitfadenzentrierte Interviews* erhoben.

Zur Analyse der erhobenen Fälle erschien es mir hilfreich, eine „datenbasierte Theorie“ (LAMNEK 2005, 100) zu entwickeln, die als Begründungsgrundlage für unterschiedliche subjektive Einschätzungen dienen konnte. Die *Grounded Theory* nach STRAUSS & CORBIN (1996) eignet sich als Methode hierfür besonders, weil sich mit ihr eine derartige zentrale Kategorie, eine Art Schlüsselkategorie, ermitteln lässt. Ein weiterer Grund zur Anwendung dieses umfangreichen Analyseverfahrens war die Tatsache, dass sich im Zuge einer solchen Auswertung stets eine Zusammenstellung detaillierter Fakten ergibt, die über die Schlüsselkategorie hinaus noch viele Informationen liefern können.

Um einen weiteren Einblick in die Lebenssituation der befragten Teilnehmer zu erhalten und dadurch auch bereits vorhandene Informationen ergänzen und nochmals bestätigen zu können, brachte ich in die Untersuchung noch ein weiteres Erhebungsverfahren ein in Form der *ego-zentrierten Netzwerkanalyse* (VGL. JANSEN 1999). Damit wird insbesondere das vorhandene soziale Kapital der Gesprächspartner erhoben. Das Analyseverfahren der *Grounded Theory* und die Untersuchungsmethode Netzwerkanalyse werden in diesem Kapitel ausführlich dargestellt.

Als Ausgangspunkt der Befragung kam ein *leitfadenzentriertes Interview* (VGL. ANHANG 2) zum Einsatz, weil „konkrete Aussagen über einen Gegenstand Ziel der Datenerhebung“ (MAYER 2008, 42) waren. Mit diesem halbstandardisierten Erhebungsinstrument bestand also einerseits die Möglichkeit, bestimmte Inhalte

abzufragen, ließ den interviewten Personen auf der anderen Seite aber auch noch genügend Spielraum, um eigene persönliche Erfahrungen einzubringen.

5.1.2 Kurzbeschreibung der Erhebungssituation

Die Daten wurden anhand von *drei Interviews* erhoben. Diese wurden mit zwei weiblichen und einem männlichen Teilnehmer der AGH-Maßnahme des TÜWerks im August des Jahres 2009 durchgeführt. Nach einer kurzen Schilderung der Zielsetzung der Befragung waren diese Personen sofort bereit, ja sogar begeistert, an der Befragung teilzunehmen. Motivationsgrund hierfür dürfte mitunter der Umstand gewesen sein, dass die Interviews während der Arbeitszeit stattfinden sollten. Für die Durchführung der Interviews wählte ich einen großen und hellen Schulungsraum aus. Um die Atmosphäre für die Interviewpersonen während der Befragung so angenehm wie möglich zu gestalten, bot ich ihnen einen Platz an einem Tisch in einer eigens dafür gestalteten Gesprächsecke an, der den Blick auf die breite Fensterfront ermöglichte und so die künstliche Interviewsituation etwas freier und offener gestaltete. Für eine ausreichende Versorgung an Getränken hatte ich bei dem schwülen Sommerwetter ebenfalls gesorgt.

Die Interviewdauer belief sich im Durchschnitt auf etwa 1:06h. Am Ende der Befragung bestätigten mir Kommentare der Teilnehmer wie „Schon vorbei?“, dass die Interviewsituation gelungen war.

Einen Tag nach dem jeweiligen Interview führte ich im selben Raum mit der entsprechenden Person die etwa 15 - 20-minütige *Netzwerkanalyse* durch. Dabei standen netzwerkspezifische Fragen (VGL. ANHANG 3) im Mittelpunkt. Hier war der Gesprächspartner Hauptakteur der Untersuchungssituation, indem dieser sein soziales Netz auf einem großen DIN A2-Papierbogen mit fünf konzentrisch vorgezeichneten Kreisen (VGL. ABB.4), - einer sogenannten „Netzwerkkarte“ (HOLLSTEIN & STRAUSS, 145) - darstellen durfte.

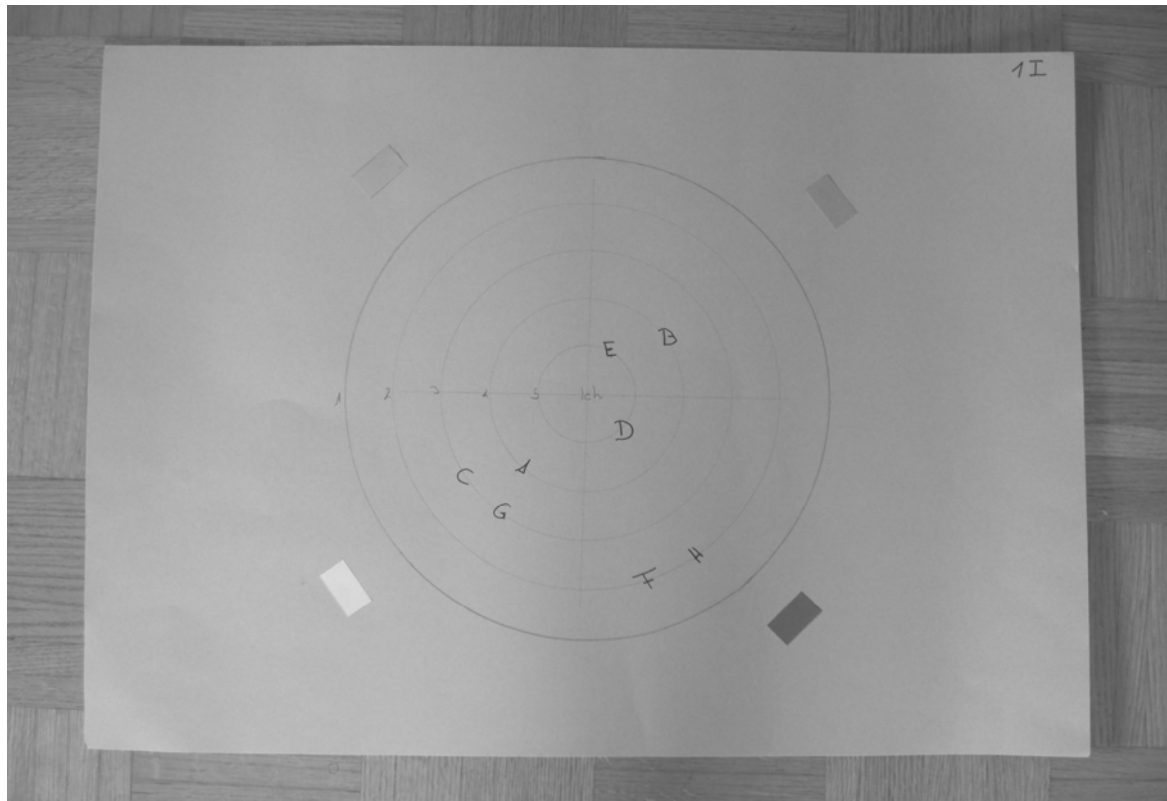


Abb. 4 verschlüsselte Netzwerkkarte

Während letztere Methode unter 5.3. noch detaillierter dargestellt wird, soll im Folgenden das Grounded Theory Verfahren dargestellt werden.

5.2 Darstellung des Analyseverfahrens „Grounded Theory“

Die *Methode* der ich mich bei der Auswertung der Interviewdaten bediente, war im Wesentlichen die Grounded Theory nach STRAUSS & CORBIN, die hier nun kurz erläutert werden soll.

Die Grounded Theory ist eine qualitative Forschungsmethode, die insbesondere dann zur Anwendung kommt, wenn es sich im Forschungsbereich um eine „komplexe soziale Wirklichkeit“ (LEGEWIE, 1995 IN STRAUSS & CORBIN 1996, VII) handelt. Damit ist gemeint, dass eine Methode zur „Abfragung von Fakten und Zahlen“ (EBD.) hier nicht ausreichen würde, um ein Forschungsziel zu erreichen. Die Ergebnisse speisen sich aus einer datenverankerten Analyse, d.h. im Gegensatz zu einer empirischen Forschung, wo vor allem eine mathematisch–analytische Vorgehensweise gefragt ist, geht es in der Grounded Theory darum, z.B. aus interviewgebundenen Daten wenig bekannte Phänomene herauszulösen und zu verstehen. Der Hauptweg dieser Methode liegt in der umfangreichen Datenanalyse

und deren Interpretation. Für die Datenanalyse sind bestimmte Kodierverfahren nötig, auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

5.2.1 Kodierverfahren

Innerhalb der Grounded Theory sind neben wichtigen Techniken des Forschenden – bei Strauss & Corbin „theoretische Sensibilität“ genannt (STRAUSS, /CORBIN 56ff), wo es darum geht, nicht mit zu viel Vorannahmen in die Datenanalyse zu gehen – im Wesentlichen drei Codierarten wichtig, mit denen die Transkripte analysiert werden:

- *Offenes Kodieren*
- *Axiales Kodieren*
- *Selektives Kodieren.*

Unter *offenem Kodieren* wird hauptsächlich die Bildung von Konzepten und Kategorien verstanden. Kategorien sind gruppierte Konzepte, d.h. der Name einer Kategorie ist abstrakter, als deren dazugehörige Konzeptnamen. Die Namensgebung der Kategorien kann dabei von einem selbst, aus der Fachliteratur oder mittels In-vivo-Codes (Übernahme des gesprochenen Wortes aus dem Interview) erfolgen. Jede Kategorie hat aber auch wieder bestimmte Eigenschaften und Dimensionen. Damit können unterschiedliche Gewichtungen innerhalb der Kategorie vorgenommen werden, wodurch das Kodieren letztendlich noch präziser wird.

Doch zu der eigentlichen Dichte und Präzision der Analyse führt das *axiale Kodieren* und zwar deshalb, weil damit wesentlich der Kontext mit in die Betrachtung einbezogen wird. Es werden Verbindungen zwischen Kategorien und dem Kontext gesucht, also Haupt- und Subkategorien (EBD., 51) gebildet. Das axiale Kodieren geschieht parallel zum Offenen Kodieren.

Das *selektive Kodieren* versucht ein „Bild der Wirklichkeit“ (EBD., 95) aus den Ergebnissen des offenen und axialen Codierens zu erstellen. Ein roter Faden sollte hier entwickelt werden, indem sich ein Hauptthema, also eine Art *Kernkategorie* (STRAUSS & CORBIN, 100) herauskristallisiert und in Bezug zum Kontext betrachtet wird.

Ist dieser Schritt vollzogen kann man zu der Bildung einer Theorie übergehen.

5.2.2 Anwendung der Methode auf das Datenmaterial

Zur Analyse des Datenmaterials stand mir eine spezielle Computersoftware zur Verfügung. Damit war es möglich, viele Codes zu bilden und diese übersichtlich

darzustellen, was dem umfangreichen Auswertungsverfahren (Grounded theory) entgegenkam.

5.2.2.1 Offenes und axiales Kodieren innerhalb der Analyse des Datenmaterials

Anhand der Transkripte der Interviews der drei Maßnahmeteilnehmer wurden von mir mit *offenem Kodieren* selbst Konzepte gebildet, die ich in den meisten Fällen als Kategorienamen in der Folge so übernommen habe. Durch das halbstrukturierte Datenerhebungsinstrument (Leitfaden) konnte ich diese Konzepte und Kategorien auch schnell übersichtlichen Kategorien zuweisen, die dabei weniger Deutungscharakter hatten, sondern vielmehr als Ordnungsstruktur fungierten. So waren die Kategorien (Arbeit, AGH, soziales Umfeld und Biografie (vgl. Anhang 5)) dahingehend hilfreich, die abgefragten Hauptthemen als Grobstruktur zu belassen und diesen die darin auftretenden Themen in Form von Konzepten und Kategorien zuzuweisen. Viele meiner ersten Konzepte bildeten für mich im Fortgang des Kodierens auch schlüssige Kategorien, so dass diese als solche dann auch übernommen wurden. Als Kategorien mit Deutungscharakter entwickelte ich: „Anerkennung“, „Selbstreflexion“, „Kultur / Mentalität“, „Systemkritik“, „Finanzen“, „Jobcenter“, „Lebensqualität“, „Weniger Gelingendes“, „Gelingendes“, „Erfolge in Bezug auf Arbeit“, „Misserfolge in Bezug auf Arbeit“, „Arbeitsverständnis“, „Motivation in Bezug auf Arbeit“, „AGH als Ableistung von Arbeit“, „AGH als nicht *die* Arbeit“, „AGH als echte Arbeit“, „AGH Umfeld“, „Status AGH“, „Motivation AGH“, „AGH als Chance“, „AGH als Hindernis“, „AGH inhaltslos“, „Ziel der AGH“, „Distanzierung zu Bedürftigen“, „Zukunft“, „Bekannte“, „Freunde“, „Familie“, „Aufwachsen“, „Arbeitsmentalitäten und Voraussetzungen“, „Hürden“, „Chancen durch Hürden“, „Einschnitte“, „Bildung“, „Arbeitsmarkt“, „AGH“, „soziales Umfeld vor der AGH“, „Biografieverständnis“, „Status erwünscht“ und „Status genannt“. Diese Kategorien differenzierte ich teilweise in genaueren Beschreibungen aus. Zum Beispiel habe ich bei der Kategorie „Familie“ Unterkategorien, sogenannte Subkategorien, erstellt, die sich auf einzelne Familienmitglieder beziehen (Kinder, Partner, Eltern, Vater, Mutter, Geschwister) oder bei der Kategorie „Jobcenter“ wurden später als Unterkategorien in „Jobcenter als Abhängigkeit“, „Jobcenter als Unbekannte“, „Jobcenter als Chance“, genauer ausdifferenziert. Bei der Kategorie „Bildung“ waren dies „Bildungsmisserfolge“, „Schulzeit“, „Jobs-Ferienjob-Arbeitserfahrungen“, „Berufsvorbereitung“, „weiterführende Schule“, „Berufsausbildung“, „Kurse-Qualifikationen-Zertifikate“ und

„Praktika“. Dies würde in etwa dem *axialen Kodieren* gleich kommen, weil Verbindungen zwischen den Kategorien und dem Kontext gesucht wurden. Eine Sammlung von Synonymen und wortverwandten Wörtern – das Textverarbeitungsprogramm „Word“ half mir beim Finden solcher Wörter (unter dem Link „Synonyme“ findet sich eine Fülle von verwandten Wörtern) - zu bereits vergebenen Kategorien unterstützte mich nach einem ersten Kodierdurchgang im Material, mich auf die Suche nach ähnlichen Inhalten zu begeben. So konnte ich die Menge meiner kodierten Stellen nochmals vergrößern und die Analysedichte noch weiter erhöhen. Beispielsweise wurde das Transkript so zum einen nach weiteren Kategorien „Misserfolg“ (mit der Suchhilfe von Wörtern innerhalb des Auswertungsprogramms) durchsucht. Zum anderen wurde das Material auf Synonyme wie „Durchfallen“, „Bruch“ und Antonyme wie „Erfolg“ „erfolgreich“ usw. durchsucht.

Damit ich über die kodierten Stellen mehr Übersicht bekam, druckte ich mir diese komplett aus und fasste alle Textstellen so objektiv als möglich, ohne dabei der Versuchung zu erliegen in Deutungen zu verfallen, in Stichworten zusammen, um sie dann unter den jeweiligen Kodierungen den anderen Interviewten gegenüberzustellen.

5.2.2.2 Selektives Kodieren innerhalb der Datenanalyse

Für das Herausfinden eines „roten Fadens“ (STRAUSS /CORBIN 1996, 96F), der, wie bereits in 5.2.1 gesehen, im selektiven Kodieren wesentlich ist, fertigte ich mir aus den Stichworten der markierten Textstellen eine tabellarische Übersicht aller Kategorien der drei Interviews an (s. ANHANG 5, TAB. 1). Diese Tabelle hatte die Funktion, die inhaltlich meist verschiedenen Kontexte innerhalb einer Kategorie durch die Vergabe von Stichwörtern nochmals zu präzisieren, um sie dadurch (für den Einzelfall) *überschaubarer* und zum anderen (neben den anderen Befragten, sofern für diese innerhalb der Codierung dieselben Kategorien vergeben wurden), *vergleichbarer* zu machen.

Beispiel: Unter der Kategorie „Weniger Gelingendes“ wurden genannte Inhalte zusammengestellt. Bei Herrn Hafner ist dies das „Kochen“, während bei Frau Pannek deren „Struktur im Leben“ und ihr „Elternhaus“ unter dieser Kategorie zu finden sind, wohingegen bei Frau Reuter die „englische Sprache“, ihre „Gesundheit“, ihre „Ungeduld“ und ihre „Finanzen“ aufgelistet sind (s. TAB.1).

Dadurch konnten die drei Fälle in einem ersten Schritt einander gegenübergestellt und einer fallbezogenen und einer fallübergreifenden Auswertung unterzogen werden.

In einem weiteren Schritt fertigte ich eine zweite Tabelle an (S. ANHANG 6, TAB 2). Darin versuchte ich, aus den Schlagwörtern einer Kategorie und aus denen ihrer Subkategorien der ersten Tabelle Strukturen zu erkennen und diese als solche dann weiter zusammenzufassen und auf einen oder wenige Punkte zu bringen. Es ergab sich daraus eine noch besser vergleichbare Gegenüberstellung der Kategorien und demzufolge der Interviews. Es zeichneten sich teilweise eindeutige Linien ab, die eine Übereinstimmung aller Interviewpartner beinhaltete, während andere Bereiche unterschiedlichste Auffassungen und Einstellungen zeigten. In der Kategorie „Lebensqualität“ deutete sich beispielsweise bei einem Teilnehmer ein eher ablenkend-konsumierendes Freizeitverhalten an, während bei einer anderen Teilnehmerin eher aktive Anteile hervortraten (VGL. A6, Tab. 2). Im Laufe des Erstellens der Tabellen bildeten sich somit Vermutungen und Interpretationsmöglichkeiten automatisch ab. Diese wurden mit in die Darstellung aufgenommen, ohne dass dabei ein endgültiger Zustand beabsichtigt war oder die nötige Objektivität verlorengehen sollte. Durch das grafische Herausstellen der Gemeinsamkeiten der drei Personen gelang es, die Daten noch übersichtlicher darzustellen.

An dieser Stelle angelangt, wäre nun eine neutrale Gesprächsperson (die die Interviews nicht gekannt hätte) sehr hilfreich gewesen, um der Gefahr zu begegnen, den weiteren Schritt zu voreingenommen zu vollziehen. So hätte man die drei interviewten Personen nur anhand der jeweiligen Daten aus der zweiten Tabelle diesem Gesprächspartner Person vorstellen können und diese Vermutungen darüber anstellen lassen, welche Strukturen sich ihrer Meinung nach hier abzeichneten. In einem fruchtbaren Diskurs hätte man manche Voreingenommenheit ablegen können, während sich wieder andere Denkweisen wohl bestätigt hätten.

Da mir diese Person aber in dieser Situation leider nicht zur Verfügung stand, wollte ich einer etwaigen Einseitigkeit auf eine andere Weise begegnen. Ich tat so, als würde ich die Personen (anhand der Daten aus TAB. 2) vorstellen. Dabei sprach ich laut. Ich versuchte dem virtuellen Publikum diese Personen näher zu bringen, ohne dass ich dabei einleitende Worte über diese verlor. Dadurch konnte ich mich in eine andere Perspektive hineinversetzen, die ein Publikum dabei haben würde und ich lief

nicht Gefahr, die theoretische Sensibilität zu verlieren. Diese Perspektivübernahme schärfte mir den Blick auf das Material neu. Das aktive Vorstellen der Fälle führte zwangsläufig dazu, dass sich langsam ein roter Faden abzeichnete, der alle drei Fälle durchzieht. Ohne mich auf irgendwelche Ideen zu versteifen, ergab sich eine gemeinsame und doch weitestgehend gegensätzliche Struktur aus den Daten der drei jungen erwachsenen Personen, die man zu einer zentralen Kernkategorie zusammenfassen könnte: *erlernter Umgang mit Problemlagen*.

Dabei sind „erlernen“, „Umgang“ und „Problemlage“ drei zusammenhängende Hauptdimensionen, die aus den Daten der drei Interviews jeweils in anderer Form abgeleitet werden konnten. Diese näher darzustellen, wird in 6.2 Aufgabe sein.

5.3 Darstellung der Untersuchungsmethode „ego-zentrierte Netzwerkanalyse“

5.3.1 Kurzbeschreibung

Mithilfe von Netzwerkanalysen ist es möglich, sich einen Überblick über vorhandenes soziales Kapital zu verschaffen, bzw. aus diesen Daten fehlendes soziales Kapital abzuleiten. Allgemein geht es bei diesem Forschungsinstrument „um die Frage, welches soziale Kapital *einzelne Akteure* aus ihrem Netzwerk beziehen können“ (JANSEN 1999, 23) und inwiefern die Netzwerkakteure auf hohe Solidaritäts- und Hilfpotentiale aus dem Netzwerk zurückgreifen können (EBD., 99).

Es gibt viele verschiedene Arten von Netzwerkanalysen. Im vorliegenden Fall wurde eine ego-zentrierte Netzwerkanalyse durchgeführt, weil dabei der Befragte ins Zentrum seines Netzwerks gestellt wird, also dessen Ausgangspunkt darstellt. Das macht es für den Befragten leichter, die verschiedenen Beziehungskonstellationen anzuordnen.

Der Vorteil der ego-zentrierten Netzwerkanalyse besteht darin, dass sie mittels Umfrage erhoben werden kann (VGL. EBD., 59). Die befragten Menschen werden hierbei aufgefordert, alle Personen die ihnen spontan einfallen und in ihrem Leben wichtig sind, aufzuschreiben. Danach teilen sie diese auf einer Netzwerkkarte verschiedenen vorher definierten Kategorien zu und gewichten dabei deren Position in ihrem persönlichen sozialen Netz durch Ablegen des Namens auf der entsprechenden Kreislinie (VGL. ABB. 2).

Der Interviewer stellt daraufhin gezielte Rückfragen, wobei er insbesondere auf die Konstellation und Gewichtung Bezug nimmt und nach „Alter, Bildungsniveau und ihrer Einstellung“ sowie nach dem Wohnort (EBD., 58) fragt.

Damit die persönlichen Daten, die der Befragte dabei preisgab, auch vertraulich behandelt wurden, ließ ich diese von diesem am Ende der Analyse verschlüsseln, so dass die Auswertung noch gewährleistet war.

5.3.2 Durchführung und Auswertung der Netzwerkanalyse

Im sozialwissenschaftlichen Kontext müsste man bei einer größeren Untersuchung noch mehr Aspekte mit ins Spiel bringen, jedoch wollte ich mich bei diesem Verfahren auf dessen wesentlichste Elemente beschränken, da es die durch die Interviews erhobenen Daten lediglich ergänzen sollte.

Ich führte die Netzwerkanalyse mit der im Anhang 3 befindlichen Leitfragen anhand von vier Leitschritten durch. Als *erstes* wurden die Akteure aufgefordert, alle wichtigen Personen zu nennen die ihnen einfielen und diese auf ein Blatt Papier zu schreiben. Dann sollten sie diese den folgenden vier Kategorien zuordnen:

- Familie / Verwandte
- Bekannte / Nachbarn
- Freunde
- Ämter / Dienste / Einrichtungen / BruderhausDiakonie

Dafür hatte ich vier Farbtöne ausgesucht, um eine optische Differenzierung vorzunehmen. Als *dritten Schritt* sollte sich die befragte Person in den Mittelpunkt der Netzwerkkarte eintragen und anschließend die farbigen Kärtchen mit den Personen ihres Netzwerks auf die Netzwerkkarte legen und auf einem der fünf konzentrischen Kreise, je nach persönlicher Gewichtung, anordnen.

Im letzten Schritt ließ ich das „Ego“ (VGL. JANSEN 1999, 58) die jeweils gewählten Positionen begründen und fragte nach den Berufen der dargestellten Personen, nach der Kontakthäufigkeit mit dieser und nach deren Alter und Wohnort.

Die Analyse nahm ich (nach vorheriger Zustimmung der Teilnehmer) mit Aufnahmegerät auf, so dass ich im Nachhinein die Fälle nochmals rekonstruieren konnte. Diese Mitschnitte wurden aber nicht transkribiert, weil sonst der Rahmen dieser Arbeit bei weitem gesprengt worden wäre. Jedoch wurden gewichtige Zitate mit in die Auswertung aufgenommen (VGL. KAP. 6.3).

6. Ergebnis der Datenanalyse

Nach einem biografischen Überblick über die drei interviewten Maßnahmeteilnehmer (6.1) in Form einer knappen tabellarischen Übersicht und einer sich daran anschließenden ausführlicheren Beschreibung, soll in der Folge das Datenmaterial interpretiert werden. Dabei wird in einem ersten Schritt die durch die Methode „Grounded theory“ herausgearbeitete allen Fällen zugrundeliegende Schlüsselkategorie vorgestellt und einer vergleichenden Analyse unterzogen (6.2), bevor die Einzelfälle in Bezug auf die individuellen Kapitalausstattungen und Teilkarrieremuster in Augenschein genommen werden (6.3). Am Ende dieser Darstellungen wird versucht daraus eine Theorie abzuleiten, die für die Praxis handlungsleitend sein könnte (6.5).

6.1 Ein Überblick über das zugrunde liegende Datenmaterial

Bevor die einzelnen Lebensläufe genauer beschrieben werden, werden sie nachfolgend des besseren Überblicks wegen kurz nebeneinander mit den wichtigsten Informationen dargestellt. Alle Personennamen und Städtenamen wurden dabei geändert bzw. verschlüsselt abgekürzt.

6.1.1 Fallübersichten – biografischer Werdegang

Herr Hafner (24) „AGH zum Führerschein“	Frau Pannek (19) „AGH fit in die Zukunft“	Frau Reuter (26) „AGH zum Führerschein“
<ul style="list-style-type: none"> • *1985 • Förderschulabschluss • BVJ mit HS-Abschluss (2003) • 3-Jährige Ausbildung zum Metallfeinbearbeiter (REHA) (2006) • 2 Monate arbeitssuchend • Arbeit in Fabrik; Entlassung nach 3,5 Monaten (Begründung: Auftragslage) • ½ Jahr arbeitssuchend • 4-monatige CNC-Schulung von AfA • Nichtübernahme nach 2-monatigem Praktikum in CNC-Arbeitserprobung • ~1 Jahr arbeitssuchend • 2 Monate Arbeitserprobung als Maschinenbediener; Nichtübernahme (Begründung: zu langsam) • ½ Jahr arbeitssuchend → <i>Vermittlung in AGH im Herbst 2008</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • *1989 • Migrationshintergrund, kommt mit 13 Jahren aus Kasachstan nach Deutschland • Abbruch RS nach 9. Klasse (2006) • regelmäßiger Ferienjob • BGJ: HS-Abschluss (2007) • Kaufm. Handelsschule, Ziel: RS-Abschluss; Abbruch (2008) aufgrund von Wegzug (Streit Mutter) und Heirat • Wartezeit nach Umzug; Status arbeitssuchend • Ab März 2009 ALG 2 • Ausbildungs-/Jobsuche (2009) → <i>Vermittlung in AGH im Sommer 2009</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • *1983 • Wenig Anreize durch Eltern • Prekäre familiäre Umstände (Vater Alkoholiker mit Sorgerecht nach Trennung von Ehefrau) • Förderschulempfehlung • Kümmert sich als 12-jährige um Geschwister • Entschluss ins Heim zu gehen • Wiederholung von zwei Klassen • RS-Abschluss (2003) • Ausbildung zur Familienpflegerin (FH-Reife) • ~1/2 Jahr arbeitssuchend • (2005) teilweise Jobs zur persönlichen Orientierung und auch Stelle als Familienpflegerin • (2007) Job im erlernten Beruf (5 Monate) • (2007) Schwangerschaft • Elternzeit • (2008) Bewerbungen um Job im erlernten Beruf • Absagen aufgrund Unzulänglichkeit, weil kein Führerschein • Bandscheibenvorfall • AGH-Gesuch an Jobcenter → <i>Vermittlung in AGH im Frühjahr 2009</i>

Abb. 5: Fallübersichten

6.1.2 Fallbeschreibungen

a) *Herr Hafner*

Herr Hafner ist zum Zeitpunkt der Befragung 24 Jahre alt und lebt bereits seit 5 Jahren alleine in einer 1-Zimmerwohnung in X-Stadt. Für die Warmmiete von 326 € kommt die Agentur für Arbeit im Rahmen der Grundsicherung auf. Zu seinen Eltern pflegt Herr Hafner guten Kontakt, sie unterstützen ihn finanziell bei Zahlungseingüssen und helfen ihm auch bei Verwaltungsaufgaben, die im Zusammenhang mit dem Jobcenter entstehen. Er hat noch drei Geschwister. Sein ältester Bruder ist schon berufstätig, der jüngere Bruder geht auf eine weiterführende Schule zur Erlangung des Realschulabschlusses, und seine jüngere Schwester besucht noch die allgemeinbildende Schule.

Seine Erzählungen, was seinen Werdegang anbelangt, beginnt Herr Hafner mit der Schulzeit. Die Grundschulzeit verbringt er in C-Stadt, auf einer Sprachheil-Internatsschule, weil er zu diesem Zeitpunkt noch sehr massive Schwierigkeiten mit Aussprache und Artikulation hat. Die Wochenenden verbringt er während dieser Zeit zu Hause. Nach der Grundschule wird er an der Förderschule beschult, nach deren Abschluss er dann in einem BVJ im Jahr 2003 seinen Hauptschulabschluss nachholt. Im Anschluss daran absolviert Herr Hafner eine dreijährige Ausbildung zum Metallfeinbearbeiter (Reha-Ausbildung; VGL. ABB.1, KAPITEL 3.2), die er mit Erfolg ablegt. Nach Beendigung der Ausbildung ist er für 2 Monate arbeitssuchend und zieht bei seinen Eltern aus. Damit er sich diese Wohnung leisten kann, nimmt er einen Kredit auf, nicht wissend dass er eigentlich Anspruch auf ALG 2 hätte. Wenig später findet er eine Arbeitsstelle in einem metallverarbeitenden Unternehmen, von dem er aber bereits nach dreieinhalb Monaten wieder entlassen wird, mit der Begründung einer schlechten Auftragslage. Es beginnt eine 6-monatige Phase der Arbeitslosigkeit.

Über die Agentur für Arbeit bekommt Herr Hafner dann die Möglichkeit an einer viermonatigen CNC-Schulung teilzunehmen, die er wahrnimmt und dann mit dem Erhalt eines Zertifikats beendet. Daran anschließend bietet sich ihm die Chance, ein Praktikum im Bereich der CNC-Fertigung zu absolvieren, mit der Option auf Übernahme. Dieses Praktikum absolviert er, erhält aber die in Aussicht gestellte Festanstellung nicht. Eine Begründung für diese Entscheidung von Seiten des Betriebsinhabers bekommt er darauf nicht. Erneut folgt eine Phase der Arbeitssuche, die ihm trotz zahlreicher Bewerbungen keine neue Arbeitsstelle einbringt und fast ein

Jahr andauert. Schließlich kann er in einem ca. 100 km von seinem Wohnort entfernten Dorf am Rande der Schwäbischen Alb in einem metallverarbeitenden Unternehmen als Maschinenbediener anfangen. Allerdings handelt es sich dabei erneut nur um eine Arbeitserprobung mit Option auf Übernahme. Er nimmt sich ein Zimmer, das er für 2 Wochen vom Jobcenter finanziert bekommt, den Rest muss er aus eigener Tasche bezahlen. Diese Wohnung hätte er übernommen, wenn dieses Arbeitsverhältnis zustande gekommen wäre, jedoch bietet sich ihm hier wieder keine Chance, weil sein Chef mehr Teile pro Stunde von ihm erwartet (VGL. ANHANG 1, A1; 117-125).

Erneut schließt sich eine Zeit der Arbeitslosigkeit an, die ein halbes Jahr andauert, bis er zufälligerweise erfährt, dass es eine Maßnahme beim Jobcenter gibt, bei der man sich den Führerschein finanzieren kann. Sein Vater hilft ihm, diese Möglichkeit zu realisieren, und nimmt mit der Arbeitsvermittlungsbehörde schriftlichen Kontakt auf. Nach eingehender Prüfung des Falles bietet man Herrn Hafner an, sich im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit im TÜV, den Führerschein zu finanzieren. Diese Arbeitsgelegenheit nimmt er dann Ende 2008 wahr und ist dabei in der Metallwerkstatt tätig.

b) Frau Pannek

Frau Pannek ist zum Zeitpunkt der Befragung 19 Jahre alt. Sie wurde 1989 in Kasachstan geboren. Nach der Trennung ihrer Eltern, ist sie zu diesem Zeitpunkt 13 Jahre alt emigriert sie zusammen mit ihrer Mutter und ihren beiden Schwestern nach Deutschland nach Y-Bundesland. Dort wird sie wegen guter Leistungen in Mathematik gleich in der Realschule beschult. Im Fach Deutsch hat sie während ihrer Schulzeit aufgrund der großen Sprachbarriere immerzu Schwierigkeiten, was u.a. dazu führt, dass sie die neunte Klasse wiederholen muss. Nach diesem Wiederholungsjahr bricht sie die Realschule demotiviert ab und holt ihren Hauptschulabschluss in einem Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) im kaufmännischen Bereich nach. Im Anschluss an dieses berufsvorbereitende Jahr besucht sie an derselben Bildungsstätte, die kaufmännische Handelsschule (weiterführende Schule), die nach zweijährigem Besuch zum Realschulabschluss führen soll. Nach ihrem Bericht ermöglicht ihr diese Schule einen neuen positiveren Zugang zu dem Fach Deutsch. Auch die Lehrerpersönlichkeiten sagen ihr mehr zu und sie kann sich, hervorgerufen durch die Begeisterung im Fach EDV, eine Arbeit im Büro gut vorstellen. Erfahrungen in diesem Bereich hatte sie zu diesem Zeitpunkt schon durch

ein Schulpraktikum (Bürotätigkeit) gewonnen. Seit ihrem 15. Lebensjahr verdiente sie sich regelmäßig in den Sommerferien ihr eigenes Geld – um von der Mutter finanziell unabhängiger zu werden - am Arbeitsplatz ihrer Mutter, in einer Flaschenabfüllfabrik, wo sie als Ferienjobberin arbeitete.

Das Verhältnis zu ihrer Mutter hatte sich seit ihrem Umzug nach Deutschland zunehmend verschlechtert, so dass sie im Herbst des Jahres 2008 beschließt, bei dieser auszuweichen und ihren Freund, den sie über das Internet kennengelernt hatte, zu heiraten und nach Baden-Württemberg, nach R-Stadt zu ziehen.

In diesem Zusammenhang bricht sie die kaufmännische Handelsschule und ihren zu diesem Zeitpunkt begonnenen Führerschein in Y-Bundesland ab. Nach der Heirat im Dezember 08 wohnt sie dann zunächst mit ihrem Mann und dessen Eltern in deren Wohnung in R-Stadt zusammen. Kurz danach beginnen sie mit der Suche nach einer eigenen Wohnung. Während ihr Mann im Winter 2008/2009 noch ein Erprobungspraktikum in einem Betrieb absolviert (im Herbst 2009 beginnt er schließlich eine Ausbildung als Industriemechaniker), entsteht für Frau Pannek eine Wartezeit, was eine Tätigkeit in Form von Arbeit oder Ausbildung anbelangt. Ihre vermehrten Bewerbungen um einen Job (Minijobs auf 400€-Basis) haben keinen Erfolg und sie kann auch keinen Ausbildungsplatz mehr finden, da das Ausbildungsjahr bereits begonnen hat und demzufolge keine mehr zur Verfügung stehen. Nachdem die junge Frau dann ihren Wohnsitz bei ihrer Mutter in Y-Bundesland im März 2009 abmeldet und mit ihrem Mann eine Wohnung findet, finanziert ihnen das Jobcenter diese durch die „Grundsicherung für Arbeitssuchende“. Damit hat sie den Status „arbeitslos und arbeitssuchend“ (VGL. KAP. 3.1.3). Die Suche nach einem Job bleibt für sie auch im Frühjahr 2009 ergebnislos, so dass sie vom Jobcenter im Sommer 2009 in eine Arbeitsgelegenheit der BruderhausDiakonie vermittelt wird. Dort bekommt sie auf Wunsch einen Büroarbeitsplatz. Damit sie noch genügend Zeit für ihre Aufgaben im Haushalt zur Verfügung hat, beschränkt sich Frau Pannek auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 20 Stunden innerhalb dieser Maßnahme, weil sie nach ihrer Aussage „zu Hause halt viel zu tun“ (VGL. A1, 3346) hat. Während dieser Maßnahme hat sie die Möglichkeit ein Praktikum zu machen. Dort würde man sie übernehmen für ein Ausbildungsverhältnis, sie lehnt jedoch ab und sagt es gefalle ihr nicht (VGL. A1, 3093f).

c) Frau Reuter

Frau Reuter beginnt ihre biografische Erzählung auf die Frage hin, wie sie aufgewachsen sei, mit dem Zeitpunkt, als sie 15 Jahre alt ist und aus „freien Stücken“ (A1, 1208) den Entschluss fasst, bei ihrem Vater auszuziehen und mit ihren beiden Schwestern in ein Heim zu gehen. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass es die familiären Umstände nicht mehr zulassen, länger beim Vater zu leben, der nach der Trennung von seiner Frau das Sorgerecht für die Kinder bekommen hatte. Er ist Alkoholiker und ist deshalb nicht fähig, sich um seine Kinder zu kümmern. So kam es, dass sich Frau Reuter schon im Alter von 12 Jahren (Alter zum Zeitpunkt der Trennung der Eltern) um ihre beiden um fünf und neun Jahre jüngeren Schwestern hatte kümmern müssen. Dies führte bei ihr in der Folge zu hohen schulischen Fehlzeiten und dazu, dass sie den schulischen Anschluss zu verlieren schien, zumindest hätte eine Betreuerin im Haushalt des Vaters ihre Situation so beurteilt gehabt. Wie viele andere Menschen auch, so habe auch diese Frau, so Reuters Erzählung, ihr nicht zugetraut, die Schule meistern zu können und unterstützte daher die damals von Seiten der Schule vorliegende Förderschulempfehlung. Frau Reuter hat dabei das Gefühl falsch eingeschätzt zu werden. Sie setzt sich zur Wehr und erreicht (bei wem bleibt unklar), dass sie mit ihren Geschwistern in einem Heim weit weg von zu Hause, an der Ostsee, untergebracht wird.

Dort schafft sie im Jahr 2001, im Alter von 18 Jahren, den Realschulabschluss (das fortgeschrittene Alter von 18 Jahren ist damit zu erklären, dass sie die in ihrer Kindheit versäumten Schuljahre durch zwei Zusatzschuljahre nachholen musste). Im Anschluss daran beginnt sie eine vierjährige Ausbildung zur Familienpflegerin, die sie im Jahr 2005 erfolgreich abschließt. Durch die Dauer der Ausbildung erlangt sie dabei zusätzlich die Fachhochschulreife. Obwohl ihr auch in dieser Ausbildung aufgrund gesundheitlicher Gründe (VGL., 1463) und einer Schwangerschaft (was mit diesem Kind passiert ist, wird nicht berichtet) der Abschluss nicht zugetraut wird, schafft sie diesen. Stolz berichtet sie in dem Interview darüber. Im Anschluss an die Ausbildung nimmt sie sich persönlich Zeit für sich (VGL., 1305f) und wendet sich u.a. aufgrund knapper Arbeitsplätze und der Unsicherheit, ihren erlernten Beruf ausführen zu wollen, von diesem vorerst ab und orientiert sich in anderen Bereichen. So jobbt sie etwa eineinhalb Jahre in verschiedenen Jobs, einer Werbeagentur, einem Restaurant und als Kurierfahrerin. Das Geld, das sie dabei verdient, reicht ihr zum Leben meist gut aus, zeitweise lebt sie von „aufstockendem ALG 2“ (wird bei

Arbeiten, die sich unter dem Satz von ALG II befinden, ausgezahlt). Zwischenzeitlich, so erfahre ich Anfang 2010 in einem Gespräch mit ihr, arbeitet sie noch für ein paar Monate in ihrem Beruf in N-Stadt im Norden Deutschlands. Diesen kurzen Phasen von Arbeit folgen wechselweise ebenso kurze Phasen der Arbeitslosigkeit.

Im Jahr 2007 entschließt sie sich nach S-Stadt nach Süddeutschland zu ziehen, weil sie dort einen Job in einem privaten Pflegedienst in ihrem erlernten Beruf findet. Sie ist zu diesem Zeitpunkt bereits (unwissend) schwanger und nach weiteren 5 Monaten bringt sie ihren Sohn zur Welt, worauf sie in Elternzeit geht. Ihr alter Arbeitgeber bleibt ihr gegenüber noch in Zahlungsrückstand, was die Auszahlung ihres Lohns anbelangt. Ihren Lebensunterhalt sichert sich Frau Reuter in dieser Zeit von dem ihr zustehenden Elterngeld. Dieses setzt sich aus 67% des Nettolohns ihres letzten Arbeitgebers und einem Unterhaltsvorschuss zusammen. Da sie dabei aber unter die Geringfügigkeitsgrenze fällt, muss sie aufstockendes ALG 2 beantragen. In diesem Fall entfällt eine Eingliederungsvereinbarung.

Im Jahr 2008 – sie und ihr mittlerweile einjähriges Kind sind zu diesem Zeitpunkt mit ihrem Partner in R-Stadt zusammengezogen – bewirbt sie sich wieder aktiv um eine Stelle als Familienpflegerin, jedoch ergebnislos (diese Informationen bekam ich erst im Gespräch Anfang 2010 mit ihr). Die Begründung, die sie hierfür immer wieder erhält ist ihr fehlender Führerschein. Sie meldet sich arbeitssuchend. Durch einen Bandscheibenvorfall im selben Jahr verändert sich ihre Perspektive, in einem Altenheim o.ä. (VGL., 2302) zu arbeiten, weiter gravierend. Um ihre Chancen zu verbessern, nach der Elternzeit in ihrem Beruf arbeiten zu können und damit für ihren Sohn und damit ein für ihren Sohn & sich ausreichendes Einkommen zu erhalten, entschließt sie sich, die Elternzeit (bis Mitte 2010) noch zu nutzen, um ihren Führerschein nachzuholen. Da sie jedoch nicht über die finanziellen Mittel verfügt diesen zu bezahlen, geht sie ihrem „Arbeitsvermittler so auf die Nerven“ (2250f), dass dieser ihr eine Finanzierungsmöglichkeit im Rahmen einer AGH-Maßnahme anbietet, obwohl sie aufgrund der nicht vorhandenen Eingliederungsvereinbarung eigentlich nicht die Zielgruppe dieser Maßnahme darstellt. Im Frühjahr 2009 beginnt sie diese Arbeitsgelegenheit im TÜV. Sie arbeitet dort im Metallbereich.

6.2 Vergleichsanalysen in Bezug auf die Kernkategorie

Wie sich in 5.2.2.2 bereits gezeigt hat, lässt sich der „erlernte Umgang mit Problemlagen“ zu der zentralen Kategorie, ja zu dem roten Faden der Interviews bestimmen. Dies wurde anhand des selektiven Codierens auf Grundlage der offenen und axialen Kategorien herausgearbeitet. Doch wie kann diese Kernkategorie anhand des Materials begründet werden?

Dazu ist es zunächst einmal notwendig die einzelnen Bestandteile dieser mehrschichtigen Kategorie aufzuschlüsseln.

Charakterisierung der „Problemlagen“

Wenn man die Fälle der drei befragten AGHler betrachtet, werden darin jeweils in der Kindheit oder frühen Jugendzeit aufgetretene *psycho-soziale Belastungen* erkennbar. Diese Belastungen stellen eine Problemlage dar, die den weiteren Fortgang der biografischen Entwicklung maßgeblich beeinflusst. Sie sind durch Zeiten intensiver Erschwernisse und psychischer Anforderungen an die Personen gekennzeichnet und spielen bei allen Teilnehmern eine zukunftsweisende Rolle.

Bei *Herrn Hafner* ist die Genese dieser Problemlage bereits im frühen Kindesalter zu finden und zieht ihre Spuren durch die ganze Biografie. Er wurde schon im Grundschulalter aufgrund seiner Sprach- und Artikulationsschwierigkeiten in einer Internatssprachheilschule beschult. Dazu musste, wie es im deutschen Bildungswesen der Fall ist, eine diesen Vorgang legitimierende Beurteilung vorliegen, um ihn in dieser speziellen Fördereinrichtung beschulen zu können. Auch sein weiterer Werdegang, der durch den Besuch von Sondereinrichtungen geprägt ist, konnte nicht ohne die Diagnose eines Förderbedarfs erfolgen (Förderschule, BVJ und REHA-Ausbildung). Dass durch einen solchen Vorgang institutionelle Stigmatisierungseffekte nicht ausbleiben können, zeigt POWELL (2007). Aufgrund des Vorhandenseins von Klassifikationssystemen wie im deutschen Bildungssystem, geht sie von unweigerlich eintretenden institutionellen Stigmatisierungsprozessen aus (VGL. EBD. 2007, 321f). Auch BOURDIEUS Kritik an solchen Systemen unterstreicht diese Einschätzung, indem er zeigt, dass diese Klassifikationen „vielmehr Instrumente der Macht [sind – J.R.], die Ungleichheit reproduzieren, indem sie mit ihrer scheinbaren Neutralität einen bestimmten Stand des Klassifikations- und Klassenkampfes legitimieren“ (VGL. BOURDIEU. 1984, 477 ZIT. N. POWELL 2003, 106). Dass Herr Hafner durch diesen Sonderschulabschluss besonders stigmatisiert zu

sein scheint, kam im Interview dadurch zum Ausdruck, dass er auf die Frage nach seinem Schulabschluss, nur sehr zaghaft und leise „Sonderschulabschluss“ antwortet (VGL.A1,151-160). Das scheint ihm unangenehm zu sein. Zudem war dieser Schulbesuch für seine weitere Zukunft in der Hinsicht maßgeblich ausschlaggebend, dass er bis heute, trotz des Besuchs vieler Bildungsinstitutionen und einer abgeschlossenen Berufsausbildung, noch keine langanhaltenden Phasen in Arbeit vorweisen kann, ohne dass er dabei mit der Begründung persönlicher Merkmale (z.B. Langsamkeit: VGL. A1, 117f) oder schlechter Auftragslage, entlassen worden wäre. Arbeit bleibt ihm somit bisher verwehrt. Die *Sonderschule und in deren Folge der allgemeine Arbeitsmarkt* treten hier als Benachteiligungsinstanzen besonders deutlich hervor (VGL. 2.1.2f) und kennzeichnen Herrn Hafners persönliche *Problemlage*.

Im Gegensatz zu dieser institutionell bedingten Problemlage können die Situationen von Frau Pannek und Frau Reuter jeweils auf deren familiäre Bedingungshintergründe zurückgeführt werden. So machten beide Frauen etwa im Alter von 12 Jahren die Erfahrung der Trennung ihrer Eltern.

Frau Pannek emigrierte mit ihrer Mutter und ihren Schwestern von Kasachstan nach Deutschland. Der Kontakt zu ihrem zurückgebliebenen Vater, mit dem sie als Kind eine besonders innige Beziehung hatte, ist bis heute nur sehr selten möglich. Sie sieht ihn nur alle paar Jahre. Während sie ihren Vater stets sehr vermisst, hat sich das Verhältnis zu ihrer Mutter (VGL. A1, 2720-2723) und einer ihrer beiden Schwestern (VGL. A1, 3538) in den Jahren in Deutschland zusehends verschlechtert. Diese schwierige Beziehung zu ihrer Mutter war im weiteren Verlauf in erheblichem Maße für Frau Panneks Entscheidung und deren Umsetzung, bei dieser auszuziehen und ihren Freund zu heiraten, verantwortlich.

Erschwerend kam gleich im Anschluss an die Migration der Einstieg in das deutsche Schulsystem hinzu. Obwohl sie dort aufgrund guter Zensuren in Mathematik gleich in der Realschule beschult wurde, haderte sie mit der Schule, weil sie dort aufgrund der Sprachbarriere an Grenzen stieß (VGL. 2983-2986). So weiß sie über die Schulzeit im deutschen Schulsystem nur wenig Positives zu erzählen. Sie machte dort viele Erfahrungen, die Inhalte nicht zu verstehen und dabei nur wenig Unterstützung zu erhalten (VGL.2574). In der Folge brach sie dann diesen Bildungsgang ab. Die *Problemlagen* sind hier neben *familiär schwierigen Verhältnissen* also auch *im schulischen Werdegang* zu finden, wo es Hürden zu überspringen galt.

Frau Reuter erlebte nach der Trennung ihrer Eltern die Hilflosigkeit, auf sich alleine gestellt zu sein und im Haushalt des alkoholkranken Vaters für das Wohl ihrer Geschwister sorgen zu müssen. Ihre zu diesem Zeitpunkt drei Jahre alte Schwester hätte wahrscheinlich ohne die Unterstützung und Zuwendung der damals zwölfjährigen Frau Reuter nicht überleben können. Auch die siebenjährige Schwester war auf deren Hilfe angewiesen. Wie Frau Reuter berichtet, hatte sie aufgrund dieser familiären Belastung hohe schulische Fehlzeiten und musste dafür später zwei Schuljahre nachholen. Für Frau Reuter kam damals noch belastend hinzu, von außen falsch eingeschätzt zu werden und eine für sie stigmatisierende Empfehlung für die Förderschule erhalten zu haben (VGL. 1432-1439). Dass der Heimaufenthalt in der Folge für sie ein Weg aus der *Problemlage (prekäre familiäre Situation und falsche Einschätzung ihrer Person)* war, kann im Hinblick auf ihren während dieser Zeit erworbenen Realschulabschluss geschlussfolgert werden.

Charakterisierung des „erlernten Umgangs“

Lernen kommt durch wiederholte Erfahrungen in der Interaktion mit der Umwelt zustande (VGL. SCHAUB & ZENKE 2004, 352). Etwas zu *erlernen*, geschieht häufig unbewusst, beiläufig und muss nicht (kann aber auch) arrangiert sein.

Mit einer Situation *umgehen* zu *lernen*, setzt also deren ständige Wiederkehr oder gar deren Dauerzustand voraus und wird dabei mehr oder weniger unbewusst praktiziert.

Der Begriff des „erlernten Umgangs“ erweckt leicht den Eindruck, mit dem der Bewältigung zusammenzuhängen. Das ist durchaus denkbar und nicht falsch. Doch möchte ich auf gewisse Unterschiede hinweisen. Während es bei Bewältigung darum geht, „Situationen und Ereignisse, die als belastend oder fordernd empfunden werden“ (MACK 2008, 146) durch Handlungen und Verhaltensweisen aktiv in den Griff zu bekommen - Bewältigung also mit einem Kalkül verbunden ist -, würde ich den Begriff des erlernten Umgangs als noch etwas umfassender deuten, weil er nicht nur das Verhalten, sondern auch die innere Strukturiertheit zu erklären versucht. So könnte man den erlernten Umgang als ein in der Person *verwurzeltes Verhaltensmuster* beschreiben, das eher *passiv* abläuft und sich aus der Ursache einer ständig wiederkehrenden oder dauerhaften Situation entwickelt hat (wenn man so will könnte man es als passive Bewältigungsstrategie bezeichnen). Gewissermaßen fungiert es als handlungsleitendes Prinzip. Dabei wäre es sicherlich zu hoch gegriffen zu behaupten, dass dieser (der erlernte Umgang) auf der Ebene

des Habitus anzusiedeln wäre und in diesem „System dauerhafter und übertragbarer Strukturen“ (BOURDIEU 1999, 98) innewohnt. Doch sein in der Person verankertes Handlungsmuster kommt dem Wesen des Habitus nahe, welcher auch ohne „rationales Kalkül“ (EBD. 98f) besteht.

Durch diese Begriffsklärung sollte gezeigt werden, dass es sich bei einem erlernten Umgang um ein latent entwickeltes Ordnungsmuster handelt, das die jeweiligen Personen aufgrund bestimmter Situationen in sich ausgebildet haben und in der Folge fortsetzen.

Der *erlernte Umgang* ist ein handlungsleitendes Prinzip, das sich in der gelebten Lebenseinstellung widerspiegelt und seinen Ursprung in einer/ mehreren *Problemlage/n* hat.

Herrn Hafner blieb, wie oben bereits angedeutet, langanhaltende Beschäftigung bis zum heutigen Zeitpunkt verwehrt. Durch die institutionell bedingte Behinderung seines Werdegangs musste er zwangsläufig *lernen*, mit diesen Situationen (*Problemlagen*) umzugehen. Da er sich nicht mit unangenehmen Auseinandersetzungen konfrontiert sehen wollte, indem er sich durch z.B. Auflehnung in Form von Protest, Gewalt, o.ä. dagegen gewehrt hätte, blieb ihm nur die Wahl, den *Umgang* mit dieser seit früher Kindheit begleitenden Problemlage auf andere Weise zu *erlernen*.

Aus den Daten des Interviews lässt sich bei ihm ein hohes Maß an Frustrationstoleranz erkennen. (Frustrationstoleranz lässt sich nicht aktiv vornehmen, sie ist also in der Person vorstrukturiert oder muss im Laufe der Zeit durch wiederkehrende Erfahrungen von Problemlagen erlernt werden. Deshalb kann hier nur schwerlich von Bewältigung gesprochen werden). Trotz seines Status des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und seiner dauerhaft verwehrteten Arbeit scheint Herr Hafner ein glückliches und zufriedenes Leben zu führen. Sein momentanes Leben als AGHler bezeichnet er als „fröhlich“. Wenn er dieses Gefühl in einem Bild ausdrücken müsste, würde er eine sonnige Landschaft mit einem Teich und einem Platz zum Entspannen malen (VGL. A1, 925-927). Darüber hinaus zeigt sich der 24-jährige mit seiner eigenen Wohnung zufrieden und freut sich, dass er in der AGH die Möglichkeit bekommt, zu arbeiten. Besonders deutlich tritt letzteres an zahlreichen Stellen im Interview zutage. Herr Hafner erwähnt dabei mehrfach, dass er arbeiten *darf* (VGL. 783; 809; 902). An der Stelle 539 im Transkript kommt der Stellenwert der Arbeit für ihn persönlich klar zum Ausdruck und zeigt, dass er sich eine Arbeitsstelle

wünscht, und dass es für ihn ein Privileg ist, überhaupt arbeiten *zu dürfen*, ja einer Tätigkeit nachzugehen. Dass es sich dabei nicht um eine sprachliche Floskel handelt schließe ich aus, weil er das Verb „dürfen“ nur im Zusammenhang mit Dingen nennt, die mit Arbeit oder dem Weg dorthin zu tun haben: So sagt er, dass er im TüWerk Blumenkastenhalter und andere schöne Dinge bauen (VGL. 47f) und den Führerschein (VGL. 137) machen „darf“. Der *erlernte Umgang* mit seiner persönlichen Problemlage der institutionell stigmatisierten Laufbahn manifestiert sich an dieser Stelle also durch seine *unnachgiebige Lebensfreude und Beharrlichkeit* hinsichtlich der Erlangung einer Arbeitsstelle.

Wie lässt sich dieser erlernte Umgang erklären? Welche Voraussetzungen waren dazu vorhanden? Ein Blick auf die Kapitalausstattungen der Personen lassen uns darüber im nächsten Unterkapitel (6.3) Vermutungen anstellen. Doch zunächst soll der erlernte Umgang anhand der beiden weiblichen Teilnehmer aufgezeigt werden.

Bei *Frau Pannek* zeigt sich dieser in einer von Unsicherheiten geprägten Entwicklung. Diese kommt durch verunsicherte Handlungen zum Ausdruck. So folgt der Problemlage „schulischer Werdegang“, der sich durch das Wiederholen der neunten Klasse noch weiter verstärkt hatte, der Abbruch der Schule, ohne dass sie dort einen Abschluss erwerben konnte. Der Problemlage „Streit mit Mutter“ folgt unter in Kauf nehmen des Abbruchs ihres Führerscheines und der kaufmännischen Schule, die nur ein halbes Jahr später zu einem höher qualifizierten Schulabschluss (mittlere Reife) hätte führen können, der Auszug von zu Hause. Diese vorschnellen Entschlüsse, sich kurz vor dem Erreichen eines Ziels anders zu entscheiden, sind bei ihr problemmeidende Umgangsformen, mit denen sie aber auch persönliche Erfolge hat, weil sie dabei im Gegenzug ihre Probleme ausgleichen kann. So kompensiert sie den Abbruch der Realschule mit dem Besuch des BGJ und der weiterführenden Schule und den Abbruch der weiterführenden Schule mit der Heirat ihres Freundes. Der *erlernte Umgang* mit Problemlagen besteht bei ihr in der *Suche nach Ausgleich von Unsicherheiten in Form von Ablenkung*. Auch die AGH erscheint mir eine solche Art von Abwechslung darzustellen. Sie hat durch die Neuordnung ihres Privatlebens ihren ausbildungstechnischen Werdegang aufs Spiel gesetzt und findet keinen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit, weil das Ausbildungsjahr zu diesem Zeitpunkt schon begonnen hat bzw. vermutlich unzureichende Qualifikationen, um irgendeinen Job zu bekommen, vorliegen. Deswegen kommt die AGH gerade gelegen und ihr Unsicherheitsfaktor in Bezug auf Arbeit ist vorerst kompensiert. Dies zeigt sich auch

daran, dass sie sich einfach auf die neue Arbeit einlässt ohne genaue Vorahnungen davon zu haben, was sie dort erwarten wird (VGL. 3376-3379). Damit entkommt sie auch dem alltäglichen Trott des Haushalts (VGL. 3384) und bestätigt erneut ihre Suche nach Ablenkung, sofern sich Problemlagen ergeben.

Frau Reuters erlernter Umgang besteht darin, aus ihren Problemlagen (Elternhaus, falsche Einschätzung ihrer Person) Kraft zu schöpfen und sämtlichen persönlichen Niederlagen zu entkommen. Man könnte ihr eine daraus gewonnene Kämpfermentalität unterstellen, die sie dadurch bereits früh erlernen und entwickeln musste, um ihre Geschwister zu versorgen. In dieser Herausforderung kann auch der Grund für ihre Verantwortungsübernahme für ihren Sohn und ihre persönliche (und auch gemeinsame) Zukunft, gesehen werden. Diese wird sichtbar in ihren zahlreichen Plänen und ihrer Zielstrebigkeit, die sie in Bezug auf Arbeit an den Tag legt. Allein ihre Entscheidung, an einer AGH-Maßnahme teilzunehmen, ja sich dafür einzusetzen, dass sich ihre beruflichen Chancen durch den Erhalt des Führerscheins verbessern, unterstreicht ihren unnachgiebigen Willen. Hier wären noch ihre Pläne zu „studieren“ oder „die Medikamentenlehre“ nachzuholen zu nennen (VGL. 1309). *Frau Reuters erlernter Umgang besteht darin, für ihre Ziele zu kämpfen und aus den Tiefen ihrer Problemlagen gestärkt hervortreten und sich dabei einer Normalerwerbsbiografie anzunähern*, die ihr die berufliche Teilhabe sichert.

Welchen Einfluss die individuelle Kapitalausstattung der drei Maßnahmeteilnehmer auf den erlernten Umgang ihrer Problemlagen hat, kann erst beantwortet werden, wenn man sich diese jeweiligen persönlichen Ressourcen näher betrachtet. Dies soll unter 6.3 nun geschehen.

6.3 Einzelfallanalysen in Bezug auf die individuellen Kapitalausstattungen und Teilkarrieremuster

Im Folgenden sollen die Daten der Interviewten jeweils getrennt voneinander auf die in Kapitel 2 thematisierten Kapitalausstattungen und die Bereiche der Teilkarrieren hin beschrieben und interpretiert werden. Um dabei das jeweilige soziale Netz (soziales Kapitel bzw. Teilkarriere: „soziale Beziehungen“) näher anschauen zu können, werde ich unter anderem auf die Daten der Netzwerkanalysen zurückgreifen.

Da sich Gebiete der Kapitalausstattung und der Teilkarrieren teilweise thematisch überschneiden, werden diese nicht gesondert ausgeführt, sondern zusammen

erläutert. Dies betrifft das ökonomische Kapital und den Teilkarrierebereich der Finanzen, das kulturelle Kapital und den Teilkarrierebereich Bildung/Beschäftigung sowie das soziale Kapital und den Bereich der Beziehungen. Der Legalitätsaspekt bei den Teilkarrieren kann bei der Analyse der Untersuchung außer Betracht gelassen werden, weil er für keine der Personen bisher eine Rolle gespielt hat.

6.3.1 Kapitalausstattung und Teilkarrieremuster von Herrn Hafner

Ökonomisches Kapital / Teilkarrierebereich Finanzen:

Herr Hafner lebt, wie alle anderen AGHler, von ALG 2. Da er zum Zeitpunkt des Interviews noch einen alten Kredit abbezahlen musste und die Angabe machte, dass er meistens mit seinem Geld auskomme (VGL. 682-686), ist davon auszugehen, dass er ohne die Belastungen dieser Geldanleihe keine Schwierigkeiten haben wird, mit seinem Geld hauszuhalten. Die finanzielle Belastung durch die Aufnahme eines Kredits existiert noch aus der Zeit nach seiner Ausbildung – er war für eine kurze Zeit arbeitslos und arbeitssuchend – als er noch nicht darüber in Kenntnis gesetzt war, dass ihm Geldleistungen des Staats zustehen würden. Für den Teilkarrierebereich der Finanzen sind bei ihm keine Probleme zu erkennen, zumal er von seinen Eltern auf Unterstützung hoffen kann, wenn er knapp bei Kasse ist (VGL. 673f). Ökonomisches Kapital scheint bei den Eltern in dem Maße vorhanden zu sein, dass sie ihrem Sohn finanziellen Rückhalt bieten können, wenn er nicht über die Runden kommt.

An materiellen Werten besitzt Herr Hafner ein Auto (woher er das hat und wie alt das ist, wurde nicht deutlich), obwohl er ja noch keinen Führerschein hat. Auch dies deutet darauf hin, dass er *nicht mit dem schlechtesten ökonomischen Kapital ausgestattet ist*. Auch der Besuch einer Internatsschule während seiner Grundschulzeit bestätigt diese Einschätzung. Sie kann jedoch später vor dem Teilkarrierenaspekt der „Gesundheit“ noch präzisiert werden können.

Kulturelles Kapital / Teilkarrierebereich Bildung/Beschäftigung:

Wenn man Herrn Hafners *institutionelles Kulturkapital* realistisch betrachtet und die Schilderungen unter 2.1.2f mitberücksichtigt, dann wird schnell klar, dass dieses Kapital kein wirklich brauchbares für den allgemeinen Arbeitsmarkt darstellt. So ist selbst der Sonderberufsschulabschluss nicht viel wert. Dies belegen zum einen die kurzen Phasen von Arbeit, die er hatte, und zum anderen die vielen Absagen auf die

Bewerbungen, die er geschrieben hat (VGL. 514). Der 24-jährige verfügt, wie sich aus dem Interview analysieren lässt, und was ich aus meinen Erfahrungen in der Arbeit im TÜV bei ihm sehen konnte, über notwendige Schlüsselqualifikationen (Pflichtbewusstsein, Kameradschaftlichkeit, Pünktlichkeit, usw.,...), die für ein Arbeitsverhältnis unverzichtbar sind. Schaut man sich dabei aber die Hürden an, über die er gestolpert ist, erkennt man, dass es vor allem der fachpraktische Teil ist, der ihm Schwierigkeiten bereitet (VGL. 578f). *Inkorporiertes Kulturkapital*, das er durch die Vermittlung von Werten in Form von nötigen Arbeitsmentalitäten durch das Elternhaus mitbekommen hat, reicht aber nicht aus, um Defizite der Praxis (mangelnde Leistungsfähigkeit und Tempo; VGL. 105-118) auszugleichen.

Herrn Hafners Beschäftigungskarriere ähnelt nach seiner Ausbildung eher einer Maßnahmenkarriere. Die Aneinanderreihung von Kursen und Maßnahmen (CNC-Kurs, Arbeitserprobungen, AGH) ohne lang anhaltende Arbeitsverhältnisse bestätigen das. Diese häufig dann noch von Arbeitslosigkeit unterbrochenen Zeiten werden „zum stigmatisierenden Merkmal, das dem beruflichen Weiterkommen im Wege steht“ (LEX 1997, S. 238f; ZIT. N. FRIEDEMANN & SCHROEDER 2000, 21).

Es bleibt also festzuhalten, dass das unzureichende Kulturkapital mitverantwortlich ist für das Misslingen der bisherigen Beschäftigungskarriere von Herrn Hafner. In der Folge kommt noch belastend hinzu, dass er zurzeit wenig Chancen hat, dieses in ökonomisches Kapital zu verwandeln. In der AGH-Maßnahme liegt für ihn großes Potential, durch den Erwerb des Führerscheines - sofern er ihn besteht -, ein wenig Kulturkapital anzuhäufen. Das würde neben seinen Arbeitsmarktchancen dann auch die Wahrscheinlichkeit, sein ökonomisches Kapital zu vermehren, erhöhen.

Soziales Kapital / Teilkarrierebereich Beziehungen:

Allgemeine Vorbemerkung: Die mit den Teilnehmern durchgeführte Netzwerkanalyse liefert eine Reihe von Informationen zum sozialen Kapital und dem Teilkarrierebereich „Beziehungen“, die nur anhand der Daten des Interviews nicht erhältlich gewesen wären. Im Folgenden sind die für die befragte Person wichtigsten Menschen ihres sozialen Netzwerks absteigend sortiert. Das heißt, die Person/en mit dem größten Stellenwert steht/en ganz oben. In der jeweiligen Zeile lässt sich neben der Angabe der Zuordnung, zu welcher Gruppe die genannte Person gehört (s. Farblegende), deren Alter und ausgeübte Tätigkeit entnehmen. Um die Daten interpretieren zu können war es zudem wichtig, die Begründung der Gewichtung sowie die Kontakthäufigkeit und die räumliche Entfernung des jeweils Genannten festzuhalten.

Ergebnis der Netzwerkanalyse von Herrn Hafner

Farblegende:

- Familie
- Freunde
- Bekannte
- Ämter / Einrichtungen

Kategorie (1 = hoch)	Person / Alter / Tätigkeit	Begründung	Kontakthäufigkeit	Entfernung
1	Vater (54) <i>LKW-Fahrer</i>	Vertrauenspersonen Immer da; Hilfe bei	Mehrmals die Woche	~ 5 km
	Mutter (48) <i>Näherin (arbeitet im Altersheim)</i>	Papierkram, Rechnungen, Geld (falls ausgeht); Versorger		
2	Cousin (22) <i>Innenraum- austatter bei Daimler</i>	Vertrauensperson; Männerthemen; Freizeit (Zelten, Kino, Hallenbad, Grillen); Zeigt Interesse	Wochenende	~ 30 min
	Freund (21) <i>Karosserie- bauer bei Daimler</i>	Vertrauensperson; Über Cousin kennengelernt s. Cousin		
3	Freund (23) <i>Straßen- bauer</i>	Aus Schulzeit muss man anrufen	Gelegentlich	~ 5 min
	Freund (26) <i>Lagerist</i>	Aus Schulpraktikum; Freizeit (Disco,...); Muss man anrufen		
4	Kumpel (23) <i>(n.bek.)</i>	aus Schulzeit; Weggehen	Selten	~ 30 min
	Kumpel (24) <i>(n.bek.)</i>	Über Freund (26); Weggehen		

Abb.6 Soziales Netzwerk Herr Hafner

Herrn Hafners wichtigster sozialer Kontakt stellen seine Eltern dar. Ihnen kann er vieles anvertrauen und kann von ihnen auch Unterstützung bei alltäglichen Aufgaben, wie „Schriftverkehr mit Ämtern“, „Rechnungen erledigen“, usw,...

erwarten. Die meiste Zeit verbringt er mit ihnen. Genau wie viele seiner Freunde kommen sie aus beruflich gesehen einfachem Milieu. Sein Vater ist LKW-Fahrer und seine Mutter gelernte Näherin und arbeitet in einem Altersheim. Auch unter seinen am meisten kontaktierten Freunden wird der enge Bezug zu seiner Familie nochmals unterstrichen, weil er da seinen Cousin aufführt. Dieser und dessen Freund sind zwei bzw. drei Jahre jünger als er und weisen für die Freundschaft gegenüber Herrn Hafner eine *qualitativ höherwertige Beziehung* (VGL. 2.2.1) auf, als er zu seinen anderen Freunden pflegt. Während er mit seinem Cousin und seinem Freund (Karosseriebauer) mehr Zeit verbringt und sie als Vertrauenspersonen einschätzt, spielen seine vier anderen Kumpels und Freunde, die er teilweise aus der Schule kennt, eine eher untergeordnete Rolle. „Sie muss man schon anrufen, damit man mit ihnen Kontakt hat“, sagt er. Hier ist maximal ein quantitatives Kontaktinteresse vorhanden, welches aber nicht auf Gegenseitigkeit zu beruhen scheint und dadurch kein besonders verlässliches soziales Kapital darstellt. So bleiben nur seine Eltern, sein Cousin und der 21jährige Freund als wirkliche Bezugspartner mit Kapitalwert bestehen. Dadurch, dass alle berufstätig sind, können sie mit ihm über ihre Erfahrungen mit Arbeit kommunizieren, jedoch bleibt die Frage, ob Herr Hafner, durch seine Schwierigkeiten in Arbeit zu gelangen, von diesen Personen dabei nicht nur unterstützt wird, sondern auch verstanden wird. Die Qualität dieser Beziehungen kann an dieser Stelle also nicht beurteilt werden.

Festzuhalten bleibt, dass sein soziales Netzwerk klein ist und sich auf vier Hauptpersonen zu beschränken scheint. Hinderlich erscheint keine dieser Vertrauenspersonen zu sein, so dass davon auszugehen ist, dass er sich auch zukünftig auf diesen Personenkreis verlassen kann und dort Rückhalt finden wird. Dabei ist das gute Verhältnis zu seinen Eltern noch hervorzuheben, weil dies eine schon langandauernde Stütze darstellt, auf die in der Regel – wenn sie einmal da ist – Verlass ist. So könnte dieses Eltern – Sohn – Verhältnis eher den Eindruck eines Bemutterns als das eines Distanzierens erwecken.

Teilkarrierebereiche

Freizeit

Auffällig ist bei Herrn Hafner, dass er vorwiegend ablenkend-konsumierenden Freizeitaktivitäten nachgeht. Freibad- und Hallenbadbesuche, Puzzeln, Legotechnik, Filme schauen sind zudem Aktivitäten, denen man auch alleine nachgehen kann.

Lediglich das Weggehen mit Freunden ins Kino und in Discos sind Indizien dafür, dass er auch Unternehmungen mit anderen macht. Unternehmungen, die Überlegungen, Pläne und Kreativität voraussetzen würden, kommen bei ihm kaum vor.

Gesundheit

In Deutschland sind manche medizinischen Behandlungen an hohe Folgekosten geknüpft, die keine Krankenkasse übernimmt. An dieser Stelle tritt die Bezeichnung der sogenannten „Zweiklassenmedizin“ berechtigterweise auf den Plan. Gerade Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen können sich solche Leistungen nicht oder nur schwer leisten und sind somit extrem benachteiligt. So verändert sich vor dem Hintergrund des Aspekts der Gesundheit die Einschätzung des ausreichend vorhandenen ökonomischen Kapitals für Herrn Hafner. Er und seine Eltern scheinen finanziell nicht in der Lage zu sein, ihm eine dringend nötige Zahnbehandlung finanzieren zu können. Diese Aussage ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass in Betrieben der erste - also der äußere – Eindruck ein häufiges Einstellungskriterium darstellt. Hier besteht also noch Handlungsbedarf. Dass Herr Hafner aber in Fällen von Krankheit einen Arzttermin selbstständig wahrnimmt, hat er mir im Rahmen der Netzwerkanalyse berichtet. So ist hier davon auszugehen, dass wohl vielmehr der Faktor „Finanzen“ eine Hürde darstellt, als das Bewusstsein und der Umgang mit seiner persönlichen Gesundheit.

Wohnen und Zivilkompetenz

Herr Hafner bewohnt eine Einzimmerwohnung mit Kochnische. Das setzt hohe Selbstständigkeit voraus, was ihm – zumindest außer beim Kochen – zu gelingen scheint. Da seine Eltern nur etwa fünf Kilometer weiter weg wohnen und für ihn die wichtigsten Ansprechpartner sind, ist davon auszugehen, dass er häufig dort mitversorgt wird. So sagte er mir bei der Durchführung der Netzwerkanalyse, dass er häufig mit dem Hund seiner Eltern unterwegs sei.

Von seinen Eltern erhält er neben finanzieller Unterstützung auch Beistand bei allen formalen Unterlagen und Bewerbungen, die zu tätigen sind (VGL. A1 669ff). Es kann festgehalten werden, dass es sich bei Herrn Hafner wohl eher nur um eine relative Selbstständigkeit handelt, über die er verfügt.

Kommentar

Herr Hafner kann auf ein kleines aber scheinbar gut funktionierendes soziales Netzwerk zurückgreifen. Anhand der vorliegenden Daten kann gesagt werden, dass dies sein Kapital ist, auf das er sich verlassen kann. Ohne seine Eltern wären seine finanziellen Ressourcen noch knapper. Somit ist es ihm möglich dieses Sozialkapital in Teile ökonomischen Kapitals umzuwandeln. Auch würde er ohne die Unterstützung seiner Eltern in Formalien und Anträgen und ohne deren objektivierte Ressourcen, wie Computer und Zeitung (VGL. 717f), in Sachen Arbeitssuche ziemlich alleine dastehen. Auch bei der Erstellung von Bewerbungen ist er auf deren Hilfe angewiesen. Darüber hinaus scheint er auch in anderen Bereichen unselbstständig bzw. ideenlos zu sein (Verpflegung und Freizeitaktivitäten), was er wiederum, teilweise durch die Unterstützung der Eltern, kompensieren kann, und was ihn nicht wirklich in seinem Leben hindert, aber in Bezug auf eine berufliche Eingliederung eher wenig von Vorteil ist. Da diese ihm aber bekanntermaßen in langanhaltender Form immer verwehrt blieb, stellt die AGH für ihn eine Chance dar, in der er sich bewähren kann. Alleine das Bewusstsein, ein Jahr (bei der „AGH zum Führerschein“ ist die Verlängerung der Maßnahme eigentlich nur Formsache und obligatorisch) einer „sicheren“ Tätigkeit nachgehen zu können, ist für sein Selbstbewusstsein förderlich, erstens was seine bisherige Negativkarriere hinsichtlich Arbeit und zweitens, was seine eigenen Fähigkeiten anbelangt.

6.3.2 Kapitalausstattung und Teilkarrieremuster von Frau Pannek

Ökonomisches Kapital / Teilkarrierebereich Finanzen

Frau Pannek kommt mit den Einnahmen des ALG 2 und der Mehraufwandsentschädigung monatlich gut aus. Sie hat schon von klein auf gelernt zu sparen (VGL. 3299f). So spart sie sich z.B. Geld an, um sich davon ein Sofa leisten zu können (VGL. 3294). Frau Pannek ist froh, durch die AGH ein bisschen mehr Geld übrig zu haben.

Aus den Daten geht nicht hervor, wie vermögend ihre Eltern sind. Jedoch scheinen die Mittel, die zur Verfügung stehen aufgrund der Trennung ihrer Eltern und der anschließenden Migration nach Deutschland gemeinsam mit ihrer Mutter (die dann als Arbeiterin in einer Flaschenfabrik erwerbstätig ist), nicht allzu groß zu sein. Durch Ferienjobs im Sommer verdiente sich Frau Pannek jährlich ein paar Euro dazu, was dafür spricht, dass sie damals nicht im Überfluss lebte. In der AGH wirkt sie heute

zufrieden mit dem finanziellen Dazuverdienst, so dass der Eindruck entsteht, dass es für sie kein Problem ist, mit so wenig Geld im Monat auszukommen. Ihr geringes ökonomisches Kapital scheint Frau Pannek persönlich vor keine Sorgen zu stellen. Sie hat vermutlich schon früh gelernt, mit wenig Geld auszukommen.





Kulturelles Kapital / Teilkarrierebereich Bildung/Beschäftigung

Der Marktwert des Schulabschlusses von Frau Pannek kann als nur sehr gering angesehen werden. Ein Hauptschulabschluss, wie wir in Kapitel 2 gesehen haben, ist heutzutage ziemlich wertlos, wenn danach nicht ein Ausbildungsplatz gefunden wird. Dadurch, dass ihre Eltern einfachen beruflichen Tätigkeiten nachgehen (LKW-Fahrer und Fabrikarbeiterin), ist das kulturelle Kapital aufgrund vermuteter geringer ökonomischer Ressourcen und mangelnden objektivierten Kulturkapitals als eher gering einzuschätzen. Dies erschwert den Einstieg in das Arbeitsleben.

Jedoch bieten sich Frau Pannek auch Chancen in Bezug auf Beschäftigung und Arbeit. So berichtet sie davon, eine Ausbildungsstelle in einem Schmuckgeschäft zugesagt bekommen zu haben, bei dem sie während der begonnenen AGH-Maßnahme ein einwöchiges Praktikum absolvierte. Doch dieses Verhältnis einzugehen, sagte ihr nicht zu (VGL. 3093-3110).

Ergebnis der Netzwerkanalyse von Frau Pannek

Farblegende:

-  Familie
-  Freunde
-  Bekannte
-  Ämter / Einrichtungen

Kategorie (1 = hoch)	Person / Alter / Tätigkeit	Begründung	Kontakthäufigkeit	Entfernung
1	Vater (55) <i>LKW-Fahrer</i>	Hatte früher viel Zeit für sie; Ihr Liebling	~ 3 Jahre	Kasachstan
	Ehemann (21) <i>Azubi</i> <i>Industriemech.</i>	Über alles reden; Vertrauen; Ihr Liebling	Täglich	0
	Schwester (29) <i>Aushilfsjob</i>	Gut verstehen; Ihr Liebling	Täglich Telefon, Internet	>200km

2	Schwester (31) <i>FH-Reife</i>	Schwester; aber häufiger Streit	~ 2 Monate	>200km
	Freundin <i>div. Schulen</i>	Beste Freundin	Häufig Internet, Telefon	>200km
	Kinder der Schwestern (2)	„Glück Tante geworden z.s.“	s. Schwestern	>200km
3	Mutter <i>Fabrikarbeiterin</i>	Häufig Streit	1x Monat	>200km
	Tante <i>Hausfrau</i>	Lieblingstante	Selten	>200km
	Kumpel <i>Ausbildung</i>	Beste Kumpel	Ab und zu Telefon, Internet	>200km
4	3 Kumpels <i>Arbeitslos, Bundeswehr</i>	Kumpels des Ehemanns	Häufig	Umgebung
	EDV- Lehrer	Gut klargekommen; Ratgeber	Briefkontakt	>200km
5	Großmütter			>200km
	Lehrer	nett	Kein Kontakt	>200km

Abb.7 Soziales Netzwerk Frau Pannek

Soziales Kapital / Teilkarrierebereich Beziehungen

Frau Pannek nennt in der Netzwerkanalyse an erster Stelle drei Personen ihrer Familie: den Vater, ihren Ehemann und ihre ältere Schwester. Sie sagt von diesen dreien, dass dies ihre „Lieblinge“ seien. Zu ihrem Vater besteht fast kein Kontakt. Sie sieht ihn nur etwa alle 3 Jahre. Der telefonische Kontakt ist auch eingeschränkt, weil dieser in Kasachstan als LKW-Fahrer unterwegs ist. Frau Pannek erzählt, dass ihr Vater früher viel mit ihr gemacht habe, z.B. habe er mit ihr in der Garage viel an Fahrzeugen herum geschraubt. Ihr Ehemann, der noch in Ausbildung ist, ist eine weitere Vertrauensperson mit gleichem Rang, wie ihre Schwester. Mit dieser hat sie trotz räumlicher Entfernung häufigen Kontakt und versteht sich im Gegensatz zu ihrer ältesten Schwester gut mit ihr. Letztere kommt jedoch auch schon an zweiter Stelle ihres Netzwerks, ebenso wie ihre beste Freundin. Es kann hier schon festgehalten werden, dass die Familie einen hohen Stellenwert bei der 19-jährigen einnimmt. Lediglich ihre Mutter, mit der sie häufig Streit hat, folgt erst auf Position 3. Aber dieser Tatbestand scheint kein Kriterium zu sein, ihre Mutter aus ihrem Bezugskreis

auszuschließen. Sie spielt vermutlich noch eine bedeutende Rolle in ihrem Leben. Dennoch belasten sie diese innerfamiliären Streitigkeiten. Sie setzt es mit einem „Chaos“ in ihrem Leben gleich (VGL. 3537ff). An den Positionen 4 und 5 nennt sie die Kumpels ihres Freundes, das sind die Personen mit denen, vermutlich bedingt durch die räumliche Nähe, ein enger Kontakt besteht, der aber nicht an die Freundschaften ihres besten Kumpels (Pos. 3) und ihrer besten Freundin herankommt. Ihren Vater, der für sie ihr „Engel“ ist (VGL. 3544), vermisst sie sehr, weil sie ihn seit der Trennung ihrer Eltern nur etwa drei Mal gesehen hat. Dadurch dass sie mit ihm nur wenig Kontakt hat, scheint sie diesen schon seit ihrer frühen Jugend durch vermehrten Kontakt mit dem männlichen Geschlecht zu kompensieren. So habe sie früher mehr mit Jungen zu tun gehabt als mit Mädchen, wie sie sagt (VGL. 3221ff). Die Männerfigur, die ihr räumlich durch ihren Vater verlorengegangen ist, scheint sie deshalb auch heute noch bei erfahrenen Männern zu suchen, die ihr einmal im Leben das Gefühl von Sicherheit gegeben haben. So führt sie noch zwei ehemalige Lehrer unter Pos3 /4 an. Mit einem davon hat sie in vergangener Zeit sogar versucht Briefkontakt aufzunehmen. Es scheint so, als versuche sie solche Berater in ihrem Leben zu erhalten, ja als wäre sie weiter auf der Suche danach, verlorengegangenes Sozialkapital durch andere – ernste – Kontakte kompensieren zu wollen.

Wenn man unter diesem Blickpunkt ihr soziales Netz betrachtet, ist es auffällig, dass sie kaum über Personen verfügt, die ihr in Bezug auf Arbeit Ratschläge erteilen könnten, weil viele selbst in instabilen bzw. noch nicht stabilen Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen stehen. Deshalb begibt sie sich auf die Suche nach bewährten Experten, auch wenn diese räumlich kaum erreichbar sind, so zumindest lässt sich der versuchte Briefkontakt zu ihrem ehemaligen EDV-Lehrer deuten.

Teilkarrierebereiche

Freizeit

Frau Pannek geht vor allem aktiv-kreativen Freizeitbeschäftigungen nach. Sie begeistert sich hauptsächlich für bewegungsintensive Aktivitäten, wie Rad fahren, Schwimmen und Tanzen, aber auch geselligen Tätigkeiten wie Grillen, Kochen und Feiern. Mit ihrem Mann und dessen Freunde verbringt sie auch viel Zeit. Besondere Auffälligkeiten sind in diesem Teilkarrierebereich nicht wahrzunehmen.

Gesundheit

Hier wurden keine erwähnenswerten Informationen bekannt.

Wohnen

Frau Pannek bewohnt gemeinsam mit ihrem Mann eine Zwei-Zimmerwohnung. Dort fühlen sich beide wohl, insbesondere weil sie zuvor etwa drei Monate bei den Eltern des Mannes auf beengtem Wohnraum gelebt haben (VGL. 2872-2888).

Zivilkompetenz

Wer Behördengänge und Anträge aller Art verwaltet, geht aus den vorliegenden Daten nicht hervor.

Kommentar

Wenn man Frau Panneks Daten betrachtet, könnte man den Eindruck gewinnen, dass diese über wenig, aber doch gleichmäßig verteilte Ressourcen innerhalb der drei Kapitalsorten verfügt. Das hat zur Folge, dass kaum ein Austausch zwischen diesen Bereichen möglich ist. Besonders ihr soziales Kapital beschränkt sich auf wenig ressourcentragende Beziehungen. Wenn Ansätze dafür vorhanden sind, dann sind diese zu vage und instabil, aufgrund räumlicher Entfernungen. Demzufolge muss davon ausgegangen werden, dass die Eingliederung in Arbeit – und damit ist nicht nur gemeint einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen, sondern Chancen auf einen langanhaltenden Arbeitsplatz durch persönliche Qualifikation zu erhalten - aufgrund der persönlich vorhandenen Ressourcen nur schwer gelingen wird. Diese wenig euphorische Prognose wird noch durch ihren ihr innewohnenden persönlichen Problemumgang, der Unsicherheit und Tendenz, sich den Schwierigkeiten nicht zu stellen, sondern diese zu meiden, verstärkt. Besonders deutlich kam diese Haltung zum Ausdruck, als Frau Pannek leichtfertig zwei kurz bevorstehende institutionelle Kulturtitel (Realschulabschluss und Führerschein) aufgrund privater Probleme aus der Hand gegeben hat.

6.3.3 Kapitalausstattung und Teilkarrieremuster von Frau Reuter

Ökonomisches Kapital / Teilkarrierebereich Finanzen

Frau Reuter: „...kam halt mein Sohn dazu, (I: Ja, ja) was ich auch ganz schön finde, aber eben halt das Finanzielle ist halt das Ursprüngliche, dass man da halt zu wenig zur Zeit hat“ (S.1160-1162).

Frau Reuters Schilderung bringt den Zustand ihres ökonomischen Kapitals auf den Punkt. Die finanzielle Situation hat sich durch die Geburt ihres Sohnes immens verschlechtert, so dass das Geld nur noch dafür ausreicht, die Grundbedürfnisse zu

decken. Darüber hinaus besteht aber kein Spielraum, um für ihr Kind notwendige Kleidung, Spielzeug o.Ä. zu kaufen (VGL. 1915-1919).

Frau Reuter bezieht Elterngeld, das sich zu 67% aus ihrem letzten Nettoeinkommen bei der Arbeit in dem privaten Pflegedienst in S-Stadt und einem Unterhaltsvorschuss zusammensetzt. Weil sie damit aber unter den Hartz IV-Satz rutscht, konnte sie aufstockendes ALG 2 beantragen. Für sie und ihr Kind stellt das aber eine enorm geringe Summe dar. Aufgrund dieser knappen Finanzlage hat sie es letzten Endes auch geschafft, diese AGH-Stelle zu bekommen, um sich dadurch ihren Führerschein zu finanzieren. Frau Reuter gibt an, früher (als sie noch kein Kind hatte) stets gut mit ihrem Geld ausgekommen zu sein. So ist auch davon auszugehen, dass sie das Geld, das sie bei Privatgläubigern (VGL. 1934f) geliehen hat, bedenkenlos zurückzahlen wird, wenn finanziell bessere Zeiten anbrechen.

Ökonomisches Kapital gibt es bei ihr zurzeit nicht.

Kulturelles Kapital / Teilkarrierebereich Bildung/Beschäftigung

Frau Reuter ist eine AGH-Teilnehmerin, die über vergleichsweise viel Kulturkapital verfügt. Besonders die *institutionellen Titel* sind bei ihr von großem Wert. In einer Eisenbahnerfamilie groß geworden, hat sie es zudem geschafft, sich aus einer prekären Familiensituation hochzuarbeiten. Sie verfügt über den Fachhochschulabschluss, eine abgeschlossene Ausbildung und nicht zuletzt den Realschulabschluss. Das Kulturkapital das sie von zuhause mitbekam scheint bedingt durch die prekäre Lage in der Familie nicht viel wert zu sein. Jedoch kann an dieser Stelle auch nicht beurteilt werden, welche Verhältnisse vor Eintritt der schwierigen Lage vorherrschten. Ihre Kämpfermentalität hat sie aber vermutlich erst in der Folge dieser prekären Situation zuhause entwickelt. Diese stellt, wie wir gesehen haben, eher einen erlernten Umgang mit dieser Problemlage dar, die mit der Übernahme von Verantwortung für ihre beiden Schwestern entstanden ist. Frau Reuter bestätigt diese Aufwärtsentwicklung in ihrem Leben, indem sie sagt: „...ich hab schon aus meinem Leben irgendwo doch was, (*bestimmt*) doch was gemacht!“ (1871) und des Weiteren sagt sie, „was ich bisher mir in Kopf gesetzt habe, ich hab meine Schule geschafft, ich hab mein... Fachhochschulabschluss geschafft, was mir auch keiner zugetraut hat“ (1857ff). Aus gering vorhandenen Kapitalressourcen hat sie sich ein ansehnliches Kulturkapital angehäuft, d.h man kann sagen, sie hat das Beste daraus gemacht.

Auf der anderen Seite trauert sie aber auch noch nicht erlangtem Kulturkapital hinterher. Im Interview macht sie das mehrfach an der Aussage deutlich, dass sie zum Beispiel die englische Sprache nie richtig erlernt habe (VGL. 1776f).

Anzeichen des *mangelnden Kulturkapitals* das sie durch ihr Elternhaus mitbekommen hatte, könnte auch die ungeplante Schwangerschaft mit 18 Jahren sein. Dass zu diesem Zeitpunkt auch soziale Netze nicht gegriffen haben (VGL. 2259-2264) könnte an deren Größe liegen, zumindest wenn wir von ihrem heutigen Netzwerk ausgehen (s. u.).

Soziales Kapital / Teilkarrierebereich Beziehungen

Der zweijährige Sohn und der 24-jährige Lebensgefährte stellen die wichtigsten Bezugspersonen für Frau Reuter dar. Sie umgeben sie jeden Tag (der Sohn ist tagsüber bei einer Tagesmutter). Neben diesen beiden männlichen Familienmitgliedern folgen auf Ebene 2 ihre beiden Schwestern, die Mutter ihres Freundes, die 75-jährige Nachbarin und die Mitarbeiterin der Familienbildungsstätte X-Stadt. Die enge Beziehung zu ihren Schwestern begründet Frau Reuter damit, dass sie selbst beiden schon sehr viel Unterstützung im Leben gegeben hat. Es erweckt den Eindruck, als wären ihre Schwestern nach wie vor von ihr abhängig. Besonders zu ihrer jüngeren Schwester verbindet sie eine besondere Beziehung, weil sie diese groß gezogen hat und diese ihr dabei „ans Herz gewachsen ist“, wie sie selbst sagt. Sie sei auch heute noch eine Art „Mutterersatz“ für diese, fügt sie hinzu. Deswegen müsste sie eigentlich auch auf Stufe 1 stehen, jedoch verhindere das die räumliche Distanz. Tägliche Telefonate unterstreichen diese enge Verbindung. Frau Reuters zweitjüngste Schwester ist ihr im Jahr 2009 nach X-Stadt hinterher gezogen, weil sie sich davon Unterstützung beim Großziehen ihres neugeborenen Babys erhofft.

Zur Mutter ihres Partners hat Frau Reuter zunehmend engeren Kontakt und berichtet, dass sie mit dieser über alles reden könne. Jedoch sei es zurzeit nicht ganz einfach. Aber die bisherige räumliche Distanz würde sich demnächst ändern, weil diese ebenfalls nach Süddeutschland ziehen werde.

Eine für ihr Kind wichtige Bezugsperson stellt ihre Nachbarin dar. Frau Reuter pflegt zu ihr eine herzliche und auf Gegenseitigkeit beruhende nachbarschaftliche Beziehung. Allerdings vertraut sie ihren Sohn dieser Frau nicht an, ohne dass sie nicht dabei ist.

Für die Begleitung zu Behörden, Ämtern und Arztterminen, aber auch bei Fragen diesbezüglich, kann Frau Reuter auf die Leiterin der Krabbelgruppe der FBS zurückgreifen, sofern Bedarf dazu besteht. Deswegen spielt diese Frau eine wichtige Rolle im Alltag für sie.

Auf Position 3 folgt ein Anleiter des TüWerks, der ihr, wie sie sagt, viele Tipps geben und auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen könne. Sie scheut sich auch nicht, mit ihm über persönliche Probleme zu reden und findet so im Rahmen der AGH auch guten Kontakt zum Personal.

Mit einer AGHlerin, die mit ihr im TüWerk arbeitet, trifft Frau Reuter sich gelegentlich auf dem Spielplatz, wo ihre Kinder miteinander spielen können.

Auf Ebene 5 positioniert die 26-jährige AGHlerin drei ihrer Freunde. Durch die enorme räumliche Distanz mitbegründet (BaWü – NordD), habe sie aber kaum Energie, um sich mit diesen zu unterhalten. Generell bestätigt Frau Reuter einen Zusammenhang zwischen der Nähe und Intensität der Beziehungen. So sei die Kontakthäufigkeit und Zeit ausschlaggebend für den Rangplatz.

Der Maßnahmeteilnehmerin ist es wichtig, dass sich alle Familienmitglieder miteinander verstehen. Dieser Harmoniebedürftigkeit wird etwas getrübt dadurch, dass ihre zweitjüngste Schwester sich nicht gut mit dem Partner von Frau Reuter versteht.

Es fällt auf, dass Frau Reuters soziales Netzwerk viel Kraft und Energie erfordert. So wird der Eindruck erweckt, dass ihre beiden Schwestern nach wie vor in vielen Lebensfragen von ihr abhängig sind, was ihr einerseits ein Gefühl des Gebrauchtwerdens vermittelt, zum anderen aber auch viel Zeit, Kraft und Geduld kosten kann. Mit welcher Erwartung die Schwiegermutter in spe nach Süddeutschland zieht, ist hier noch nicht zu sagen. Die angedeuteten gelegentlichen Schwierigkeiten mit ihr könnten das soziale Netzwerk mehr ins Wanken bringen, als es zu stabilisieren. Verlässliches soziales Kapital in Bezug auf Arbeit scheint es hier, abgesehen von dem Mitarbeiter des TüWerks, nicht zu geben. Es bleibt die Frage, ob dieser Kontakt nach der AGH noch aufrechterhalten werden kann, oder ob Frau Reuter mit ihrem leidenschaftlichen Kämpfergeist dabei keine große Unterstützung benötigen wird. Dass sie das schafft, ist ihr zuzutrauen. Jedoch deuten die Daten darauf hin, dass Frau Reuters Netzwerk eine Person mit *qualitativ hochwertiger Beziehung*, außer der ihres Partners, vermissen lässt. In Bezug auf Arbeit kann ihr

dieser aber vermutlich keine große Hilfe anbieten, weil er sich selbst noch in Ausbildung befindet.

Ergebnis der Netzwerkanalyse von Frau Reuter

Farblegende:

- Familie
- Freunde
- Bekannte
- Ämter / Einrichtungen

Kategorie (1 = hoch)	Person / Alter / Tätigkeit	Begründung	Kontakthäufigkeit	Entfernung
1	Sohn (2)	Eigenes Kind Steht ganz nah Gefühlsebene	täglich	0
	Partner (24) <i>Azubi</i> <i>Einzelhandels- kaufmann</i>	Steht ganz nah Gefühlsebene	täglich	0
2	Schwester (17) <i>Azubi</i> <i>Hotelfachfrau</i>	Ans Herz gewachsen Hat sich seit klein um sie gekümmert; Mutterersatz	Täglich Telefonat Treffen 2x im Jahr	>200km
	Schwester (21) <i>Restaurant- fachfrau</i>	Ist ihr (Fr. Reuter) hinterher gezogen, zur Unterstützung weil sie Kind bekommt; Kommt mit ihrem Partner nicht klar	Selten, aufgrund von momentaner Stimmung	~20km
	Schwieger- mutter in spe (~50)	Ist ihr sehr wichtig geworden Über alles reden, Bezugsperson	Telefonat mehrmals die Woche Treffen alle 3 Monate	>200km
	Nachbarin (75)	Ist immer für Sohn da; gegenseitige Hilfe bei Sorgen	Mehrmals die Woche	Gleiches Haus
	Leiterin (40) Krabbelgruppe <i>FBS*</i>	Unterstützung bei Ämterfragen, Arztbesuche	Wenn Bedarf	

3	Mitarbeiter <i>Anleiter</i>	Tipps, Reden über Probleme, hat viel Erfahrung	Bei der Arbeit	
	Mitarbeiterin <i>AGH</i>	In Freizeit gemeinsam mit Kindern Zeit verbringen	Ab und zu außerhalb der Arbeit	
4	-	-	-	-
5	Drei Freunde (18; 22; 25)	Keine Zeit; kaum Kontakt, räumliche Distanz	Selten	>200km

Abb.8 Soziales Netzwerk Frau Reuter

*FBS=Familienbildungsstätte

Teilkarrierebereiche

Freizeit

Dadurch dass sich Frau Reuter in ihrer freien Zeit um ihren Sohn kümmern muss, bleibt ihr kaum Zeit für Freizeitaktivitäten. Früher ging sie noch Sportaktivitäten nach. Sie würde sich wünschen, Schwimmen zu gehen, Fahrrad und Inlineskates zu fahren, aber auch kulturelle Orte zu besuchen, wie ins Kino, Theater und Musicals zu gehen und sich mit Freunden zu treffen (VGL. 1793ff).

Es wird deutlich, dass Frau Reuter einen Ideenreichtum besitzt, was ihre Freizeitgestaltung anbelangen würde, müsste sie sich nicht um ihr Kind kümmern. Doch selbst mit ihrem zweijährigen Sohn gehen ihr die Ideen nicht aus. So gibt sie an, mit ihm auf den Spielplatz zu gehen, gerne zu kochen und gemeinsam Freunde und Verwandte zu besuchen. Wie wir aber oben gesehen haben, beschränkt sich der Kreis ihrer sozialen Kontakte zurzeit auf einige wenige Personen.

Gesundheit

Frau Reuter hat während ihrer Elternzeit einen Bandscheibenvorfall erlitten, der sie in ihrer beruflichen Planung einschränkt. So ist eine Tätigkeit im Altersheim faktisch ausgeschlossen und es kommen für sie nur Stellen infrage, an denen keine Schwerstpflegefälle versorgt werden müssen. Dadurch existiert das Problem, dass in ihrer Berufssparte für sie eine geringere Auswahl an potentiellen Stellen entsteht.

Wohnen

Frau Reuter wohnt mit ihrem Lebensgefährten in einer 50m² umfassenden Dreizimmerdachgeschosswohnung in einem Mehrfamilienhaus. Dort hat sie auch Kontakt mit der o.g. 75-jährigen Nachbarin.

Zivilkompetenz

Frau Reuter bekommt auf Anfrage Unterstützung durch eine Mitarbeiterin der Familienbildungsstätte beim Ausfüllen von Anträgen, sofern sie dabei Hilfe benötigt, oder wenn sie jemanden braucht, der auf ihren Sohn aufpasst, solange sie sich bei Arztbesuchen befindet. Hätte sie mehr Zeit, könnte Frau Reuter diese Aufgaben vermutlich auch alleine tätigen.

Kommentar

Frau Reuters momentanes Leben ist stark auf ihren zweijährigen Sohn fixiert. Alle Gedanken und zukünftigen Planungen kreisen um das Wohl ihres Kindes. Deswegen plant sie jeden Schritt ihrer beruflichen Zukunft sorgfältig, weil sie sich nicht mehr in die finanzielle Abhängigkeit vom Jobcenter begeben möchte. Ihr Ziel besteht darin, nach dem Ende ihrer Elternzeit im Sommer 2010 wieder eine Arbeit oder irgendeine Tätigkeit gefunden zu haben (VGL. 2314). Dass sie sich dabei verschiedenste Dinge vorstellen kann, zeigt die Passage 1381-1398. So ist, angefangen beim Job im eigenen Beruf oder einer etwaigen Umschulung bis zu einem möglichen Studium, der Vorstellungskatalog noch sehr groß (VGL. EBD.). Das Kulturkapital ist bei ihr also in ausreichendem Maße vorhanden. Die angehäuften Bildungstitel stellen rein theoretisch genügend Kapital dar, um auf dem Arbeitsmarkt Chancen zu bekommen. Praktisch gesehen, muss jedoch eher ihr erlernter Beruf als Risiko angesehen werden, da soziale Berufe in der Regel schlecht bezahlt sind und somit der Transformationsprozess von institutionalisiertem Kulturkapital in ökonomisches Kapital sich häufig nicht entsprechend der dafür investierten Zeit (Ausbildungsdauer Familienpflegerin: 4 Jahre) auszahlt. Ob damit ihr vorhandenes ökonomisches Defizit ausgeglichen werden kann, bleibt vor dem Hintergrund, dass sie ein Kind zu versorgen hat, fraglich.

Zu vermuten ist des Weiteren, dass ihre Schwestern und ihre engsten Anvertrauten aus ihrem sozialen Umfeld Frau Reuter nicht so viel Kulturkapital zurückgeben können, wie sie ihnen selber an Unterstützungsleistung mitgibt. Auf lange Sicht könnte das zu einer ungleichen Beziehung führen, die dadurch geprägt ist, dass die

für eine Beziehung erforderlichen Austauschprozesse entweder nicht stattfinden oder nicht in der entsprechend nötigen Qualität. Damit könnte dieses Sozialkapital verlorengehen.

Für Frau Reuter besteht die Schwierigkeit, dass dort, wo ihr vorhandenes Kapital umwandelbar wäre, der Transformationsprozess aufgrund anderer nicht in ihrer Macht stehenden Faktoren nicht gelingt.

6.3.4 Zusammenschau der Analysen

Aus den Daten wird sichtbar, dass die Maßnahme der Arbeitsgelegenheiten von Personen absolviert wird, die sich einerseits stark durch ihre beruflichen Voraussetzungen, Erfahrungen und Werdegänge und andererseits in ihren individuellen Kapital- und Merkmalsausstattungen unterscheiden.

Allen Personen ist jedoch gemein, dass sie nur mit geringem ökonomischem Kapital ausgestattet sind. Nicht umsonst sind diese Personen auf die Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Ein finanzieller Rückhalt scheint maximal bei Herrn Hafner in Teilen gegeben (VGL. 6.3.1; Finanzen / Gesundheit).

Beim kulturellen Kapital lassen sich jedoch Gegensätze erkennen. So ist Frau Reuter mit ausreichend Kapital ausgestattet. Ihr Weg in die Maßnahme ist auch von einer anderen Motivation geprägt, als bei den nur mit wenig Kulturkapital ausgestatteten Interviewpartnern. Während letztere mehr oder weniger in die AGH vermittelt wurden, weil sie aufgrund von Arbeitslosigkeit im Status des / der Arbeitsuchenden dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen mussten, waren es die Eigenbemühungen von Frau Reuter, die sie zu der Maßnahme führten, weil sie dabei das konkrete Ziel „Erwerb des Führerscheins“ erreichen und damit ihre persönlichen Chancen zur Erlangung eines Arbeitsplatzes verbessern wollte.

Alle sozialen Netzwerke beschränken sich auf relativ überschaubare Ressourcen, so dass eigentlich alle Teilnehmer darin dieselben ungünstigen Voraussetzungen vorfinden. Beziehungen mit qualitativ hochwertigem Charakter lassen sich nur wenige ausmachen. Gerade in Zeiten, die durch die ständige Ungewissheit geprägt sind, wie es zukünftig weitergehen soll, wo sich der Einzelne nie sorglos zurücklehnen kann, was den beruflichen Werdegang anbelangt, sind solche engen Kontakte nahezu unverzichtbar. Jedoch bringt hier jeder der Befragten andere Merkmale mit ins Spiel, die er im Laufe seines jungen Lebens in sich gefestigt hat. Es ist davon auszugehen, dass diese erlernten Formen des Umgangs mit Problemlagen

in hohem Maße die individuelle Belastbarkeit bestimmen. Sofern also z.B. Herrn Hafners fröhliche Grundstimmung und Beharrlichkeit nicht über seinen innersten Gefühlszustand hinwegtäuscht, ist diese als bedeutende Strategie anzusehen, um die vorhandenen Belastungen kompensieren zu können. Dass dies letzten Endes jedoch wieder auf einen stabilen Rückhalt zurückzuführen wäre, könnte für Herrn Hafners kleines soziales Netzwerk sprechen.

Im Bereich der Teilkarrieren gibt es nur wenige auffällige Merkmale. Dennoch sollen diese kurz zusammengefasst dargestellt werden:

Finanzen

Alle Teilnehmer machen den Eindruck, im Umgang mit Geld gewissenhaft vorzugehen.

Ausbildung/ Beschäftigung; Beziehungen

Diese beiden Bereiche wurden oben bereits ausführlich dargestellt und bedürfen keiner weiteren Betrachtung.

Freizeit

In diesem Teilkarrierebereich lassen sich keine Besonderheiten erkennen, die eine berufliche Eingliederung hemmen würden.

Gesundheit

Äußere Nachlässigkeiten könnten Herrn Hafners berufliche Zukunft an zentralen Punkten, dem Vorstellungsgespräch oder der Arbeitserprobung, die Stelle kosten. Dass eine dentale Behandlung notwendig wäre wurde in (6.3.1; Gesundheit) bereits näher beschrieben. Ebenso wurden die Folgen des Bandscheibenvorfalles für Frau Reuter dargestellt. Evident ist, dass gesundheitliche Probleme oder eine Vernachlässigung der Körperpflege in bestimmten Bereichen auf die berufliche Eingliederung einen großen Einflussfaktor darstellen.

Wohnen

Auch die Wohnverhältnisse bieten keine großen Anknüpfungspunkte, um daraus Konsequenzen für die Eingliederung in Arbeit abzuleiten.

Zivilkompetenz

Der Umgang mit Anträgen, Verwaltungsaufgaben, usw. stellt durchaus ein Hindernis für AGH-Teilnehmer dar. Frau Reuter holt sich dazu gerne Unterstützung von der FBS, während Herr Hafner auf die Hilfe seiner Eltern zurückgreift.

Ohne einen gesonderten Blick auf die Aussagen der Teilnehmer zu werfen, was die Maßnahme der Arbeitsgelegenheiten anbelangt, können aus den dargestellten vielschichtigen Informationen nur schwer allgemeingültige Tendenzen gerade in Bezug auf die AGHs abgeleitet werden.

Deshalb sollen diese im Folgenden noch näher betrachtet werden.

6.4 Vergleichende Analyse in Bezug auf die Bewertung von AGHs

Wie die Maßnahme der Arbeitsgelegenheiten von den Teilnehmern erlebt wird, kam bisher nur am Rande zur Sprache. Vielmehr standen ihre persönlichen Vorbedingungen im Vordergrund, die letzten Endes auch zur Vermittlung in die AGH zur Eingliederung in Arbeit geführt haben.

Deshalb soll im Folgenden ein Blick auf die wesentlichen Aussagen der AGHler über das TüWerk geworfen werden.

Alle drei Teilnehmer erleben das Klima im TüWerk als vorteilhaft. Jeder konnte dem Personal und den Mitarbeitern einen guten und angenehmen Umgang bescheinigen. Auch mein persönlicher Eindruck bestand darin, dass ein übergreifender Austausch über alle Gewerke stattfand, und eine gute Stimmung herrschte. Zwei der Teilnehmer äußern, dass es ihnen Spaß mache, im TüWerk ihrer Tätigkeit nachzugehen. Frau Reuter (VGL. 2082) hat das Gefühl, dass sie sich weiterentwickeln und gerade im handwerklichen Bereich neues dazulernen kann und dabei auch ihre Kreativität ein Stück weit ausleben kann. Herr Hafner empfindet es als positiv, dass sich ihm im TüWerk die Möglichkeit bietet schon mal Gelerntes wieder auffrischen zu können. (VGL. 743-749). Generell zufrieden ist dieser auch, weil er, wie bereits angedeutet, dadurch die Chance zu arbeiten bekommt und nicht nur „daheim dumm herum sitz[t] oder halt nix mach oder halt bissle puzzle[t]...“ (730f). Zudem freut er sich, einem geregelten Tagesablauf nachgehen zu können und dadurch Struktur in sein von häufiger Arbeitslosigkeit geprägtem Leben zu bekommen. Während - wie gesehen - die Arbeitsinhalte für Frau Reuter und Herrn Hafner im Rahmen der AGH motivierend sind, bedeutet die Arbeitsgelegenheit für Frau Pannek hauptsächlich Abwechslung zum häuslichen Alltag zu finden und dabei ein paar Euro mehr im Monat zur

Verfügung zu haben. So kann sie in der Büroarbeit (was ja ihrem Wunschberuf entspricht) abwechslungsreicheren, bekannten und deshalb sie wenig beanspruchenden Tätigkeiten nachgehen. Dies bestätigt sich in ihrer Aussage, dass sie in der Maßnahme bisher nichts Neues gelernt habe (VGL. 3364 f). Dass sie das nicht groß zu stören scheint, zeigt sie durch ihre anschließende Antwort auf die Frage, was sie sich von der Maßnahme denn versprochen hätte: Sie sei mit keiner Erwartung in die AGH gekommen (VGL. 3376-3379).

Auffällig ist, dass sich alle Teilnehmer von „dem faulen unmotivierten Arbeitslosen“ abgrenzen.

Herr Hafner:

„...dass man dene zeigen kann, dass ich daran ein Interesse zeig, dass ich die Arbeit auch schätze (I:Mhm). Wo dann einer sagt, nö ich bleib lieber auf meiner faulen Haut daheim liegen“ (1040ff).

Frau Pannek:

„...also ich hab jetzt ungefähr 100€ im Monat mehr na (I:Mhm), und da ich sie ja nicht so dringend brauche könnte ich genauso zu Hause sitzen na, könnt auf Arbeitslosengeld 2 sitzen na (I:Mhm), und so denken die anderen Leute auch.“ (3509ff)

Frau Reuter:

„...diese AGH-Maßnahme, find ich wunderbar. Weil dann kann man sehen, ob die Leute wirklich arbeiten wollen oder ob die wirklich sagen, ok ja, ich mach des jetze nur um meine Zeit rumzubekommen. Ich find diese Maßnahmen wirklich gut, da kann man wirklich gucken, wollen die Leute wirklich arbeiten oder wollen se nich...“ (2336ff).

Diese Aussagen unterstreichen die persönliche Motivation der Teilnehmer. Für sie bedeutet eine AGH keine Zwangsmaßnahme, sondern es kann darin ein persönlicher Nutzen gesehen werden.

6.5 Zusammenfassung – Die Bedeutung von AGHs für Betroffene

Ob das eben dargestellte, subjektive Empfinden Allgemeingültigkeit beanspruchen darf, kann an dieser Stelle aufgrund der mangelnden Repräsentativität bezweifelt werden. Diese Einschätzung kann eher den persönlichen Einstellungen der Maßnahmeteilnehmer zugeschrieben werden, die sie aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen einerseits und ihrem erlernten Problemumgang andererseits entwickelt haben. Hier kann es aber auch nicht Ziel sein, solche Ansichten im Sinne einer quantitativen Auswertung zu verallgemeinern. Vielmehr sollten daraus Ideen- und Gedankenimpulse entspringen, die der sinnvollen Weiterentwicklung der Maßnahme dienlich sind.

Für alle befragten Teilnehmer kann also gesagt werden, dass sich die Maßnahme für sie als willkommene Abwechslung darstellt, und dass die Arbeit gelegen kommt: Ist es für Herrn Hafner mehr der Aspekt des „arbeiten dürfen“ – dabei wird die AGH mit regulärer Arbeit verglichen, weil seine persönlichen Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen als nahezu unmöglich angesehen werden - so ist die AGH für Frau Reuter lediglich ein Maßnahmeangebot, das als Sprungbrett für ihre weitere Berufslaufbahn dienen soll. Für Frau Pannek hingegen ist es eine Tätigkeit, die angenommen wird, weil sie zu diesem Zeitpunkt sonst keine Alternative hat, also „arbeitsbiografische Zeiträume“ (JC TÜBINGEN 2004, 11) damit überbrücken möchte. Die Bedeutung der Maßnahme für die Betroffenen lässt sich auch anhand ihrer Zielvorstellungen bestätigen. Herr Hafner hofft, mehr „Glück“ zu bekommen, was die Erlangung einer Arbeitsstelle betrifft (VGL. 804). Dadurch wird einmal mehr sein Selbstbild der Chancenlosigkeit bestätigt.

Frau Pannek in Bezug auf berufliche Ziele:

„...dass es halt nicht so weit von zuhause weg is, und äh,... dass der Job halt äh interessant is, ja. Nich so langweilig“ (3114f).

„Ne Ausbildung dauert drei bis dreieinhalb Jahre und das ist mir schon ein bisschen zu lang, aber mit ner Ausbildung verdient man später mehr und keine Ahnung!“ (3413f)

„...dass ich vielleicht ne Ausbildung oder einen gut bezahlten Job hab, dass der mich auch interessiert, der interessant, der interessant ist,... (3599f).

Frau Pannek hat die Hoffnung, entweder eine Stelle oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Sie entwickelt dabei Vorstellungen, die an überhöhten Zielen festhalten (interessanter, gut bezahlter Job; drei Jahre zu lange), also eher auf „assimilativen Strategien“ (VGL. ROTHERMUND & BRANDSTÄDTER 1997, 122) beruhen.

Frau Reuter wünscht sich - neben ihren weiteren Familienplanungen - im Bereich der Familienhilfe selbstständig machen zu können, finanzielle Stabilität zu erreichen (VGL. 2264-2270) und keine Schulden mehr zu haben. Diese Wünsche setzen an durchaus realistischen Vorstellungen an, weil sie auch das dafür nötige institutionelle Kulturkapital aufweisen kann und ihre Zukunft aktiv reflektiert und plant.

Generell muss aber auch gesehen werden, dass Herr Hafner und Frau Reuter durch die spezielle AGH-Maßnahme (AGH zum Führerschein) auch einen zusätzlichen Anreiz haben, nach dieser Arbeitsgelegenheit über eine bessere Kapitalausstattung zu verfügen, als das bei Frau Pannek der Fall ist. Dies könnte auch dafür

mitverantwortlich sein, dass die beiden insgesamt eine positivere Grundstimmung der AGH gegenüber mitbringen, weil sie für die Bewerbung relevantes institutionalisiertes Kapital vorweisen können, von dem man weiß, dass es dort wesentliches Kriterium sein kann, um in Arbeit zu gelangen. Solange die AGH also direkte Erzeugnisse in Form von institutionellem Kulturkapital abwirft, kann sie als wirkungsvoll bewertet werden. Welchen Nutzen die AGH für Frau Pannek außer der der Ablenkung und Entscheidungsaufschiebung bringen wird, bleibt dagegen abzusehen.

Doch gerade diese 19-jährige junge Frau zeigt, was besser laufen und wo das Personal einer AGH noch mehr ansetzen müsste. Für diese AGHlerin ist eine Ausbildung vorerst in weite Ferne gerückt, weil sie bestehende Chancen nicht annimmt (Ausbildungsplatz im Schmuckladen) und sich völlig unsicher ist, was sie erreichen möchte. Ihr erlernter Problemumgang ist wenig reflektiert und bevorzugt stets einen Weg ohne Reibungsverluste. Solche Personen laufen Gefahr in einer Maßnahmenkarriere zu enden, weil sie mit ihrer Einstellung keinen Schritt weiterkommen.

Der Maßnahme kommt entgegen, dass sich keiner der Teilnehmer bisher in Grenzbereichen der Legalität aufgehalten hat. Kompensationsstrategien wie Gewalt, Delinquenz, Drogenabusus o.Ä. spielen bei den befragten Personen keine Rolle. Das kann ich auch durch meine persönlichen Kontakte im Rahmen meiner Tätigkeit im TüWerk mit diesen Personen bestätigen. So wird deren sozialer Umgang nicht durch erschwerte Rahmenbedingungen beeinträchtigt.

Welche Schlüsse können nun in Bezug auf die Arbeitsgelegenheiten des TüWerks aus diesen Interpretationen gezogen werden? Dies soll nun zum Abschluss dargestellt werden.

7. Reflexion – Konsequenzen für die Weiterentwicklung des TüWerks

Es konnte gezeigt werden, dass der erlernte Umgang mit Problemlagen maßgeblichen Einfluss auf den persönlichen Werdegang hat. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass diese tief verwurzelten Verhaltensmuster und inkorporierten Strategien der Maßnahmeteilnehmer sich in ihrer täglichen Arbeit manifestieren. Gezeigt werden konnte auch, dass viele Teilkarrierebereiche wichtige Informationen über die Hemmnisse einer beruflichen Eingliederung liefern können.

Individuelle Voraussetzungen in Bezug auf Arbeit gering zu schätzen, lässt wertvolles Wissen über Maßnahmeteilnehmer verpuffen. Doch gerade dieses könnte hilfreich sein für die Erstellung eines individuellen Förderplans zur Eingliederung in Arbeit. Der eingeschränkte Fokus auf die Integration in Arbeit ohne dabei den Menschen mit seinen Ressourcen zu betrachten, wird der tatsächlichen Hilfebedürftigkeit dieser Personen nicht gerecht. BAUR bringt dies auf den Punkt: „Milieubezogene Pädagogik zielt darauf, die jungen Menschen in der ganzen Komplexität ihrer Lebenslage wahrzunehmen und sie bei sämtlichen Alltagsproblemen zu unterstützen“ (BAUR 2006, 118).

Besonders der Fall Pannek zeigt, dass manche Personen in benachteiligten Lebenslagen, Menschen benötigen, die sie in ihrer Lage ernst nehmen und gemeinsam mit dieser versuchen, einen Weg aus deren Orientierungslosigkeit zu finden. Damit das TüWerk einen solchen Weg gehen kann, müssen meines Erachtens auf drei Gebieten Entwicklungen stattfinden, um berechtigterweise von einer beruflichen Eingliederung reden zu können. Diese drei Bereiche beziehen sich auf

- 1) die Arbeitsmarktpolitik,
- 2) die konzeptionelle Ebene des TüWerks und
- 3) die pädagogische bzw. personale Ebene desselben.

Diese Ebenen sollen nun abschließend vorgestellt werden:

Arbeitsmarktpolitische Ebene

In Kapitel 3 wurden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen dargestellt. Dass in letzter Zeit dem Angebot von Arbeitsgelegenheiten viel Interesse, in Form finanzieller Förderung zukam, wurde dabei auch erläutert. Dennoch stellt sich die Frage, ob diese Finanzmittel denn ausreichen?

Der Träger einer AGH-Maßnahme bietet gesetzlich geregelte Leistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige an. Die Intention des Staats Maßnahmeleistungen für Hilfebedürftige einzurichten, ist begrüßenswert, vor allem vor dem Hintergrund der dargestellten Ergebnisse. Jedoch scheint sich dieser Sozialstaatscharakter aber nur auf vordergründige Betrachtungen zu beschränken. In keinsten Weise ist damit das Wesen des betroffenen Subjekts ausreichend berücksichtigt. So findet die meist prekäre Kapitalausstattung der jungen Menschen, fast keinerlei Beachtung. Wenn Eingliederung in Arbeit das Ziel der Arbeitsgelegenheiten ist, dann sollten auch die Rahmenbedingungen von staatlicher Seite so gestaltet sein, dass für den Anbieter der Maßnahme genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, damit diese auch Möglichkeiten erhalten, auf die persönlichen Lebenslagen der Teilnehmer einzugehen. Denn es stellt sich doch die Frage, wie zum Beispiel ein AGHler ohne ökonomische Ressourcen mit einem ebenso dürftig ausgestatteten sozialen Netzwerk in Arbeit gelangen kann, wenn schon der erste Eindruck bei der Kontaktaufnahme durch Praktika, Arbeitserprobungen oder Vorstellungsgesprächen sich auf den potentiellen Arbeitgeber unbefriedigend auswirkt, nur weil der Bewerber keine Mittel hat, um sich die optisch erforderliche Zahnbehandlung finanzieren zu können. Wenn der Staat Maßnahmen gesetzlich verankert, dann muss er auch dafür Sorge tragen, dass Mittel bereitgestellt werden, die Hemmnisse zur Eingliederung benachteiligter Menschen abzubauen. Arbeitspolitische Zielsetzung sollte dabei immer sein, Benachteiligungen auszugleichen und die mangelnde Kapitalausstattung Hilfebedürftiger zu kompensieren. Neben den finanziellen Zusatzleistungen ist es dringend erforderlich, dass der umfangreiche Verwaltungsaufwand abgebaut wird. Der Leiter des TüWerks bemängelt auch, dass die Verwaltungsaufgaben viel zu umfangreich seien. Allein die Hälfte seiner Arbeit werde dafür benötigt. Aus eigener Erfahrung kann ich das bestätigen. So erfassen die Zwischen- und Abschlussberichte - die über die AGH-Teilnehmer anzufertigen sind und für das Jobcenter eine Art Kontrollmittel darstellen, ob sich die ans TüWerk bezahlten Regiekosten für den Vermittelten auch rentieren - nur oberflächliche Fakten, die dazu

noch zeitaufwändig anzufertigen sind. Letzten Endes könnten diese über ein Telefonat schneller abgewickelt werden. Folglich bleibt kaum Zeit für pädagogische Betreuung. Der Werkstattleiter bestätigte diesen Umstand, dass die Arbeit in den AGHs einerseits unter der ständigen Fixierung auf die Kosten abläuft und zum anderen Zeit fehlt, um sich mit den Maßnahmeteilnehmern auszutauschen.

Unter solchen Bedingungen besteht die Gefahr, dass der Teilnehmer auf ein wirtschaftliches Objekt reduziert wird, weil arbeitsmarktpolitische Interessen im Vordergrund stehen und dabei das Individuum mit seinen persönlichen Schwierigkeiten vernachlässigt wird.

Kulturkapital erzeugende Zertifikate sind sinnvolle Anreize für eine Maßnahme wie die der Arbeitsgelegenheiten. Dass im Zuge der Kostenersparnis aufgrund der Wirtschaftskrise (VGL. 4.2.6) die „AGH zum Führerschein“ im TüWerk abgesetzt wurde, zeigt den Wert, den die Politik Personen in benachteiligten Lebenslagen beimisst.

Konzeptionelle Ebene

Der Ausbildungsverbund Pfullingen ist der Arbeits- und Berufsförderung Tübingen übergeordnet. Für diese Verwaltungseinheit existiert eine pädagogische Konzeption, unter welche sämtliche Maßnahmen fallen, die im Arbeitsbereich des Verbunds angeboten werden. Die Hauptaufgaben der pädagogischen Arbeit bestehen in der „berufspädagogischen Begleitung“ und „sozialpädagogischen Begleitung“ (BD 2007, 4). Gemeint sind damit einerseits die inhaltlichen Rahmenbedingungen (berufliche / fachliche Bildung und Qualifizierung), um die Eingliederung in Arbeit zu schaffen und andererseits die Persönlichkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in den Blick genommen werden soll, um das „Ziel ‚Schlüsselqualifikationen‘“ zu erreichen (VGL. EBD). Diese beiden Säulen sollen eine erfolgreiche berufliche Eingliederung gewährleisten.

Solche Schemata gehen meistens von einem Idealzustand aus und lassen dabei Problemlagen unberücksichtigt. Besonders Begriffe wie „Schlüsselqualifikationen“, die als Endprodukt einer Maßnahme erachtet werden, sind moderne Schlagwörter, die pädagogisches Handeln auf einfache Kategorien beschränken und dadurch die dahintersteckende komplexe Wirklichkeit des Individuums kaschieren.

In der pädagogischen Konzeption ist des Weiteren unter dem Stichpunkt der sozialpädagogischen Betreuung folgendes zu lesen:

„Persönlichkeit Jugendlicher“ – Wo steht der Auszubildende?
Interview, Melba [=Fähigkeitsanalyse-Verfahren – J.R.] und Zeugnisanalyse,...“ (EBD.).

Durch meine Arbeitserfahrungen im TÜV weiß ich, dass die Persönlichkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen oft nur mit Hilfe dieser vorgefertigten Analyseverfahren gemessen wird und sich hinter „Interview“ lediglich ein Anamnesebogen verbirgt, der nur die wichtigsten Daten der Personen abfragt. Wichtig erscheinen in diesem nur zwei der in dieser Arbeit angesprochenen Gesichtspunkte: Legalität und Gesundheit. Andere Aspekte, wie das Freizeitverhalten, die vorhandenen sozialen Beziehungen, usw. spielen dabei gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Dies zeigt, dass auch hier der Fokus nicht auf dem individuellen Hintergrund der Teilnehmer liegt, sondern nur Grobeinschätzungen vorgenommen werden, die diesen gar nicht ermessen lassen. Will die Eingliederung in Arbeit gelingen, müssen pädagogische Konzeptionen das Individuum mit seiner Lebenslage in den Blick nehmen und offenere Methoden anwenden, um eine Anamnese zu erstellen.

Wünschenswert wäre, dass die für die von Seiten des Jobcenters verpflichtenden Zwischen- und Abschlussberichte aufgewendete Zeit anders genutzt werden könnte, so dass ein vom Maßnahmeträger ausgehendes Förderkonzept anhand individueller Teilnehmerdaten angefertigt werden würde, das dann wiederum als Evaluationsbasis für die Behörde (in abgespeckter Form, damit keine sensiblen Daten aus dem Haus gelangen)dienen könnte.

Problematisch könnte an dieser Stelle allerdings werden, dass sich die Teilnehmer auf solch ein Verfahren in Form von Interviews oder ausführlichen Anamnesebögen nicht einlassen. Dies sollte in jedem Fall respektiert werden und der Selbstverantwortung jedes einzelnen Teilnehmers überlassen bleiben, so wie dieser auch immer die letzte Entscheidung über die Umsetzung beruflicher Ziele haben sollte.

Pädagogische bzw. personale Ebene

Die Beziehung des Personals zum Klienten läuft in Einrichtungen oft asymmetrisch ab, d.h. der Untergebene zeigt sich dem fachlich Höhergestellten gegenüber oft distanziert. Häufig werden solche Konstellationen vom Rangniedereren dann als unangenehm erlebt und begegnet dem Personal in der Folge abwartend und zurückhaltend und öffnet sich nicht sofort.

Gerade in Arbeitsgelegenheiten, worin die Teilnehmer meist nicht aus freien Stücken vermittelt wurden, weil sonst Sanktionen gedroht hätten, ist es wichtig, dass die Menschen dort für sich selbst eine Perspektive entwickeln können. Dazu ist es Voraussetzung, dass sich diese Menschen in ihrer persönlichen Lage ernst genommen fühlen. Wenn dies gelingt, dann ist es möglich, mit ihnen über ihre akuten oder vergangenen Problemlagen zu sprechen und an den entscheidenden Stellen anzusetzen. Eine solche Situation zu erreichen, erfordert aber Geduld und Zeit und setzt eine bestimmte innere Einstellung voraus. Die personenzentrierte Haltung, die auf ROGERS zurückzuführen ist, stellt meines Erachtens eine Möglichkeit dar, mit den Teilnehmern einer AGH besser in Kontakt zu treten und dabei ein vertrauensvolles Verhältnis zu entwickeln. Dies ist eine Gesprächsmethode, die sich durch drei wesentliche Merkmale des Gesprächsführers (hier Personal) auszeichnet:

- Kongruenz (gezeigtes Verhalten und Selbstkonzept müssen übereinstimmen)
- Wertschätzung (dem Gegenüber muss positiv und vorurteilsfrei begegnet werden)
- Empathisches Verstehen des Gegenübers (Einfühlen in den anderen, damit dieser sich verstanden fühlt)

(VGL. SCHMID / ROGERS 1991, 168).

Wenn das Personal des TüWerks diese drei Grundelemente des Umgangs beherzigen würde, dann wäre der Weg zu einer vertrauensvollen Beziehung geebnet, die dann wiederum die Chance für das Erkennen individueller Hemmnisse erhöhen würde. Dass dafür im TüWerk gute Voraussetzungen durch das angenehm empfundene Arbeitsklima vorherrschen, könnte diesen Schritt erleichtern und der Umsetzung solcher Leitideen im Bereich der Arbeitsgelegenheiten Möglichkeiten eröffnen.

Abschließender Kommentar

Nur wenn diese drei dargestellten Bereiche weiterentwickelt werden, kann meines Erachtens die Chance erhöht werden, dass die Eingliederung in Arbeit für benachteiligte Menschen, mit ihren individuellen Kapitalausstattungen und persönlichen Problemlagen, aus der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme der Arbeitsgelegenheiten heraus, gelingen kann.

Die vorliegende Arbeit sollte gezeigt haben, dass es wichtig ist, Menschen umfassend in den Blick zu nehmen und ihren Problemlagen und dem damit

verbundenen erlernten Umgang auf die Spur zu kommen. Erst so wird es möglich, diese Menschen zu verstehen und adäquat und zielgerichtet fördern zu können.

Um solche Konzepte auszudifferenzieren, bedarf es aber einer gesonderten Arbeit. Dabei drängt sich jedem Kritiker die berechtigte Frage der Finanzierung auf. Diese kann hier allerdings nicht beantwortet werden, weil sie von Seiten der Politik beantwortet werden muss. Letztere hat nämlich nur ein geringes Interesse daran, dass BÄCKER UND NEUBAUER in ihrer Aussage recht behalten, dass AGHs „zur (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt aufgrund mangelnder Qualifizierungsanteile in den Maßnahmen nicht nur nicht geeignet [sind –J.R.], sondern darüber hinaus in erster Linie auch gar nicht auf die Beendigung individueller Arbeitslosigkeit abzielen“ (BÄCKER & NEUBAUER. 2008, 519).

8. Quellenverzeichnis

Literaturquellen:

ABRAHAM, M.; HINZ, T. (2005): *Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde*. Wiesbaden: VS-Verlag der Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH.

BA (2004): BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.): *Begriff der Arbeitslosigkeit in der Statistik unter SGB II und SGB III*. Nürnberg.

BA (2006): BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.): *Kompendium Aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem SGB II*. 2. Auflage Stand Februar 2006. Nürnberg. Auch URL: <http://doku.iab.de/externe/2006/k060410f09.pdf> [04.01.2010].

BA (2009): BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.): *SGB II Merkblatt Grundsicherung für Arbeitssuchende / Sozialgeld*. Nürnberg.

BÄCKER, G. & NAEGELE, G., U.A. (2008): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1*. 4. Auflage Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.

BÄCKER, G., NEUBAUER, J. (2008): *Soziale Absicherung und Arbeitsförderung bei Armut durch Arbeitslosigkeit*. In: Huster, E.-U.; Boeckh, J.; u.a. (2008): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: VS-Verlag der Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH. S. 501-522

BAUR, W.: „Lieben lernen was bleibt“ und andere Strategien zur Bewältigung eines prekären Übergangs Schule – Arbeitswelt. In: Baur, W.; Mack, W. u.a. (Hrsg.) (2006): *Bildung von unten denken. Aufwachsen in erschwerten Lebenssituationen – Provokationen für die Pädagogik*. 2. Aufl. Bad Heilbrunn: Klinkhardt. S. 107-120

BfBuF (2005): BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.): *Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf – Benachteiligtenförderung*. Bonn/Berlin: Bonifatius.

BfBuF (2008): BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.): *Von der Hauptschule in Ausbildung und Erwerbsarbeit: Ergebnisse des DJI-Übergangspanels*. Bonn/Berlin: Bielefeld.

BÖHNISCH, L. (2005): *Lebensbewältigung*. In: Otto, H.-U / Tiersch, H. (Hrsg.): *Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik*. 3. Aufl., Neuwied 2001, S. 1119-1121

BOURDIEU, P. (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In: Kreckel, R. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Otto Schwartz. S. 183-198

- BOURDIEU, P. (1984): *Die feinen Unterschiede. Kritik der theoretischen Urteilkraft*. Frankfurt a.M. Suhrkamp.
- BOURDIEU, P. (1993): *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a.M. Suhrkamp.
- BRINKMANN, U., U.A. (2006): *Prekäre Arbeit Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn: bub Bonner Universitätsbuchdruckerei.
- BURGERT, M.(2001): *Fit fürs Leben. Grundriss einer Pädagogik für benachteiligte Jugendliche in Schule, Ausbildung und Erwerbsarbeit*. Langenau-Ulm: Armin Vaas Verlag.
- DGB (2008): DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND BUNDESVORSTAND (Hrsg.): *Jugendarbeitslosigkeit wird unterschätzt*. In: Arbeitsmarkt aktuell – Bereich Arbeitsmarktpolitik 8/2008. Berlin.
- DUDEN (2002): Dudenredaktion (Hrsg.): *Das Bedeutungswörterbuch*. 3. Auflage Mannheim: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus AG.
- DUDEN WIRTSCHAFT von A bis Z (2004). *Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag*. 2. Auflage. Mannheim: Bibliographisches Institut & F.A. Brockhaus. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2004.
- ENGELBRECHT, M.-J. & CHRIST, M.(2006): *Moderne Sklaverei. Ein-Euro-Jobs*. Hambühren: Freier Falke Verlag.
- FRIEDEMANN, H-J. & SCHROEDER, J. (2000): *Von der Schule...ins Abseits? Untersuchungen zur beruflichen Eingliederung benachteiligter Jugendlicher Wege aus der Ausbildungskrise*. Langenau-Ulm: Armin Haas Verlag.
- FÜSSEL, H.-P. & KRETSCHMANN R. (1993): *Gemeinsamer Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder*. Witterschlick: Verlag Marg. Werle.
- HÄUSSLING, R.(2006): *Ein netzwerkanalytisches Vierebenenkonzept zur struktur- und akteursbezogenen Deutung sozialer Interaktionen*. In: Hollstein, B. & Straus, F. (Hrsg.) (2006): *Qualitative Netzwerkanalyse*. Wiesbaden: GWV Fachverlage.
- JANSEN, D.(1999): *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Opladen: Leske und Budrich.
- KUHLMANN, C. (2008): *Bildungsarmut und die soziale „Vererbung“ von Ungleichheiten*. In: Huster, E.-U.; Boeckh, J. u.a. (2008): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: VS-Verlag der Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH. S. 301-314
- LAMNEK, S.(2005): *Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch*. 4., vollständig überarbeitete Auflage Weinheim, Basel: Beltz Verlag.

- LOHMANN, S.(2007): *Ein-Euro-Job- Maßnahme zwischen Hilfe und Zwang*. Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- MACK, W.(2006): *Die Tantalus-Situation und der soziale Ort der Schule*. In: Baur, W.; Mack, W. u.a. (Hrsg.) (2006): *Bildung von unten denken. Aufwachsen in erschwerten Lebenssituationen – Provokationen für die Pädagogik*. 2. Aufl. Bad Heilbrunn: Klinkhardt. S. 337-348
- MAYER, H.O.(2008): *Interviews und schriftliche Befragung*. 4. Auflage München: Oldenbourg.
- POWELL, J. (2003): *Behinderung in der Schule, behindert durch Schule? Die Institutionalisierung der ‚schulischen Behinderung‘*. In: Waldschmidt, A. & Schneider, W. (2007) (Hrsg.): *Disability Studies, Kulturosoziologie und Soziologie der Behinderung*. Bielefeld: Transcript. S. 321-344
- POWELL, J. (2003): *Hochbegabt, behindert oder normal? Klassifikationssysteme des sonderpädagogischen Förderbedarfs in Deutschland und den Vereinigten Staaten*. In: Cloerkes, G. (2003): *Wie man behindert wird*. Heidelberg: Universitätsverlag
- ROTHERMUND, K. & BRANDSTÄDTER, J. (1997): *Entwicklung und Bewältigung: Festhalten und Preisgeben von Zielen als Formen der Bewältigung von Entwicklungsproblemen*. In: Tesch-Römer, C.; u.a. (Hg.): *Psychologie der Bewältigung*. Weinheim: Psychologie Verlags Union: 120-133
- SCHAUB, H. & ZENKE, K.-G. (2004): *Wörterbuch Pädagogik*. 6.Auflage 2004. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- SCHMIDT, P. & ROGERS, C. (1991): *Person-zentriert. Grundlagen von Theorie und Praxis*. Mainz: Grünewald.
- STORZ, M. & GRIESINGER, T. (2006): *„Sonst verdampft das Recht auf Arbeit“. Nicht nur eine Polemik über Maßnahmen zur Vorbereitung von FörderschülerInnen auf den Arbeitsmarkt*. In: Baur, W.; Mack, W. u.a. (Hrsg.) (2006): *Bildung von unten denken. Aufwachsen in erschwerten Lebenssituationen – Provokationen für die Pädagogik*. 2. Aufl. Bad Heilbrunn: Klinkhardt. S. 129-143
- STRAUSS A.& CORBIN J.(1996): *Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- WALHALLA FACHREDAKTION (2009): *Das gesamte Sozialgesetzbuch SGB I bis SGB XII, Ausgabe 2009/II*. Regensburg/Berlin: Walhalla Fachverlag.
- WOLL, A. (2008): *Wirtschaftslexikon*. München: Oldenbourg Verlag.

Unveröffentlichte Quellen:

- JC TÜBINGEN (2004): *Job-Center des Landkreises Tübingen (Hrsg.): Arbeitshilfe zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach §16 Abs.3 SGB II*.

JC TÜBINGEN (2005): Job-Center des Landkreises Tübingen (Hrsg.): *Förderantrag zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung*.

MW (2008): MACK, W. (Hrsg.): *Seminar Benachteiligtenförderung*, Seminarunterlagen im WS 2008/09.

BD (2007): BRUDERHAUSDIAKONIE STIFTUNG GUSTAV WERNER UND HAUS AM BERG (Hrsg.): *Qualitätsmanagement – Handbuch. Kapitel Konzeption der pädagogischen Arbeit Ausbildungsverbund. Teil B. Konzeption der pädagogischen Arbeit*. Unveröffentlichtes Manuskript. Ausbildungsverbund der Bruderhaus Diakonie 2007

Internetquellen:

BA (2008): Bundesagentur für Arbeit:
URL: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/A01-Allgemein-Info/A015-Oeffentlichkeitsarbeit/Publikation/pdf/Arbeitshilfe-Sonst-Weit-Leist.pdf> Anhang 1 [Stand: 29.12.2009].

BD (1999): BruderhausDiakonie (Hrsg.):
URL: <http://www.bruderhausdiakonie.de/index.php> [Stand: 20.12.2009].

MACK, W. (2007): *Lernen im Lebenslauf – formale, non-formale und informelle Bildung: die mittlere Jugend (12 bis 16 Jahre)*. Studie im Auftrag der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ des Landtags von Nordrhein-Westfalen.
URL: http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/14_EK2/Gutachten/StudieMack2007.pdf [Stand: 12.01.2010]

SCHG: Schulgesetz des Landes Baden-Württemberg (2006):
URL: <http://www.smv.bw.schule.de/Gesetze/schulgesetz.pdf> [Stand: 31.12.2009].

WOLFF, J.; HOHMEYER K. (2006): *Förderung von arbeitslosen Personen im Rechtskreis des SGB II durch Arbeitsgelegenheiten: Bislang wenig zielgruppenorientiert*. In: Bundesagentur für Arbeit (2006): *IAB Forschungsbericht*. Nr. 10/2006.
URL: <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2006/fb1006.pdf> [Stand: 09.01.2010]

9. Anhang

Anmerkung des Autors:

Der Anhang muss aus datenschutzrechtlichen Gründen entfallen.

Für weitere Fragen wenden Sie sich bitte an: julius.reiser@gmx.de